

Rudolph, Brigitte; Klement, Carmen

Research Report

Arbeitsmarktpartizipation von Frauen im Transformationsprozess: sozio-ökonomische Realität in den EU-Beitrittsländern Polen, Tschechien und Ungarn

IAB-Forschungsbericht, No. 2006,13

Provided in Cooperation with:

Institute for Employment Research (IAB)

Suggested Citation: Rudolph, Brigitte; Klement, Carmen (2006) : Arbeitsmarktpartizipation von Frauen im Transformationsprozess: sozio-ökonomische Realität in den EU-Beitrittsländern Polen, Tschechien und Ungarn, IAB-Forschungsbericht, No. 2006,13, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/26692>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitsmarktpartizipation von Frauen im Transformationsprozess Sozio-ökonomische Realität in den EU-Beitrittsländern Polen, Tschechien und Ungarn

Brigitte Rudolph, Carmen Klement

Arbeitsmarktpartizipation von Frauen im Transformationsprozess

Sozio-ökonomische Realität
in den EU-Beitrittsländern Polen,
Tschechien und Ungarn

Dipl.-Soz. Brigitte Rudolph, Dr. Carmen Klement***

* Ludwig Maximilians-Universität München, Institut für Soziologie, Konradstr. 6,
D-80801 München, Tel. 089-2180-3428, privat: 089-5801834
E-Mail: brigitte.rudolph@soziologie.uni-muenchen.de

** Universität der Bundeswehr München, Fakultät für Sozialwissenschaften,
Werner Heisenberg Weg 39, D-85577 Neubiberg, Tel. 089-6004-3965,
E-Mail: carmen.klement@uni-bw.de

Mit der Publikation von Forschungsberichten will das IAB der Fachöffentlichkeit Einblick in seine laufenden Arbeiten geben. Die Berichte sollen aber auch den Forscherinnen und Forschern einen unkomplizierten und raschen Zugang zum Markt verschaffen. Vor allem längere Zwischen- aber auch Endberichte aus der empirischen Projektarbeit bilden die Basis der Reihe, die den bisherigen „IAB-Werkstattbericht“ ablöst.

Inhaltsverzeichnis

Abstract	4
1 Einleitung	5
2 Politische und wirtschaftliche Ausgangslage zum Zeitpunkt der Transformation	7
2.1 Die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Partizipation von Frauen in den vormals sozialistisch regierten Ländern Polen, Tschechien und Ungarn vor 1989	9
2.2 Der Wohlfahrtsstaat - Sozial- und Familienpolitik im Sozialismus	10
2.3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede der weiblichen Arbeitsmarkt- partizipation im Vergleich: Polen, Tschechien und Ungarn	13
3 Entwicklungen nach 1989	21
3.1 Politischer und wirtschaftlicher Umbruch	22
3.2 Auswirkungen der Transformation auf die Arbeitsmärkte	23
3.3 Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen nach 1989	27
3.4 Sozialpolitische Maßnahmen und die veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen	48
3.5 Zwischenfazit: Transformation als Katalysator für weibliche Arbeitsmarkt-Inklusion oder Exklusion?	53
4 Was bringt Europa den Frauen? Hoffnungen und Befürchtungen – Der EU-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn sowie sieben weiterer Staaten im Mai 2004	58
4.1 Voraussetzungen – Implementierung von Richtlinien des Gender Mainstreaming und der Chancengleichheit von Männern und Frauen ..	61
4.2 Diskrepanz zwischen de jure und de facto? Zum aktuellen Diskurs in Wissenschaft und Politik	64
5 Ideal und Realität der Geschlechtergleichheit in den neuen EU-Ländern Polen, Tschechien und Ungarn – Zusammenfassung und Ausblick	75
Literatur	80
Anhang I - Kurzbiografien	96
Anhang II	99

Abstract

Als Bedingung für ihren Beitritt zur Europäischen Union mussten sich die im Mai 2004 aufgenommenen zehn neuen Länder den ökonomischen, rechtsstaatlichen und demokratischen Standards der Europäischen Union angleichen und das EU-Recht übernehmen. Zu den Beitrittskriterien gehörte unter anderem auch die Umsetzung des Grundsatzes der Chancengleichheit von Frauen und Männern und des Gender Mainstreaming. Insbesondere die osteuropäischen Länder standen im Rahmen dieses Beitritts besonderen Herausforderungen gegenüber: Nicht nur der Beitritt musste bewältigt werden, diese Länder hatten sich darüber hinaus aufgrund ihres politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses seit 1989 mit gravierenden Veränderungen auseinander zu setzen. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Frage nach der sozio-ökonomischen Realität von Frauen und Männern in den drei osteuropäischen Ländern Polen, Tschechien und Ungarn, wobei der Themenkomplex Arbeitsmarkt und Sozialpolitik – insbesondere mit Blick auf das Geschlechterverhältnis und die weibliche Arbeitsmarktpartizipation – im Mittelpunkt steht. Entlang der Achse Bildung – Familienstand – Alter zeigen sich in allen drei Ländern bezogen auf das Geschlechterverhältnis ähnliche Ungleichheitsmuster wie in den ‚alten‘ EU-Staaten. Gleichwohl zeigten sich auch länderspezifische Differenzen, deren genauere Analyse möglicherweise neue Formen wohlfahrtsstaatlicher Regime zutage fördern würde.

Der vorliegende Forschungsbericht basiert auf den Ergebnissen eines vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geförderten Projekts. Für hilfreiche Kommentare und Unterstützung danken wir insbesondere Jutta Allmendinger und Elmar Hönekopp.

1 Einleitung

Im Mai 2004 nahm die Europäische Union zehn neue Länder auf¹ und ist damit auf 25 Mitgliedstaaten angewachsen. Der Erweiterungsprozess hat das Gesicht Europas grundlegend verändert, da durch die politische und wirtschaftliche Integration zahlreicher ehemaliger Ostblockstaaten die jahrzehntelange Spaltung Europas endgültig überwunden zu sein scheint. Allerdings stellte der Erweiterungsprozess die neu aufgenommenen Länder im Vorfeld der Erweiterung vor große Herausforderungen, da sie sich den ökonomischen, rechtsstaatlichen und demokratischen Standards der Europäischen Union angleichen mussten und das gesamte EU-Recht zu übernehmen hatten. Insbesondere die osteuropäischen Beitrittsländer standen in dieser Hinsicht neuen umfangreichen Herausforderungen gegenüber, da sie nicht allein durch den Beitritt zu EU, sondern darüber hinaus auch in Folge des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses seit 1989 – dem Prozess der deutschen Wiedervereinigung vergleichbar – bereits seit einer Anzahl von Jahren gravierenden Veränderungen in den Bereichen der politischen Systeme, innerhalb der Wirtschaft und damit auch auf den Arbeitsmärkten unterworfen waren. Wirtschaftliche Veränderungen, die wie im Falle der für diese Studie untersuchten Beitrittsländer Polen, Tschechien und Ungarn von Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt begleitet sind, verursachen auch Änderungen in persönlichen Lebensbereichen sowie in der gesamten Lebens-, Familien- und Karriereplanung. Gleichzeitig rücken neue Anforderungen an sozialpolitische Maßnahmen in den Fokus des gesellschaftlichen Interesses. Von besonderer Relevanz ist in den genannten Ländern, dass insbesondere Frauen von den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt stärker betroffen sind und dies hat nicht nur weit reichende Konsequenzen für ihr gesamtes individuelles Leben sondern auch – beispielsweise durch sinkende Geburtenraten – eine große gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Allerdings ist festzustellen, dass Frauen und das nach wie vor ungleiche Geschlechterverhältnis weder in den umwälzenden Prozessen selbst, noch in den sie begleitenden Diskursen eine bedeutende Rolle spielten bzw. spielen. Dies ist umso erstaunlicher, als die Umsetzung des Grundsatzes der Chancengleichheit von Männern

¹ Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Litauen, Estland, Lettland, Slowenien, Zypern und Malta.

und Frauen ebenso wie die Kriterien des Gender Mainstreaming zu den Voraussetzungen für den EU-Beitritt gehörten und die Europäische Union sich darüber hinaus die Vorreiterrolle zur Überwindung von Ungleichbehandlungen zwischen den Geschlechtern und das aufbrechen traditioneller Geschlechterrollen und Stereotype auf die Fahnen geschrieben hat (vgl. Gröner 2004: 91).

Es ist also zu fragen, in welcher Weise sich die strukturellen Umbrüche in Politik und Wirtschaft seit 1989 auf die Lebenschancen von Frauen ausgewirkt haben und wie sich die neuerlichen Veränderungen, die durch die EU-Beitrittskriterien impliziert wurden, auf die Gleichbehandlung der Geschlechter und das Zusammenleben von Männern und Frauen auswirken. Insbesondere sollen hierbei mögliche Restriktionen oder auch erweiterte Handlungsoptionen von Frauen betrachtet werden. Kurz: Sind Frauen eher die Gewinnerinnen oder die Verliererinnen der politischen und ökonomischen Transformation seit 1989 und wie gestaltet sich ihre gesellschaftliche Teilhabe nach dem erfolgten EU-Beitritt? Teil dieser Überlegungen ist neben Arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Indikatoren auch die künftige wohlfahrtsstaatliche Entwicklung der untersuchten Länder. Es zeichnet sich ab, dass auch für die osteuropäischen Länder Differenzierungen vorgenommen werden können, wie sie von Esping-Andersen (1990) und von Lewis und Ostner (1994) in ihren Typologien für westliche Industrieländer konzipiert wurden.

Da die Partizipation am Erwerbsarbeitsmarkt eine der Voraussetzungen zur Führung eines ökonomisch gesicherten, autonomen Lebens von Frauen und Männern ist, soll in diesem Beitrag der Blick vornehmlich auf die geschlechtsspezifische Arbeitsmarktintegration sowie auf die korrespondierenden sozialstaatlichen Rahmenbedingungen in den Ländern Polen, Tschechien und Ungarn vor und nach dem EU-Beitritt gerichtet werden. Die Auswahl der Länder erfolgte unter dem Gesichtspunkt nationalstaatlicher und kultureller Unterschiede, die sich trotz möglicherweise vergleichbarer Problemlagen in diesen drei Ländern zeigen. So wird die Entwicklung in Polen durch eine starke agrarwirtschaftliche Prägung und durch einen gravierenden Einfluss der katholischen Kirche auf politische und persönliche Entscheidungen geprägt. Im Gegensatz dazu spielen in Tschechien und Ungarn kirchliche Einflüsse kaum eine Rolle. In Tschechien stellt dagegen die sehr starke Erwerbsorientierung und das Autonomiebestreben

von Frauen eine Besonderheit dar. Ungarn unterscheidet sich von Polen und Tschechien durch die zeitlich frühere Öffnung gegenüber Westeuropa und durch wirtschaftliche Reformen, die einen früheren Einstieg in Strukturen der Marktwirtschaft zu Folge hatten. Diese konnten sich bereits seit Beginn der 1980er-Jahre parallel zum Wirtschaftssystem des Sozialismus etablieren und erleichterten es der ungarischen Bevölkerung, sich auf das neue Wirtschaftssystem nach 1989 einzustellen.

In Kapitel 2 wird die Situation der drei Länder zum Zeitpunkt der Transformation betrachtet, nachfolgend wird sich in Kapitel 3 den Entwicklungen nach 1989 zugewandt. In Kapitel 4 wird die neue Situation der Frauen in den Ländern behandelt, die im Mai 2004 Aufnahme in die Europäische Union fanden. In diesem Kapitel findet zum einen die Problematik in der nationalen Implementierung von Gleichstellungsrichtlinien der EU ihren Niederschlag. Zum andern wird die Diskrepanz zwischen *de jure* und *de facto* dargestellt, die sich im aktuellen Diskurs von Wissenschaft und Politik in den genannten Ländern sowie in den genderspezifischen Interessenvertretungen im Europäischen Parlament und einschlägigen Non-Governmental Organizations (NGO = Nichtstaatliche Organisation) widerspiegelt. Abschließend erfolgt in Kapitel 5 nach einer kurzen Zusammenfassung der Ausblick auf mögliche weitere Zukunftsstrategien zur Verbesserung der Lebenschancen von Frauen.

2 Politische und wirtschaftliche Ausgangslage zum Zeitpunkt der Transformation

Mit dem Ende der kommunistischen Regime ab 1989 begann in den vormals sozialistisch regierten Ländern ein Prozess der Demokratisierung, der von der Besonderheit gekennzeichnet war, dass nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche Transformation zeitgleich zu bewältigen war.² Dazu gehörte neben der Demokratisierung der alten Parteidiktaturen auch die Erstellung einer jeweils neuen nationalstaatlichen Verfassung mit dem Aufbau der dazugehörenden neuen Institutionen, wie z. B. der Reform von Justiz und Verwaltung und im Sozialbereich die Einrichtung von

² Manche Autoren sprechen auch von einem vierfachen Transformationsprozess: Neben der Transformation zur nationalen Souveränität kommt es zu einer Transformation hin zur Demokratie, zur Marktwirtschaft sowie zur Integration in die Strukturen der Weltwirtschaft (vgl. etwa Dauderstädt 2004).

neuen Sozialversicherungssystemen. Bei der Ausgestaltung der neuen Gesetze und Regeln spielte vor allem seit Beginn der 1990er-Jahre auch die EU und ihre Gesetzmäßigkeiten eine zunehmende Rolle, um die Bedingung für einen Beitritt zu gewährleisten. Dazu gehörte beispielsweise die Übernahme des EU-Rechts, das im *Acquis communautaire* niedergelegt ist. Daneben war im Innern der Staaten der folgenschwere Systemwechsel zur Marktwirtschaft zu bewältigen, nach außen gerichtet die Integration in den Weltmarkt und vor allem in die sich neu gestaltende europäische Wirtschaft zu vollziehen. Die Finanzierung des Staates durch Steueraufkommen und Kredite auf dem eigenen Kapitalmarkt war dabei ebenso neu zu organisieren wie die Umstrukturierung und Anpassung des Arbeitsmarktes an die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse. Im ökonomischen Bereich war damit der Wechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft eine große Herausforderung, der mit erheblichen Anpassungsprozessen und weit reichenden Folgen für die Bevölkerung der betreffenden Länder verbunden war. Dies führte unter anderem auch aufgrund der durch den Umbau der Planwirtschaft bedingten schweren Rezession, die nicht zuletzt durch den Wegfall der Exporte an die alten osteuropäischen Handelspartner verursacht wurde, zu einer großen Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der neuen wirtschaftlichen Lage. Das Bruttosozialprodukt bzw. das reale Bruttoinlandsprodukt³ sank dramatisch und erreichte teilweise erst ab 1996 wieder das Niveau von 1988. Dies zeigte sich für alle osteuropäischen Beitrittsländern gleichermaßen (vgl. Dauderstädt 2004: 15 ff.).

Tabelle 1: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Prozent

	1990	1992	1994	1996	1998	2000	2002
Polen	- 11,6	2,6	5,2	6,0	4,8	4,0	1,0
Tschechien	- 1,2	- 0,5	2,2	4,3	- 1,0	3,3	2,5
Ungarn	- 3,5	- 3,1	2,9	1,3	4,9	5,2	4,0

Quelle: EBRD Transition Report 2002, London 2002.

Die durch die Umstrukturierungen von der Plan- zur Marktwirtschaft bedingten starken Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt konfrontierten die

³ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung eines Landes. Es entspricht der Summe aller Erwerbseinkommen und Vermögenseinkommen, die in der Berichtsperiode im Inland entstanden sind.

Bevölkerung der Transformationsländer darüber hinaus erstmals mit offener Arbeitslosigkeit, die während der sozialistischen Regierungszeit aufgrund des Plansystems, das sich nicht nach marktwirtschaftlich-ökonomischen Prinzipien ausrichtete, unbekannt war. Um diese Dimension der Veränderungen mit all ihren von Unsicherheit geprägten Begleiterscheinungen besser erfassen zu können, soll daher zunächst der Blick kurz zurück gerichtet werden auf die Arbeitsmarktsituation vor der Transformation in den genannten Ländern, wobei der Fokus auf der weiblichen Arbeitsmarktpartizipation liegt.

2.1 Die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Partizipation von Frauen in den vormals sozialistisch regierten Ländern Polen, Tschechien und Ungarn vor 1989

Die Gleichbehandlung von Männern und Frauen war ein erklärtes politisches Ziel der sozialistischen Länder und damit Teil ihrer Ideologie. Die Politik in den Planwirtschaften garantierte nicht nur das Recht auf Erwerbsarbeit, sondern verpflichtete gleichermaßen die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung – d. h. Männer und Frauen – dazu. Dadurch wurden für beide Geschlechter hohe Partizipationsraten am Arbeitsmarkt erreicht. Ende der 1980er-Jahre belief sich die Arbeitsmarktpartizipation der Bevölkerung von 15 bis 59 Jahren innerhalb der sozialistischen Länder auf mehr als 80 % bei etwa gleicher Beteiligung von Männern und Frauen (vgl. Rostgaard 2003: 10).

Die weibliche Beteiligung am Erwerbsarbeitsmarkt war als Zeichen einer Gleichstellung von Männern und Frauen charakteristisch für planwirtschaftlich organisierte ökonomische Systeme. Frauen sollten sich nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern auch um die vorgegebenen wirtschaftlichen Produktionspläne zu erfüllen, an der Erwerbsarbeit beteiligen. So lässt sich in Tschechien für die 1950er-Jahre ein Zusammenhang zwischen dem raschen Wachstum einer Frauenerwerbstätigkeit und einem starken Industrialisierungsschub, der mit dem ersten Fünf-Jahres-Plan von 1949 bis 1953 seinen Anfang nahm, erkennen (vgl. Paukert 1993). Auch in Polen entstanden in den späten 1940er-Jahren bis Anfang der 1950er-Jahre mit dem schnellen Wachstum der Industrie und des Bauwesens viele Arbeitsplätze, die von Frauen, auch in den für sie eher untypischen Berufen, besetzt wurden (vgl. Plakwicz 1995).

Die Verfolgung der planwirtschaftlichen Ziele unter der hohen Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen wurde durch die Rahmenbedingungen in der Sozialpolitik und der Arbeitsmarktpolitik gefördert bzw. wurde nur durch diese ermöglicht. Allerdings blieben die Arbeitsbedingungen für Frauen - verglichen mit den westlichen Marktökonomien - erschwert, was auf verschiedene Faktoren zurückzuführen ist. So gab es in den planwirtschaftlich organisierten Arbeitsmarktsystemen kaum eine Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung und die tägliche Arbeitszeit war sehr lang.⁴ Darüber hinaus hatten Frauen in den vormals sozialistischen Ländern ebenso wie Frauen in den meisten westlichen Industriegesellschaften die volle Verantwortlichkeit für die notwendige Reproduktionsarbeit innerhalb des privaten Bereichs.

2.2 Der Wohlfahrtsstaat - Sozial- und Familienpolitik im Sozialismus

Nach Zsuzsa Ferge (1997) wird heute kontrovers diskutiert, inwieweit die politischen Maßnahmen bei der Einbindung von Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt vorwiegend ideologischen Ursprungs waren oder ob sie zu großen Teilen auf der Notwendigkeit basierten, genügend Arbeitskräfte für eine wachsende Industrialisierung zu rekrutieren. So wurden z. B. die Löhne so niedrig gehalten, dass zum Erhalt einer Familie beide Partner erwerbstätig sein mussten. Rückblickend ist nicht mehr ohne weiteres festzustellen, ob die hohe Beteiligungsrate von Frauen am Arbeitsmarkt im Rahmen der individuellen Emanzipation vom männlichen Ernährermodell und der Steigerung der eigenen ökonomischen Unabhängigkeit von den Frauen selbst erwünscht war oder ob sie nach dem Top-down-Prinzip gesellschaftlich eingefordert wurde.⁵

⁴ Für Polen lag beispielsweise in einer typischen Arbeitswoche die Arbeitszeit bei 48 Stunden. Hinzu kamen Zeiten, die Frauen und Männer obligatorisch bei politischen Veranstaltungen verbringen mussten (vgl. Ciechocinska 1993).

⁵ Für die Situation der Frauen in Polen konstatiert Siemienska (1994) einen Zwang ‚von oben‘ bzw. die wirtschaftliche Notwendigkeit als Hauptgrund ihrer Erwerbsbeteiligung, ebenso wie dies Szabó (2003a) von Ungarn annimmt, Panova et al. (1993) von Bulgarien und Ostner (1993) für die ehemalige DDR. Lediglich für Tschechien wird von Havelková (1993) und Siklová (2004) abweichend argumentiert. Havelková sieht diese Diskussion im Nachhinein als Kritik an den totalitären Systemen, während Siklová von einem starken Erwerbswunsch und einem Unabhängigkeitsstreben tschechischer Frauen ausgeht (Interview Jirina Siklová, Prof. Dr., Karls-Universität Prag; Hamburg 27.11.2004).

Fest steht, dass zur Erreichung des Zieles, beide Geschlechter an der Erwerbsarbeit zu beteiligen, in allen sozialistisch regierten Ländern seit den 1960er-Jahren in ausreichendem Maße staatlich unterstützte Kinderbetreuungseinrichtungen sowie auch andere Maßnahmen zur Unterstützung von Familien implementiert wurden, wie z. B. Mietzuschüsse, Ernährung und Kleidung für Kinder etc. (Ingham/Ingham/Domanski 2001: 3; Ferge 1997: 161).⁶ Durch staatliche Kinderbetreuung konnte aber nicht nur die Erwerbsbeteiligung der Erwachsenen beiderlei Geschlechts möglich gemacht und gesichert werden, sondern der Staat eröffnete sich damit gleichzeitig die Möglichkeit, durch die frühe Betreuung der Kinder in öffentlichen Einrichtungen auf ihre Erziehung massiv einzuwirken. Als Nebeneffekt des Ausbaus der staatlichen Kinderbetreuung wurden damit weitere Arbeitsplätze für Frauen geschaffen.⁷

Es kann also insgesamt davon ausgegangen werden, dass sich im Bereich der hohen Frauenerwerbsquote verschiedene politische Intentionen gebündelt haben. Zum einen die erforderliche Rekrutierung von Arbeitskräften zur Erfüllung der planwirtschaftlichen Ziele, zum andern die Propagierung der Geschlechtergleichheit und zum dritten die staatliche Einflussnahme auf die Erziehung der nachfolgenden Generation. Es gab in allen untersuchten Ländern staatliche Transfereinkommen in Form von Familienunterstützungsleistungen sowie Mutterschutz- und Erziehungszeitregelungen mit Arbeitsplatzgarantie.

Trotz der hohen Arbeitsmarktbeteiligung und trotz gleicher Bildung und Ausbildung standen aber auch in den sozialistischen Ländern Frauen nicht die gleichen Arbeitsplätze wie Männern zur Verfügung, der Arbeitsmarkt war stark segregiert, typische Frauenarbeit wurde geringer entlohnt und

⁶ Allerdings war in Polen die Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen nicht gleichermaßen flächendeckend wie in den anderen Ländern des Sowjet-Blocks. Gemessen an der Geburtenrate war während des polnischen ‚Baby Booms‘ zwischen 1950 und 1955 der Zugang zu Betreuungseinrichtungen eher niedrig trotz ansteigender Erwerbsbeteiligung von Frauen. Auch gab es eine zahlenmäßige Diskrepanz in der Bereitstellung von Betreuung zwischen ländlichen und städtischen Gebieten. Frauen griffen daher häufig auf die Mithilfe von Müttern und Schwiegermüttern zurück (vgl. Lohmann/Seibert 2003: 70).

⁷ Hier zeigen sich Parallelen zu den sozialstaatlichen Arrangements in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten. Auch dort wurden Frauen vor allem durch Arbeitsplätze in staatlichen Institutionen in den Arbeitsmarkt integriert (vgl. Pfau-Effinger 2000: 191).

Frauen hatten nicht die gleichen Karrierechancen wie ihre männlichen Kollegen. Es zeigt sich hiermit unabhängig von der Ausrichtung des Wirtschaftssystems und der Arbeitsmarktpolitik das gleiche Bild wie in den westeuropäischen Ländern.

Weitere Übereinstimmung zwischen den Ländern zeigt sich bei der Verteilung der Reproduktionsarbeit: Auch in den sozialistischen Staaten trugen Frauen neben ihrer Vollzeit-Erwerbstätigkeit die Hauptlast der notwendigen Reproduktionsarbeit im familiären Bereich. Allerdings wurde diese Art der Doppelbelastung in den betreffenden Ländern von den Frauen selbst weder privat noch öffentlich thematisiert und artikuliert. Es fehlten hier offensichtlich nach westlichem Muster operierende, feministisch ausgerichtete Frauenorganisationen und eine sich in den westlichen Industrieländern Ende der 1960er-Jahre etablierende zweite Welle der Frauenbewegung.⁸ Ein Grund hierfür dürfte in der gesellschaftlichen Normalitätsvorstellung liegen: Frauen nahmen ihre Mehrbelastung durch die Gleichzeitigkeit von Vollzeiterwerbsarbeit und der Hauptlast der Familienarbeit nicht als solche wahr, sondern sahen sie als Selbstverständlichkeit an. Diese Wahrnehmung wurde implizit auch durch entsprechende kulturelle, historisch gewachsene Frauenleitbilder gestützt.⁹

Trotz vieler Ähnlichkeiten der hier behandelten Länder in der Organisation als sozialistische Planwirtschaften und der hohen Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, gibt es jedoch auch länderspezifische Unterschiede, auf die im folgenden der Blick gerichtet werden soll. Dadurch kann eruiert werden, inwieweit nationalstaatliche und regionale sowie historische und kulturelle Besonderheiten die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen in einen je speziellen gesellschaftlichen Kontext stellen.

⁸ In Polen entwickelt sich eine zweite Frauenbewegung seit der Debatte um das Anti-Abtreibungsgesetz, welches das polnische Parlament in den 1990er-Jahren eingeführt hat. Diese Bewegung versteht sich als ein Teil der Demokratisierung im westlichen Sinne, als Bemühung um Geschlechtergleichheit, die durch Frauenförderung und rechtliche Normen erreicht werden soll (vgl. Choluj 2003: 29).

⁹ In Polen war z. B. der Mythos von der „Mutter Polin“ historisch stark verankert, die sich für Familie und Nation aufopfert, wenig eigenen Ehrgeiz entwickelt und ganz für Mann und Kinder da ist (vgl. hierzu etwa Jankowiak 2004; Choluj 2003; Jäger-Dabek 2003).

2.3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede der weiblichen Arbeitsmarktpartizipation im Vergleich: Polen, Tschechien und Ungarn

Polen

Die hohe weibliche Partizipation am Arbeitsmarkt unterscheidet Polen nicht von den anderen planwirtschaftlich organisierten Ländern. Dennoch weist Polen eine besondere soziale und ökonomische Struktur während der sozialistischen Ära auf. Beginnend in den späten 1940er-Jahren begann der Staat zunächst damit, den Plan einer raschen Industrialisierung und einer Kollektivierung privater Landwirtschaft umzusetzen, um damit die in der Landwirtschaft freiwerdenden Arbeitskräfte für die Industrie, vor allem die Schwerindustrie einsetzen zu können (vgl. Ingham et al. 2001, 1998). Der Übergang zum Sozialismus war auf der wirtschaftlichen Ebene von dem Zwang gekennzeichnet, möglichst rasch nach dem zweiten Weltkrieg eine funktionierende Ökonomie zu etablieren, und zwar ohne die Unterstützung der Millionen arbeitsfähiger Männer, die im Krieg ihr Leben gelassen hatten.¹⁰ Wohl nicht zuletzt trug dieser eklatante Arbeitskräftemangel männlicher Arbeitskräfte zu einer ausgedehnten Integration von Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt bei. In Polen ging die hohe weibliche Erwerbsquote von 65–70 % einher mit einer hohen Geburtenrate, die zu dieser Zeit eine der höchsten innerhalb Europas war (vgl. Kotowska 2001). Dies wurde teils durch die Bereitstellung von staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen und teils durch andere sozialstaatliche Anreize für arbeitende Mütter begünstigt.¹¹ Darüber hinaus wird in der Wissenschaft die hohe Geburtenrate bei gleichzeitig hoher Arbeitsmarktbeteili-

¹⁰ Polen weist mit über sechs Millionen eine der höchsten Kriegstotenziffern Europas auf (vgl. Plakwicz 1995).

¹¹ Der Mutterschaftsurlaub in Polen wurde zuerst 1924 in rudimentärer Form eingeführt. In 1948 betrug er zwölf Wochen, in den 1970ern wurde er ausgedehnt auf sechzehn Wochen bei voller Bezahlung beim ersten Kind und auf achtzehn Wochen bei allen weiteren Geburten. Danach konnte weitere unbezahlte Elternzeit genommen werden. Seit 1981 wurde das Mutterschaftsgeld sowohl einkommensabhängig geregelt als auch in Abhängigkeit von der Kinderzahl. Typischerweise unterbrachen polnische Frauen ihre Erwerbsarbeit bei der Geburt des ersten Kindes und kehrten erst an den Arbeitsplatz zurück, wenn das jüngste Kind in den Kindergarten kam (vgl. Drobniak/Fratczak 2001: 288). Dies weist Parallelen zum 3-Phasen-Modell weiblicher Erwerbstätigkeit in Westdeutschland auf, wonach Frauen aufgrund der Geburt von Kindern ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, um nach einigen Jahren der Kinderbetreuung wieder in den Beruf zurückzukehren.

gung unter anderem mit der Konzentration von Frauen in bestimmten Berufen erklärt: Frauen, so wird argumentiert, waren oftmals in Berufen, in denen die Arbeitszeiten kurz und die Ferien lang waren. Sie hatten dadurch genügend Zeit, sich auch um ihre Familie zu kümmern (z. B. beim Beruf der Grundschullehrerin). Ein weiterer möglicher Faktor zur Erklärung der hohen Geburtenrate ist das in Polen nach wie vor vorherrschende traditionelle Frauenleitbild vor dem Hintergrund patriarchal ausgerichteter Geschlechtsrollenstereotype, das von der katholischen Kirche gestützt und unabhängig von der hohen weiblichen Arbeitsmarktbeteiligung weitgehend beibehalten wurde.

Trotz hoher Arbeitsmarktbeteiligung polnischer Frauen ist festzuhalten, dass sie – obwohl im Durchschnitt höher gebildet und ausgebildet als Männer – die unteren Ränge in der Jobhierarchie besetzten und schlechter bezahlt wurden als ihre männlichen Arbeitskollegen. Während Frauen fast die Hälfte der gesamten Arbeitskräfte stellten, waren z. B. 1983 nur 35,6 % von allen Managerposten mit Frauen besetzt (vgl. Ingham et al. 1998; Ciechocinska 1993; Janowska et al. 1992). Bei Betrachtung der einzelnen Wirtschaftsbranchen, in denen Frauen tätig waren, zeigt sich eine starke weibliche Konzentration im Bildungs- und Erziehungssektor. Hier stellten Frauen den größeren Anteil der Erwerbstätigen. Daneben gehörte auch das Bankenwesen und die medizinischen Berufe zu den feminisierten Tätigkeitsbereichen. Innerhalb der polnischen Industrie stellten Frauen in den Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Druckereibetrieben die meisten Arbeitskräfte. Überdies waren auch viele verheiratete Frauen in den kleineren landwirtschaftlichen Privatbetrieben beschäftigt. Dies ist eine Besonderheit, weil Polen im Gegensatz zu allen anderen sozialistisch regierten Ländern keine flächendeckende Agrarreform durchgeführt hat und mit der weiterhin bestehenden Kleinbetrieblichen Strukturierung des Agrarsektors überdurchschnittlich viele Personen beschäftigte.¹²

Eine weitere Besonderheit in Polen ist die enge gesellschaftliche Anbindung an die Katholische Kirche, die von den beiden andern hier behandelten Ländern nicht geteilt wird. Obwohl in der Literatur über Schwankun-

¹² Neben den Kleinbetrieben existierten in Polen jedoch auch 1500 Staatsgüter, deren 300 000 Arbeitsplätze nach der Wende von keinem Investor aufgefangen wurden (vgl. Jäger-Dabek 2003: 156).

gen in der Zahl der bekennenden Katholiken im Laufe der letzten vierzig Jahre berichtet wird, bezeichneten sich am Ende der 1980er-Jahre wieder 95 % der polnischen Bevölkerung als Gläubige der Katholischen Kirche und Meinungsumfragen zeigten, dass der Kirche von der Bevölkerung sehr viel mehr Macht in Polen zugestanden wurde als staatlichen Institutionen (vgl. Ingham et al. 1998; Grabowska 1994). Mit der Ausrichtung an den von der katholischen Kirche vermittelten Werten entwickelten sich bestimmte gesellschaftliche Leitbilder und kulturelle Normen, die insbesondere auch das Geschlechterverhältnis beeinflusst haben. Die Kirche in Polen weist Frauen nach dem traditionellen Modell die Rolle im Hause zu, als Hüterinnen der Moral, deren oberste Priorität darin besteht, Kinder zu gebären und sie nach festgelegten nationalen, kulturellen und ethischen Werten zu erziehen (vgl. Feldmann-Wojtachnia 2005: 163). Insofern kollidierten die Interessen des Staates, möglichst viele Frauen für den Erwerbsarbeitsmarkt zu gewinnen, mit den traditionellen Normen der Kirche. Nach der anfänglichen Rekrutierung von Frauen für den Erwerbsarbeitsmarkt, gab es dann auch etwa im Jahre 1958 bereits den ersten Backlash in der Weise, dass für Frauen eine generelle Linie „zurück ins Haus“ propagiert wurde (Plakwicz 1995: 7). Das Nebeneinanderbestehen der Ideologien von Katholizismus und Kommunismus bei gleichzeitiger Ambivalenz der Anforderungen an die Rolle von Frauen erscheint als einzigartiges Phänomen, welches den Frauen in Polen mannigfaltige individuelle Rollenkonflikte bescherte: waren sie zum einen dem Staat verpflichtet in ihrer Rolle als Arbeiterinnen, übte andererseits der Anspruch auf Erfüllung der von der Kirche propagierten Werte auf die Mütter und Sorgeträgerinnen Druck aus. Daher ist die differenziertere Betrachtung der Lebensumstände insbesondere polnischer Frauen im Sozialismus und nach der Transformation unumgänglich, da Polen im Vergleich mit den anderen osteuropäischen Beitrittsländern das einzige Land mit einem derart starken kirchlichen Bezug war und dies gegenwärtig immer noch ist.

Tschechien

Während der vierzigjährigen Planwirtschaft in Tschechien waren die Frauen des Landes ebenfalls signifikant an der ökonomischen Entwicklung beteiligt. Die rasche Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt erfolgte um 1950 als Reaktion auf einen Industrialisierungsschub und die Konzeption des ersten Fünfjahresplans (1949-1953). Während im Jahr 1947 Frauen mit 35 Prozent am Arbeitsmarkt beteiligt waren, stieg in der Folgezeit die

weibliche Partizipationsrate rapide und kontinuierlich an. Im Jahr 1960 betrug sie mehr als 61 Prozent und bis 1970 waren Frauen zu 89,2 Prozent am Arbeitsmarkt beteiligt. In den späten 1980er-Jahren erfolgte ein Rückgang der weiblichen Arbeitsmarktbeteiligung ebenso wie die von Männern, und um 1989 stellten Frauen etwa die Hälfte der Erwerbsbevölkerung (vgl. Paukert 1993: 255 ff.). Die genauen Ursachen für den Rückgang der Erwerbsbeteiligung im Verlauf der 1980er-Jahre kann mangels geeigneter statistischer Daten nicht festgestellt werden, es wird jedoch angenommen, dass sich in diesem Zeitraum zum einen die ökonomische Aktivität der Bevölkerungsgruppe im Ruhestandsalter verringerte und zum anderen junge Kohorten aufgrund verlängerter Bildungs- und Ausbildungszeiten verzögert in den Arbeitsmarkt eintraten. Insgesamt ist davon auszugehen, dass – ebenso wie in Polen – die weibliche Beteiligung am Arbeitsmarkt vom planwirtschaftlichen politischen System stark gefördert wurde, um die brach liegenden Arbeitsressourcen zu nutzen, die zur Erfüllung der ökonomischen Pläne im Rahmen einer sich rasch entwickelnden Industrialisierung nötig waren. Damit einher ging auch in Tschechien die sozialistische Ideologie der Gleichheit von Männern und Frauen, die hauptsächlich über die ökonomische Beteiligung am Arbeitsmarkt erreicht werden sollte. Darüber hinaus war auch hier die weibliche Arbeitsmarktbeteiligung ein Teil der Sozialpolitik, die auf einem familiären Zweiverdiener-Modell basierte während die Kinderbetreuung von staatlicher Seite gewährleistet wurde. Das Bildungssystem war in der Weise von dieser Politik beeinflusst, als es Frauen verstärkt Anreize bot, erwerbsorientierte Studien- und Ausbildungsgänge zu wählen, die den Erfordernissen der Planwirtschaft entgegen kamen. Schließlich wurde die vollzeitige, lebenslange Erwerbsbeteiligung von Frauen zur etablierten Norm während die Nichtaufnahme von Erwerbsarbeit in Tschechien gesellschaftlich geächtet war (vgl. etwa James 1996: 45).

Nach Berufen getrennt waren Frauen verstärkt in den administrativ ausgerichteten Bereichen in der Leichtindustrie und im Dienstleistungssektor tätig, während Männer überwiegend in der Produktion und im Bergbau beschäftigt waren. So kann auch in Tschechien von einer starken horizontalen Arbeitsmarktsegregation ausgegangen werden, wenngleich diese im Vergleich zu den westlichen Industrieländern geringer ausfällt. Daneben lag auch in Tschechien eine deutliche vertikale Segregation des Arbeitsmarktes vor: So lag das Erwerbseinkommen von Frauen wie in allen west-

lichen Industrieländern – ebenso wie in den hier behandelten vormals sozialistischen Staaten Osteuropas – unter dem der Männer. Frauen in Tschechien erreichten im Durchschnitt nur 71 Prozent eines männlichen Einkommens. Paukert legt dar, dass die Einkommensunterschiede nicht nur in Beschäftigungssektoren mit schweren physischen Arbeitsanforderungen bestanden, die ein hohes Lohnniveau kennzeichnete und in denen überwiegend männliche Arbeitskräfte beschäftigt waren. Die höchsten Einkommens-Disparitäten fanden sich in den gehobenen Administrations- und Managementbereichen, die durchaus weibliche Beschäftigte hatten, in denen jedoch wesentlich weniger Frauen als Männer in Top-Positionen gelangten (Paukert 1993: 268 f.)¹³. Dieser unterschiedliche Zugang zu höheren Positionen und der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen zeigte sich unabhängig von der besseren Bildung und Ausbildung tschechischer Frauen im Vergleich zu den Männern (vgl. Marksová-Tominová 2003), ein Phänomen, das auf alle drei Länder zutrifft.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die hohe Arbeitsmarktpartizipation von Frauen, insbesondere von Frauen mit Kindern, nur durch entsprechende familienpolitische Maßnahmen von Seiten des Staates möglich wurde. Unter den sozialistischen Regimes waren die sozialpolitischen Rahmenbedingungen für Familien in allen hier behandelten Ländern relativ großzügig gestaltet. Bezahlter Mutterschaftsurlaub wurde in Tschechien für 28 Wochen (seit 1987) gewährt, für Mütter mit mehreren Kindern oder Alleinerziehende für 37 Wochen. Während dieser Zeit wurden 90 Prozent des Nettoeinkommens bezahlt, für darüber hinausgehende Elternzeit bis zum Alter des Kindes von drei Jahren wurde ein finanzielles Fixum bereitgestellt bei gleichzeitiger Rückkehrgarantie an den vormaligen Arbeitsplatz (vgl. Paukert 1993: 269).¹⁴

Ungarn

Im Unterschied zu Polen und Tschechien ist insbesondere die größere Erfahrung Ungarns mit ökonomischen Reformen zu nennen und die Koexis-

¹³ Auch im Interview mit Jirina Siklová (Hamburg, 27.11.2004) wurde deutlich, dass in Tschechien Frauen nicht gleichberechtigt zu Männern in höhere Positionen aufsteigen konnten, sondern höhere Positionen wurden nach Siklová während der sozialistischen Ära bestenfalls mit sehr ‚linientreuen‘ Frauen besetzt.

¹⁴ Auf die Änderungen und Reformen in der Sozialpolitik nach der Transformation wird in Kapitel 3.4 eingegangen.

tenz einer ‚ersten‘ Ökonomie in Form der Planwirtschaft und einer ‚zweiten‘ Ökonomie von privaten und halb-privaten wirtschaftlichen Aktivitäten. Die Hauptreformen begannen bereits 1968 mit der „New Economic Mechanism“ (Weil 1993: 287), aber auch vorher gab es einige Reformen in der Landwirtschaft und in der Leichtindustrie, die eine Koexistenz beider Wirtschaftsformen ermöglichte. Veränderungsprozesse begannen in Ungarn also schon lange Zeit vor dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems: Die zentrale Planung wurde mit einer größeren Selbstverantwortung der Betriebe kombiniert und Privatproduktion und Eigeninitiative der Haushalte wurden gefördert. Damit lag der ungarischen Bevölkerung beim plötzlichen Zusammenbruch des Sozialismus im Jahre 1989 marktwirtschaftliches Handeln weniger fern als den anderen vormals sozialistischen Staaten.

Neben dem staatlichen Sektor der Planwirtschaft mit verstaatlichten Betrieben und Kooperativen existierten mannigfaltige legale und teilweise illegale private ökonomische Aktivitäten sowie verschiedene Formen aus einem Mix von öffentlichen und privaten Aktivitäten (vgl. Glück 2000; Weil 1993). Im Verlauf der 1980er-Jahre erfuhr diese Art der Ökonomie ein rapides Wachstum. Die meiste Arbeit in dieser ‚zweiten Ökonomie‘ wurde zusätzlich zur Erwerbsarbeit in der Planwirtschaft verrichtet und zwar in erster Linie von Männern. Die Doppelbelastung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit - auch hier das gleiche Muster wie in Polen und Tschechien - ließ den ungarischen Frauen bei voller Erst-Erwerbstätigkeit kaum Zeit, eine zweite Beschäftigung anzunehmen. Eine Ausnahme hiervon bilden die zusätzlichen weiblichen Aktivitäten in der Landwirtschaft, die nach Weil (1993: 282) möglicherweise deshalb geleistet wurde, weil mit dieser Arbeit die notwendige Kinderbetreuung kombiniert werden kann. Zeitbudgetstudien zeigen, dass obwohl viele Männer einen zweiten Job hatten, deren Freizeit immer noch höher lag als die der Frauen.

In der Nachkriegszeit wurde das ungarische Bildungssystem kontinuierlich verbessert und damit ergaben sich auch für die weibliche Bevölkerung bessere Bildungs- und Ausbildungschancen. Dabei spezialisierten Frauen sich in der betrieblichen Ausbildung vorwiegend in der Textil- und Lederverarbeitung sowie in Feldern der administrativen und Dienstleistungstätigkeiten sowie der einfachen Büroarbeit. Auch Studiengänge wurden sehr geschlechtsspezifisch besetzt: Frauen stellten weitaus mehr Studenten-

zahlen in den Gesundheitsdisziplinen, in der Betriebswirtschaft, den juristischen Studiengängen sowie im Lehramtsstudium, während männliche Studenten sich vermehrt in den Ingenieurwissenschaften, in der Veterinärmedizin und im Landwirtschaftsstudium wiederfanden. Die Verbesserungen im Bildungssystem war die Grundvoraussetzung für die größere Arbeitsmarktpartizipation von Frauen, und so waren im Jahr 1988 etwa 82 Prozent aller Frauen zwischen 15 und 55 Jahren erwerbstätig. Trotz dieser hohen Arbeitsmarktbeteiligung verdienten Ungarns Frauen durchschnittlich nur 69 bis 72 Prozent vom Einkommen der Männer (vgl. Róbert et al. 2001: 310; Weil 1993: 286).¹⁵

Auch in Ungarn war der Aufbau von Kinderbetreuungseinrichtungen eine Grundvoraussetzung für die auf breiter Basis durchgeführte Rekrutierung von Frauen für den Arbeitsmarkt. Es gab großzügige zeitliche und finanzielle Mutterschutzregelungen sowie Transferzahlungen an Familien mit Kindern. Insofern griffen auch hier mehrere Einflüsse ineinander und machen deutlich, dass die ‚produktive‘ mit der ‚reproduktiven‘ Sphäre eng verknüpft ist: die ideologischen Gleichheitsgrundsätze in Verbindung mit den sozialpolitischen Rahmenbedingungen ermöglichten erst die zahlreiche Teilnahme von Frauen und Müttern am Arbeitsmarkt, die gleichzeitig unabdingbar für den Aufbau des ökonomischen Plansystems war (vgl. Weil 1993).

In der kurzen retrospektiven Betrachtung der politischen und wirtschaftlichen Ausgangslage der Länder Polen, Tschechien und Ungarn zum Zeitpunkt vor der Transformation¹⁶ ist trotz der Unterschiede in der kulturellen Tradition, der historischen und regionalen Grundbedingungen und in der weiteren Entwicklung der drei Länder festzuhalten, dass die Beziehungen zwischen den Geschlechtern immer von ökonomischen Strukturen und deren Veränderungen beeinflusst sind und damit sowohl in der öffentlichen

¹⁵ Weil erklärt die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen damit, dass Frauen durch ihre gewählten Ausbildung in Berufsfelder gelangen, in denen grundsätzlich weniger Karrierechancen und Verdienstmöglichkeiten bestehen. (vgl. Weil 1993: 287).

¹⁶ Aus Platzgründen konnte hier nur eine Kurzdarstellung der wichtigsten Eckdaten der Länder vor 1989 erfolgen. Zur weiterführenden Information sei u. a. verwiesen auf Jankowiak 2004; Steinhilber 2004; Lohmann/Seibert 2003; Marksová-Tominová 2003; Rostgaard 2003; Szabó 2003a; Blossfeld/Drobnic 2001; Ingham et al. 2001; Cermaková et al. 2000; Glück 2000; Götting 1998; Ferge 1997; Moghadam 1993.

als auch in der privaten Sphäre von Menschen wirksam werden. Die Art der Beziehungen der Geschlechter untereinander ist dabei ein wesentlicher Faktor für die Art der Karrieren und sowohl mittel- als auch langfristiger Lebensentwürfe, die Männer und Frauen typischerweise wählen. Dabei ist einer der wesentlichen Faktoren die Norm der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die in den genannten Ländern während der sozialistischen Zeit politisch und ökonomisch eliminiert werden sollte durch die Propagierung der emanzipierten, voll erwerbstätigen Frau und Mutter¹⁷, die von flankierenden sozialpolitischen Maßnahmen unterstützt wird. Trotz staatlicher Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Mutterschutzregelungen ab Beginn der 1960er-Jahre, der Einrichtung von Betriebskantinen und anderer haushaltsunterstützender Betriebe wie z. B. Wäschereien, lag in den genannten Ländern jedoch die Verantwortlichkeit für die verbleibende Reproduktionsarbeit eindeutig bei den erwerbstätigen Frauen und Müttern. Dies unterscheidet die vormals sozialistisch regierten Länder Osteuropas mit ihrer hohen Frauenerwerbstätigkeitsquote in keiner Weise von den nordischen Wohlfahrtsstaaten, die ähnliche Frauenpartizipationsraten am Erwerbsarbeitsmarkt aufweisen. Auch in den westlichen Ländern mit hoher Frauenteilzeitquote, in denen Frauen eher die Zuverdienerinnen sind, während man sich noch überwiegend an der gesellschaftlichen Norm des ‚male breadwinners‘ orientiert, wird teilweise mit Selbstverständlichkeit und ohne größere Aushandlungsprozesse den Frauen die Hauptlast der unentlohten und gesellschaftlich nach wie vor kaum anerkannten Reproduktionsarbeit zugewiesen. Die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit war in den vormals sozialistischen Ländern kaum vorhanden und wurde – falls Teilzeitarbeitsplätze ab und an verfügbar waren – überwiegend von RentnerInnen ausgeführt (vgl. Róbert et al. 2001: 310).

¹⁷ Die Anfänge der ideologischen Proklamation von der Emanzipation der Frau durch Partizipation am Arbeitsmarkt und weitgehender Befreiung von familiären Pflichten finden sich schon bei den Anführern der russischen Revolution. So schrieb bereits Lenin: „Die Frau ist immer noch eine Haussklavin, bedrückt, verdummt und erniedrigt durch den kleinen Haushalt, der sie an Kochtöpfe und Windeln kettet, ihre Arbeit für barbarisch unproduktive, nutzlose, ärgende, verdummende, beschränkende Tätigkeiten verschwendet. Die wahre Befreiung der Frau, der wahre Humanismus, beginnt erst dann [...], wenn ein Massenkampf [...] gegen den kleinen Haushalt beginnt oder eher eine dessen massenhafte Umgestaltung in einen großen, sozialistischen Haushalt“. (Die große Initiative. W. Lenin, J. Stalin, O wspólnowodnictwie pracy, Warszawa 1949, S. 34-45, zit. nach Jankowiak 2004).

Bemerkenswert erscheint auch, dass sich Frauen sowohl in den vormals sozialistischen Ländern als auch in den westlichen Industrieländern in bestimmten Ausbildungs- und Studiengängen finden, sie auch bei gleicher Arbeit weniger verdienen als Männer und nur zu einem sehr viel geringeren Prozentsatz in höhere Positionen aufsteigen. Dies alles ist umso erstaunlicher vor dem Hintergrund eines Gleichzugs der Geschlechter in den Bereichen der Bildung und Ausbildung. Diese Phänomene widersprechen dem innerhalb des Sozialismus propagierten Bild von der Frau als emanzipierter, den Männern gleichgestellter Staatsbürgerin. Es wird deutlich, dass die allgemein vertretene sozialistische Ideologie der Gleichstellung der Geschlechter trotz der staatlichen de jure Vorgaben sich in weiten Teilen nicht de facto niedergeschlagen hat.

3 Entwicklungen nach 1989

Wie sich die Lebens- und Arbeitsmarktsituation von Frauen im Zuge der Transformation vom Sozialismus hin zur Demokratie und zeitgleich von der sozialistischen Planwirtschaft hin zur Marktwirtschaft verändert hat, wird im folgenden Kapitel behandelt.

Die Länder Mittel- und Osteuropas und damit auch die hier behandelten Staaten Polen, Tschechien und Ungarn vollziehen seit 1989 einen gesellschaftlichen Transformationsprozess, der in der Geschichte beispiellos ist. Dabei war zeitgleich im Prozess der Demokratisierung ab 1989 sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Transformation zu bewältigen, was die Länder vor große Herausforderungen stellte. Im folgenden soll nach einem kursorischen Abriss über die politischen und wirtschaftlichen Umbrüche in erster Linie auf die Auswirkungen der Transformation auf die Arbeitsmärkte eingegangen werden, wobei insbesondere der Blick auf die Veränderungen der weiblichen Arbeitsmarktpartizipation in den betreffenden Ländern gerichtet werden soll. Danach wird sich mit den veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen nach 1989 beschäftigt und den seither in einigen Bereichen veränderten sozialpolitischen Rahmenbedingungen. Abschließend wird in einem ersten Zwischenfazit der Versuch einer vorläufigen Bilanzierung der Lebensbedingungen von Frauen in Polen, Tschechien und Ungarn nach dem Transformationsprozess unternommen.

3.1 Politischer und wirtschaftlicher Umbruch

Zu Beginn der Transformation waren die Länder in vielen Bereichen in einer – bei oberflächlicher Betrachtung – vergleichbaren Lage: sie hatten ähnliche Regierungs- und Verwaltungsstrukturen und ein zentral verwaltetes Wirtschaftssystem. Der industrielle Sektor wurde von einer Anzahl großer Staatsunternehmen dominiert, wobei die einzelnen Betriebe einen geringen wirtschaftlichen Entscheidungsspielraum hatten, sondern sich vorwiegend an den Preis- und Mengenvorgaben der zentralen Planungsbehörden zu orientieren hatten. Der Außenhandel konzentrierte sich im Wesentlichen auf die RGW-Länder.¹⁸ Das gesamte politische, soziale und kulturelle Leben war umfassend autoritär strukturiert. Seit den 1970er-Jahren geriet dieses System in eine tiefe Krise, indem das Wirtschaftswachstum in den genannten Ländern zurückging und die Zahlungsbilanzschwierigkeiten zunahmen (vgl. Götting 1998: 41).

Mit der ‚samtenen Revolution‘ im Jahre 1989 begann für Polen, Tschechien und Ungarn ein lang anhaltender Transformationsprozess, der bis heute nicht abgeschlossen ist. Durch die Aufnahme der Länder in die Europäische Union im Mai 2004 wurden zusätzlich zu allen durch den Umbruch notwendig gewordenen demokratischen Neuordnungen und ökonomischen Umstrukturierungsprozessen schon im Vorfeld der Beitrittsverhandlungen – etwa ab dem Jahr 1993 – neue Forderungen nach Anpassung an EU-Kriterien und an das gesamte EU-Recht an die künftigen Beitrittsländer herangetragen. Auf der politischen Ebene umfasste der strukturelle Umbruch in den post-kommunistischen Ländern nach 1989 durchgehend alle Politikbereiche. In raschem Tempo wurden in kürzester Zeit neue Verfassungen geschrieben, zahlreiche politische Parteien gegründet, freie Wahlen durchgeführt und Regierungen gebildet. Damit die neuen demokratischen Gesellschaften handlungsfähig wurden, waren auf staatlicher Ebene neue Institutionen zu bilden, für die es in den vormals autoritären Regimes keine Vorläufer gab. Es kam ein beispielloser gesellschaftlicher Modernisierungsprozess in Gang hin zu den entwickelten demokratischen westeuropäischen Gesellschaften, der nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft umfasste. Die neuen Regierungen liberalisierten die Güterpreise und den Handel, gewährten ausländischen Anbietern und Investo-

¹⁸ RWG = Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

ren Zugang zu den inländischen Märkten, die vormals staatlichen Betriebe wurden privatisiert und neue klein- und mittelständische Betriebe entstanden (vgl. Götting 1998: 13). So gelang es innerhalb weniger Jahre den Ländern Polen, Tschechien und Ungarn das alte wirtschaftliche Plansystem durch ein dezentrales, weitgehend auf Privateigentum basierendes marktwirtschaftlich orientiertes Wirtschaftssystem zu ersetzen. Obwohl die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt des Transformationsbeginns in den genannten Ländern grundsätzlich ähnlich waren, gab es einige bemerkenswerte politische, wirtschaftliche und kulturelle Unterschiede, die in Kap. 2 bereits kurz dargelegt wurden. Diese hatten nicht unerheblichen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Länder auf wirtschaftlichem Gebiet, auf die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen mit der notwendigen Umgestaltung des wohlfahrtsstaatlichen Gefüges und damit auf die Lebensbedingungen von Frauen und Männern.¹⁹

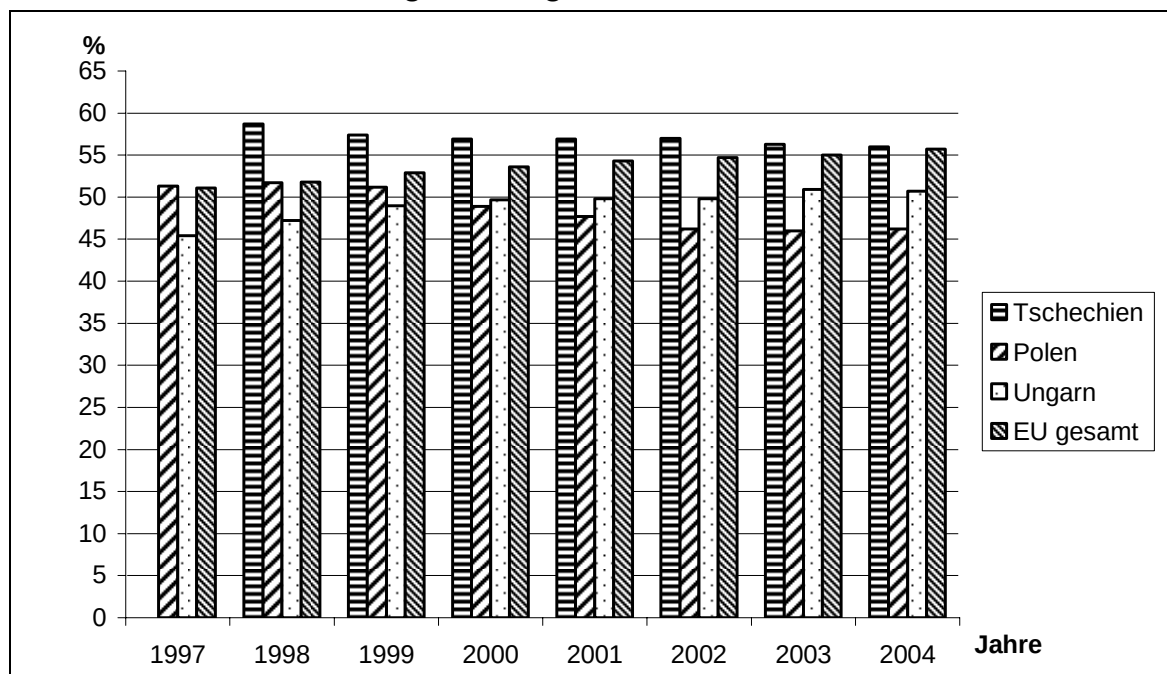
3.2 Auswirkungen der Transformation auf die Arbeitsmärkte

Der politische und ökonomische Umbruch brachte in allen Ländern einschneidende Veränderungen auf den Arbeitsmärkten mit sich. Durch die wirtschaftliche Neuorientierung zur Marktwirtschaft und der damit einhergehenden Privatisierung ehemals staatlicher Betriebe, die sich nunmehr am Effizienzprinzip und an den Vorgaben der Produktivitätssteigerung zu orientieren hatten, um konkurrenzfähig zu sein, entstand eine offene Arbeitslosigkeit in großem Umfang, die bis dahin in den planwirtschaftlich organisierten Ländern unbekannt war. Die Beschäftigungszahlen sind in Polen, Ungarn und Tschechien zwischen 1989 und 1993 signifikant gefallen – und zwar bei beiden Geschlechtern (vgl. Götting 1998: 92). Die Arbeitskräftefreisetzung führte jedoch während der ersten Jahre nach der Transformation nicht nur zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote und einer Verminderung der Erwerbstätigenquote, sondern darüber hinaus auch zu einem Rückgang der Erwerbsbeteiligung insgesamt (vgl. Abb. 1). Das deutet darauf hin, dass im Zuge der wirtschaftlichen Umstrukturierung ein

¹⁹ Zu den allgemeinen unterschiedlichen Ausgangspositionen der Länder Polen, Tschechien und Ungarn siehe ausführlich etwa Götting (1998).

nicht unerheblicher Teil der Arbeitskräfte in die „Stille Reserve“²⁰ abgewandert oder z. B. durch Frühverrentung aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist. Insbesondere die Frühverrentung und vorzeitige Verrentung aus gesundheitlichen Gründen war in allen drei Ländern ein politisch genutztes Instrument zur Ausgliederung von älteren ArbeitnehmerInnen aus dem Arbeitsmarkt. Zum Rückgang der Erwerbsbeteiligung trug überdies auch der Rückzug von Rentnern aus dem Erwerbsleben bei, von denen hauptsächlich die begrenzt zur Verfügung stehenden Teilzeittätigkeiten ausgeführt wurden.

Abbildung 1: Entwicklung der Erwerbsquote* von Frauen in Tschechien, Polen, Ungarn, EU gesamt von 1997-2004



* Die Erwerbsquote ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 15 bis 64 Jahren durch die Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse.²¹

Quelle: Eurostat

²⁰ Als „stille Reserve“ werden Personen bezeichnet, die weder erwerbstätig noch arbeitslos gemeldet sind, jedoch bei ausreichendem Beschäftigungsangebot dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung stehen würden. Es ist davon auszugehen, dass sich in wirtschaftlichen Krisenzeiten insbesondere verheiratete Frauen mit betreuungsintensiven Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen in die stille Reserve zurückziehen (vgl. Götting 1998: 93).

²¹ Siehe zur Diskussion über die Vor- und Nachteile der Verwendung der Erwerbs- oder Beschäftigungsquote zur Ermittlung des Arbeitskräftepotenzials insbesondere unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen Beckmann (2003).

Verlaufsstatistische Daten zeigen, dass der Übergang von der Arbeitslosigkeit aufgrund der Privatisierung staatlicher Betriebe in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis im privaten Sektor für die freigesetzten ArbeitnehmerInnen in den Transformationsländern wider Erwarten nicht die Regel, sondern bei den hier behandelten Ländern nur in Tschechien zu beobachten war.²² In den anderen Ländern gab es extrem niedrige Abgangsraten aus der Arbeitslosigkeit in eine Erwerbstätigkeit im privaten Sektor. Daher hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen zunächst kontinuierlich erhöht. Anfang 1996 waren z. B. in Polen und Ungarn mehr als fünf Prozent der Erwerbsbevölkerung länger als zwölf Monate arbeitslos (vgl. Götting 1998: 98).

Wie in anderen europäischen Industrieländern haben sich im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit verschiedene Problemgruppen herausgebildet, die sich entlang der Achsen Geschlecht, Alter, Qualifikation bzw. Bildungsabschluss und Ethnizität zeigen. In allen Ländern war besonders die Gruppe der Jugendlichen betroffen, deren Arbeitslosenquote 1993 deutlich über dem jeweils nationalen Durchschnitt lag und auch heute noch überproportional hoch ist. Darüber hinaus sind in den Ländern Polen und Tschechien seit Beginn der Transformation mehr Frauen als Männer arbeitslos. Ungarn bildet hier eine Ausnahme. Dort war die Arbeitslosenquote von Frauen von Beginn an niedriger als die der männlichen erwerbsfähigen Bevölkerung.²³ Auch die Zahl der arbeitslosen Ungelernten und Personen mit niedrigem Bildungsabschluss war, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtheit der Beschäftigten, in allen Ländern überdurchschnittlich groß und schließlich ist die Sinti- und Roma-Bevölkerung als größte ethnische Minderheit in der Region überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen.

Neben diesen sozialstrukturellen Disparitäten sind auch die starken regionalen Unterschiede innerhalb der genannten Länder nicht außer acht zu

²² Ausführlich dazu siehe OECD-CCET, Labour Market Database 1990-1996 und Boeri (1994).

²³ Arbeitslosenquoten haben begrenzte Aussagekraft, da nur die arbeitslos gemeldeten Personen statistisch erfasst werden. Abwanderungen aus der Erwerbsbevölkerung in die Frühverrentung oder in die Stille Reserve, wie dies vielfach in den Transformationsländern der Fall war, finden in den Zahlen keine Berücksichtigung. Daher ist der Vergleich der Beschäftigungswachstumsraten aussagekräftiger: In Ungarn ist die Frauenerwerbstätigkeit zwischen 1985 und 1997 um rund 40 Prozent gesunken und liegt heute bei 50 % (vgl. Young 2005: 39).

lassen. Es zeigen sich in allen Ländern starke Unterschiede in den Arbeitslosenquoten z. B. von Hauptstädten, die sektoral diversifiziert und infrastrukturell gut entwickelt waren, gegenüber anderen Regionen, die sich in der Vergangenheit sektoral hochgradig spezialisiert hatten (Landwirtschaft, Schwerindustrie) und jenen, die aufgrund von wenig entwickelter Infrastruktur, ihrer geographischen Randlage sowie der überwiegend geringen Qualifikation der ansässigen Bevölkerung wenig Anreiz für neue Gewerbeansiedlungen boten. Hier lagen die Arbeitslosenquoten weit über dem jeweiligen Landesdurchschnitt und rekrutierten sich nicht speziell aus den vorgenannten Problemgruppen, sondern waren relativ gleichmäßig auf alle Bevölkerungsgruppen verteilt (vgl. Ferragina/Pastore 2005; Golinowska 2004: 358; Hönekopp et al. 2001: 40 ff.; Götting 1998: 98 ff.).²⁴

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in allen drei Ländern nach dem politischen und wirtschaftlichen Umbruch ein tief greifender Wandel auf den Arbeitsmärkten stattgefunden hat. Die Menschen in den betreffenden Ländern hatten sehr schnell auf die vormalige Garantie einer kontinuierlichen, dauerhaften Erwerbstätigkeit zu verzichten. Überall wurden einzelne Gruppen der Erwerbsbevölkerung mehr oder weniger freiwillig aus dem Erwerbssystem ausgegliedert, zunächst die Rentner und älteren Arbeitnehmer, aber auch viele Frauen, insbesondere diejenigen, die Kinder im betreuungsintensiven Alter haben. Des Weiteren kam es in der Folgezeit vielfach zum Abschluss von befristeten Arbeitsverträgen und prekären, teils sogar rechtswidrigen Beschäftigungsverhältnissen. Vor allem aber sind die Aussichten von Langzeitarbeitslosen in Krisenregionen und strukturschwachen ländlichen Regionen nach wie vor eher gering, wieder in das Beschäftigungssystem eingegliedert zu werden. Auf der institutionellen Ebene führte die Arbeitsmarktentwicklung zum Aufbau von Arbeitslosenversicherungen und Frühverrentungsprogrammen nach westlichem Vorbild. Insbesondere die Frühverrentung war in allen genannten Ländern ein extensiv genutztes Politikinstrument zur Bekämpfung der Ar-

²⁴ Ferragina und Pastore (2005) bieten einen Überblick über den Stand der theoretischen und empirischen Forschung auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit in den neuen EU-Regionen während der Transformation mit besonderem Fokus auf regionaler Arbeitslosigkeit.

beitslosigkeit.²⁵ In allen Ländern ist in den Anfangsjahren der Transformation auch ein Anstieg von – nicht demographisch bedingten – Invaliditätsrentnern zu verzeichnen sowie ein Rückgang der Erwerbstätigkeit von Rentnern. Darüber hinaus kam es zur Implementierung von arbeitspolitischen Maßnahmen, deren Erfolg sich jedoch in den Bereichen Qualifizierungsmaßnahmen, Lohnkostenzuschüsse und öffentlichen Beschäftigungsangeboten aufgrund der anhaltend niedrigen Arbeitskräftenachfrage in Grenzen hielt. Einzig der tschechischen Regierung gelang demgegenüber durch eine Kombination von Subventions-, Niedriglohn-, negativer Angebots- und aktiver Arbeitsmarktpolitik die Arbeitslosigkeit auf einem niedrigen Niveau zu halten, was nicht zuletzt auch mit der relativ günstigen ökonomischen Ausgangsbedingung zusammenhing.²⁶

Da Männer und Frauen unterschiedliche Positionen im Bereich von Produktion und Reproduktion innehaben, ist es erforderlich, die Geschlechtsdynamiken des wirtschaftlichen und politischen Systemwechsels gesondert zu betrachten. Daher wird im folgenden Kapitel der Blick auf die Bedeutung der Transformation für Frauen gerichtet. Dies insbesondere im Hinblick darauf, wie sich die Arbeitsmarktentwicklung auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen auswirkte. In diesem Zusammenhang ist auch der Blick auf die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung der einzelnen Länder zu richten. Anknüpfend an die von Esping-Andersen (1990) entwickelte Typologie der wohlfahrtsstaatlichen Regimes, die er nach liberalem, konservativ-korporatistischem und dem sozialdemokratischen Modell unterscheidet, wäre von Interesse, ob sich die hier untersuchten Länder mit ihren neuen sozialpolitischen Maßnahmen in diese Typologie einordnen lassen, ob es zu Mischformen kommt oder ob sich ganz neue künftige Szenarien andeuten.

3.3 Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen nach 1989

Eine Antwort auf die neue Situation nach 1989 war in allen Transformationsländern ein gravierender Geburtenrückgang. So sank die Geburtenrate

²⁵ Bemerkenswert hierzu ist, dass in den Ländern Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn diese Möglichkeit zum vorzeitigen Austritt aus dem Erwerbsleben Ende der 1980er Jahre noch von der alten Führung geschaffen wurde.

²⁶ Ausführlich hierzu insbesondere Götting 1998.

in Polen von 1,84 im Jahre 1990 auf 1,31 im Jahre 2000, in Tschechien von 2,04 auf 1,39 und in Ungarn von 2,01 auf 1,24. Damit liegen die Geburtenraten der neuen EU Mitgliedsstaaten unter denen vieler alter EU Staaten, mehr noch: die post-kommunistischen Länder haben mittlerweile die niedrigste Geburtenrate der Welt (vgl. Steinhilber 2004: 31; Rostgaard 2003: 6). Inwieweit es sich nur um eine Verschiebung handelt oder ob sich tatsächlich immer mehr Frauen dafür entscheiden, keine Kinder zu bekommen, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilen. Wissenschaftliche Analysen gehen eher von einer zeitlichen Verschiebung der Familiengründung und der ersten Geburt bei gleichzeitigem Rückgang der Kinderzahl pro Frau/Familie aus, was durchaus mit der sozio-ökonomischen Situation der Frauen – aber auch der Männer – in den Transformationsländern zusammenhängen kann (vgl. Klasen/Launov 2003; Lohmann/Seibert 2003; Marksová-Tominová 2003; Szabó 2003a; Rostgaard 2003: 7; Kotowska 2001: 77; Róbert et al. 2001: 309).²⁷ Zu der ökonomischen Komponente identifiziert Sobotka (2001) zwei verschiedene Szenarien des Geburtenrückgangs, die unmittelbar mit dem Erfolg des Transformationsprozesses selbst zusammenhängen: In relativ erfolgreichen Ländern ist der Rückgang der Fertilität mit einer starken zeitlichen Verschiebung der ersten Geburt zu erklären. Das weist auf einen Wechsel hin zu einem neuen Reproduktionsregime, welches den westlichen Ländern Europas ähnlich ist. In weniger erfolgreichen Ländern geht der Rückgang der Fertilität mit einer eher zögerlichen Zeitverschiebung der ersten Geburt einher und höheren Geburtenzahlen im Teenageralter, was noch auf den Fortbestand des alten Reproduktionsregimes hinweist. Andere Forschungen beschäftigen sich mit dem möglichen ursächlichen Einfluss der Wohnregionen auf die Höhe der Geburtenraten. So konnten Burcin und Kucera (2000) für die Tschechische Republik eine positive Korrelation zwischen sinkender Fertilitätsrate und städtischer Wohnregion von Frauen nachweisen. Aber auch hier können weitere Einflüsse wie z. B. Bildungs-, Qualifikationsvoraussetzungen und damit besserer Zugang zu Arbeitsmöglichkeiten in städtischen Regionen etc. wirksam werden, was durch weitere empirische Forschung zu eruieren wäre. Es ist bekannt,

²⁷ In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass auch insgesamt ein Rückgang der Heiratsziffern in diesen Ländern zu konstatieren ist, d. h. es kommt zunehmend zu Kindergeburten außerhalb der Ehe (vgl. hierzu etwa Rostgaard 2003: 8).

dass das Bildungsniveau in städtischen Regionen höher ist als in ländlichen. Insgesamt betrachtet ist jedoch davon auszugehen, dass die sinkenden Geburtenraten in erster Linie mit ökonomischen Prozessen in den Transformationsländern zusammenhängen, speziell mit den Unsicherheiten, die durch das drohende Risiko des Arbeitsplatzverlustes ausgelöst wurden.²⁸ Auch wenn es sich lediglich um ein ‚Aufschiebeverhalten‘ handeln sollte, so pflanzen sich sinkende Fertilitätsraten fort und führen auf längere Sicht zu schwerwiegenden demographischen Veränderungen, die die Transformationsländer – und nicht nur diese – in der Zukunft vor ernste Probleme stellen wird.²⁹

Neben den sinkenden Fertilitätsraten zeigen sich trotz noch zu eruierender Disparitäten in den untersuchten Ländern weitere Gemeinsamkeiten in den Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen und ihrer sozio-ökonomischen Realität nach der Transformation. Sowohl das höhere Risiko eines Arbeitsplatzverlustes, als auch das Abgleiten in Langzeitarbeitslosigkeit oder der Rückzug in die Stille Reserve zeigen sich in allen drei Ländern. Zudem haben Frauen deutlich geringere Karrierechancen und erhalten eine geringere Entlohnung im Vergleich zur männlichen Erwerbsbevölkerung mit gleicher Qualifikation und in ähnlichen Berufsfeldern. Relativ neu ist die durch die Einführung des neuen Wirtschaftssystems und dessen Begleiterscheinungen zunehmende Armut Alleinerziehender nach den Verwerfungen auf den Arbeitsmärkten sowie das größere Armutsrisiko von älteren Frauen. Beide Gruppen haben nach der Transformation zur Marktwirtschaft geringere Erwerbschancen und über den Lebensverlauf hinweg gesehen kumulieren sich verschiedene Benachteiligungen, denen Frauen ausgesetzt sind. So führen die geringeren Erwerbs- und Karrierechancen, die geringere Entlohnung sowie diskontinuierliche Erwerbsverläufe aufgrund von Kindererziehungszeiten und das frühere Renteneintrittsalter zu geringeren Alterseinkommen von Frauen. Bei genauerer Betrachtung der einzelnen Länder stellt man auch einige unterschiedliche Entwicklungslinien fest.

²⁸ Ein Überblick über den Forschungsstand zu sinkenden Fertilitätsraten in den Transformationsländern, insbesondere in Tschechien, findet sich bei Klasen/Launov (2003).

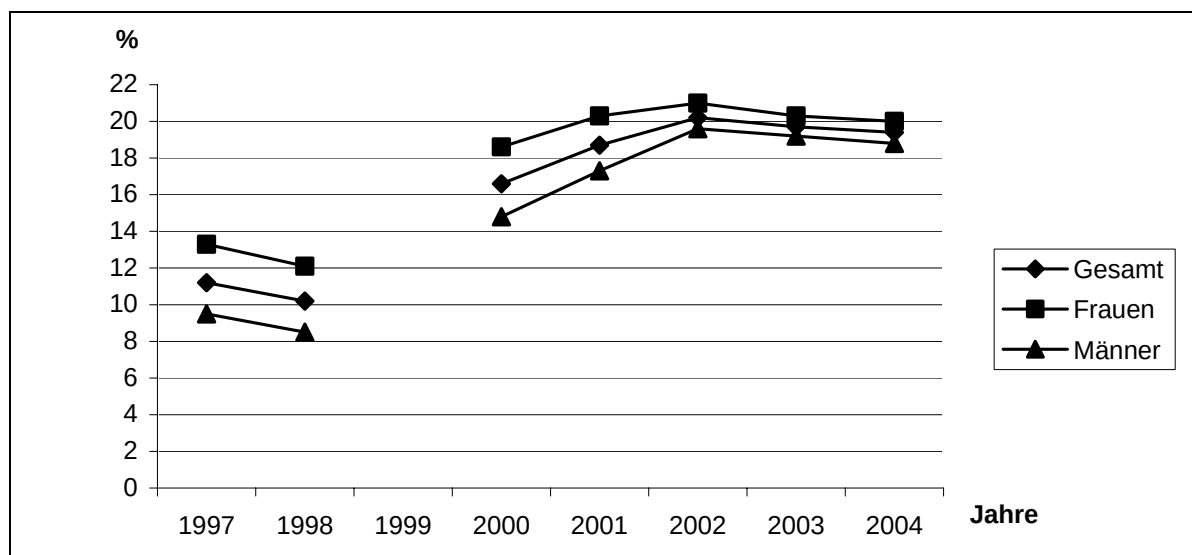
²⁹ Vgl. hierzu das von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften am 16.03.2005 herausgegebene Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ (KOM(2005) 94 endgültig) und die Erwiderung der European Women's Lobby auf das Grünbuch (European Women's Lobby (EWL) (2005).

nien fest, die auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen des jeweiligen Landes je andere Auswirkungen haben können. Deshalb sollen im Folgenden – ebenso wie in Kapitel 2.3 praktiziert – die Länder getrennt behandelt werden.

Polen

In Polen kam es durch die Implementierung der freien Marktwirtschaft insbesondere für Frauen zu hohen sozialen Einschnitten (Lohmann/Seibert 2003: 10). Ursachen hierfür waren vor allem die Instabilität des Arbeitsmarktes mit dem neu auftretenden Phänomen der offenen Arbeitslosigkeit sowie eine Reduzierung der Betreuungseinrichtungen für Kinder, die sich negativ auf die Beschäftigung von Müttern und jungen Frauen auswirkt. Dies zeigt sich u. a. in einem starken Anstieg der Frauenerwerbslosenquote (vgl. Abb. 2). So waren im Jahre 2000 bei einer hohen Arbeitslosigkeit von 16,8 % gesamt 18,6 % der Frauen ohne registrierte Erwerbsarbeit, im Jahre 2003 waren es bereits 20% aller Frauen im erwerbsfähigen Alter.

Abbildung 2: Arbeitslosenquote* der 15- bis 64-Jährigen in Polen von 1997-2004



* Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung.

Quelle: Eurostat

Das Risiko der Arbeitslosigkeit korreliert dabei einerseits stark mit der Bildung – je höher die Bildung, desto geringer das Risiko arbeitslos zu werden –, andererseits ist unabhängig davon seit 1999 ein starker Anstieg der Arbeitslosenquote in der Gruppe der 20- bis 24jährigen Frauen zu beobachten, der auf wirtschaftliche Gegebenheiten zurückzuführen ist und junge Männer daher gleichermaßen betrifft. In den letzten Jahren steigt

auch die Arbeitslosigkeit bei Frauen im Alter zwischen 50 und 54 Jahren, deren Risiko in die Langzeitarbeitslosigkeit abzugleiten besonders hoch ist (vgl. Lohmann/Seibert 2003; Ciechocinska 1993; Moghadam 1993). Möglicherweise tritt dieses Problem nicht zuletzt deshalb auf, weil das Renteneintrittsalter von Frauen bei 60 Jahren liegt (Männer 65 Jahre) und potenzielle Arbeitgeber keine Investitionen – wie z. B. Einarbeitungszeiten, Fortbildungen etc. – in Human Ressource einbringen möchten, die ihnen nur noch einige Jahre zur Verfügung stehen.

Betrachtet man die Tätigkeitsfelder von Männern und Frauen, so sind Frauen hauptsächlich in den Dienstleistungssektoren beschäftigt, die, außer dem Handel, zum öffentlichen Sektor gehören. Frauen arbeiten überwiegend im Bildungs- und Gesundheitswesen, im Handel und im Sozialbereich, also in den Tätigkeitsfeldern, die sich alle durch niedrige Löhne auszeichnen. Der Frauenanteil in der höchsten Einkommensgruppe in Polen liegt bei 20 % und unter den Beschäftigten, die weniger als das Landesdurchschnittseinkommen verdienen, befinden sich 76 % Frauen. Überdies liegen in der Industrie die Frauenlöhne durchschnittlich 40 % unter denen der Männer (vgl. Firlić-Fresnak 2002). Eine weitere Beobachtung nach der Transformation war auch, dass Männer in vormals feminisierte Berufsbereiche abwanderten, sobald diese im Laufe des Systemwechsels lukrative Verdienste zu versprechen schienen. Dies haben Bialecki und Heyns (1993) insbesondere für den Bereich der kaufmännischen Berufe mit den veränderten Anforderungen von Sprach- und Computerkenntnissen festgestellt. Dies ist allerdings kein neues Phänomen, es wird in westlichen Industriegesellschaften seit langem beobachtet, dass die inhaltliche Änderung der Berufsausrichtung (z. B. infolge technischen Wandels, organisatorischer Veränderung) Auswirkungen auf die geschlechtsspezifische Verteilung hat. Entfernen sich die Inhalte von der „weiblichen Kultur“, dann sinkt der Frauenanteil dieses Berufes. Gibt es Schwankungen im Sozialstatus eines Berufes, kommt ebenfalls Bewegung in die Berufslandschaft: bei sinkendem Sozialstatus eines Berufes wandern die Männer ab, der Frauenanteil erhöht sich und vice versa (vgl. Willms 1982, 1983; Beck-Gernsheim 1981: 149 ff.).

Der Beschäftigungsrückgang nach der Transformation betrifft in Polen in der Stadt lebende Frauen gleichermaßen wie auf dem Lande lebende. Es gibt allerdings einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Wohnort

und dem Beruf: Das Bildungsniveau von Frauen in ländlichen Regionen ist niedriger als das von Frauen in städtischen Gebieten. In ländlichen Gegenden sind Frauen deshalb überwiegend als (un- bzw. angelernte) Arbeiterinnen beschäftigt und diese Berufsgruppe ist erfahrungsgemäß besonders von Arbeitslosigkeit und auch Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Aber nicht nur ein mangelndes Bildungsniveau, sondern insbesondere auch eine mögliche Schwangerschaft wird von jungen Frauen als Arbeitslosigkeitsrisiko wahrgenommen (Lohmann/Seibert 2003: 56). Aufgrund der auch in vielen anderen europäischen Ländern vorherrschenden stereotypen Vorstellung einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung wird auch in Polen vorausgesetzt, dass die Kinderbetreuung vorrangig von Frauen übernommen wird. Aufbauend auf einem eher konservativen Frauen- und Familienbild, das auch durch den starken Einfluss der katholischen Kirche in Polen forciert wird, wird den polnischen Frauen trotz jahrzehntelanger sozialistischer Politik unter Maßgabe der Geschlechtergleichheit die Rolle der unbezahlten Familienarbeiterin zugewiesen. Eine Rolle, deren Erfüllung auch dann von ihr erwartet wird, wenn sie gleichermaßen wie der Mann aktiv erwerbstätig ist. In Polen scheint die vorherrschende Meinung zu sein, dass Frauen lediglich aus ökonomischen Gründen erwerbstätig sind, nicht aber aus Gründen der Selbstverwirklichung oder aus individuellem Karrierestreben. Und es wird weiter vermutet, verheiratete Frauen würden es bevorzugen, aus dem Erwerbsleben auszusteigen und den Haushalt zu führen, wenn der Verdienst des Mannes zum Unterhalt der Familie ausreichte.³⁰ Möglicherweise behindert dieses in der polnischen Geschichte tief verwurzelte Familienideal die Entwicklung eines partnerschaftlichen Familienmodells, bei dem beide Geschlechter gleichberechtigt am Arbeitsmarkt partizipieren und sich beide für die Reproduktionsarbeit zuständig fühlen. Dadurch könnte es auch zu einem weiteren Verlust an sozialpolitischer Unterstützung bei der Bereitstellung von qualifizierten staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen kommen: Das klassische traditio-

³⁰ Vgl. dazu für alle post-kommunistischen Staaten Europas die Aussagen von Hofäcker/Lück 2004. Demnach würde auch die jüngere Frauengeneration einem „male breadwinner“-Modell stark zustimmen, die den staatlichen „Zwangscharakter“ weiblicher Erwerbstätigkeit als Bürde empfinden, und die Rückkehr zur reinen Familienrolle nun als Befreiung von dieser Doppelbelastung wahrnehmen. Ob sich diese Annahme empirisch erhärten lässt, kann nur durch weitere differenzierte Forschung auf diesem Gebiet geklärt werden, da es auch gegenteilige Ergebnisse gibt (vgl. z. B. Paukert 1993: 260).

nelle Familienmodell einiger europäischer Länder mit einem Haupternährer und einer Dazuverdienerin könnte sich damit möglicherweise weiter manifestieren lassen. Insbesondere für Polen besteht diese Gefahr, da es hier bereits in der Vergangenheit je nach ökonomischer Situation zu Veränderungen des Frauenleitbilds kam, die dazu dienen sollten, Frauen als Verschiebemasse auf dem Arbeitsmarkt behandeln zu können. So wurden Frauen in den 1970er-Jahren, als der Bedarf an Arbeitskräften aufgrund wirtschaftlicher Prozesse zurückging, ermutigt, ihre Erwerbstätigkeit aufzugeben und ihre wirkliche Bestimmung in der Haus- und Familienarbeit sowie der Betreuung von Kindern zu sehen (vgl. Lohmann/Seibert 2003: 79).³¹

In Familien lebende Frauen mit Kindern und allein erziehende Frauen sind nach der Transformation zur Marktwirtschaft jedoch nicht nur im Bereich der Arbeitsmarktpartizipation besonders benachteiligt, sondern es kumulieren sich verschiedene negative Indikatoren in der Weise, dass sie über ihren gesamten Lebensverlauf hinweg in einer schlechteren Position als Männer sind. Daher kann auch in Polen – ebenso wie in einigen westlichen Industrieländern – von einer Feminisierung der Armut gesprochen werden (vgl. Ferge 1997: 169). Obwohl gleich gut gebildet und ausgebildet haben Frauen geringere Arbeitsmarktchancen als Männer, sie verdienen sowohl in den feminisierten Berufen weniger, als auch dann, wenn sie in den gleichen wirtschaftlichen Sektoren und Professionen wie Männer tätig sind. Sie haben geringere Karrierechancen und im Falle von Familiengründung und Mutterschaft wird von dem weiblichen Teil der Partnerschaft erwartet, sich mit der Doppelbelastung auseinander zu setzen, die das Bemühen um eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit sich bringt. Es zeigt sich also, dass trotz der gesetzlich geregelten Vorgabe der gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit für beide Geschlechter der Systemwechsel an diesem Phänomen der geschlechtsspezifischen sozialen Ungleichheit offensichtlich nichts geändert hat. Hinzu kommt die Problematik der Berufsrückkehr nach einer Kinderpause, die inzwischen den Mustern einiger

³¹ Ähnliches war in den vergangenen Dekaden in Westdeutschland mehrfach zu beobachten: Bei einem Überangebot von Arbeitskräften machte z. B. das Schlagwort von der „neuen Mütterlichkeit“ die Runde und Aufrufe zu vermehrter ehrenamtlicher sozialer Tätigkeit richteten sich an Frauen, um sie vom Erwerbsarbeitsmarkt zu exkludieren (siehe dazu Rudolph 2003, 2001).

westlicher Industrieländer zu folgen scheint: Frauen werden nach der Berufspause als dequalifiziert betrachtet, wegen ihrer Familienpflichten als weniger beruflich engagiert eingestuft und es werden von den Arbeitgebern aufgrund der Kinderbetreuung größere Fehlzeiten sowie erneute Schwangerschaften befürchtet. Darüber hinaus erweisen sich die großzügigen Regelungen bezüglich des Mutterschutzes und der Elternzeit für die Wiederaufnahme von Erwerbsarbeit nach der Geburt eines Kindes als kontraproduktiv (vgl. Jankowiak 2004). Der diskontinuierliche Erwerbsverlauf in Verbindung mit einem niedrigeren Einkommen und einem früheren Renteneintrittsalter führt überdies im Alter zu einem wesentlich geringeren Rentenbezug als bei Männern. Lohmann und Seibert thematisieren, dass es in Polen wohl eine Art sozialer Akzeptanz für das geringere Einkommen von Frauen zu geben scheint – sowohl im aktiven Erwerbsleben, als auch im Ruhestand. Dies und die existierenden Rollenstereotype könnten dazu führen, dass ein Bedarf der Wirtschaft an flexiblen Arbeitskräften oder Teilzeitbeschäftigten künftig von Frauen gedeckt wird, die jedoch im Rahmen des Versuchs einer ‚work-life-balance‘ damit ihre ökonomische Position weiterhin verschlechtern (Lohmann/Seibert 2003: 77). Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – die nicht nur in Polen exklusiv als Frauenproblem gehandelt wird – gestaltet sich für Frauen mit Kindern zunehmend schwieriger.

Nach der Auflösung des sozialistischen Systems haben sich überdies die sozialpolitischen Rahmenbedingungen zum einen im Hinblick auf die ökonomische Entlastung von Familien stark verändert und zum andern wurden die staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen reduziert. Zugleich wird es zunehmend notwendiger, eine gute Bildung und Ausbildung von Kindern zu gewährleisten, damit sie später auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren können bzw. bessere Chancen haben, was ebenfalls mit Kosten für die Familie verbunden ist. Möglicherweise gibt es einen Zusammenhang zwischen dieser zunehmend wahrgenommenen Problematik auf dem Arbeitsmarkt und der auch in Polen sinkenden Geburtenrate, obgleich diese immer noch eine der höchsten in den Transformationsländern ist. Die Fertilitätsrate von Frauen ist immer in enger Verbindung zur Erwerbstätigkeit und ihrer professionellen Aktivität zu sehen. Dennoch greift die Erklärung des Phänomens sinkender Geburtenraten wohl zu kurz, dass aufgrund der unsicheren Arbeitsmarktsituation seit Beginn der Transformation auch die

Heiratsziffern einen Rückgang aufweisen und die Familiengründungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden (Fratczak 2004; Lohmann/Seibert 2003: 36f.). Wie bereits dargelegt, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschließend beurteilt werden, inwieweit es sich um zeitliche Verschiebungen handelt oder ob es tendenziell auf längere Sicht zu einem generellen Geburtenrückgang kommt. Es wäre denkbar, dass Frauen nicht nur den Zeitpunkt der Familiengründung nach hinten verschieben, sondern aus ökonomischen Gründen vollends auf Kinder verzichten. Die wachsende Zahl von kinderlosen Paaren könnte auf eine solche Entwicklung hindeuten (vgl. Kotowska 2001: 77).

Eine Besonderheit Polens ist der seit 1989 veränderte Umgang mit dem Abtreibungsrecht. Bereits seit 1956 existierte ein liberales Abtreibungsgesetz, das kostenfreie Abtreibungen aus sozialen Gründen ermöglichte. Mangels Zugang zu geeigneten Verhütungsmitteln und mangelnder nicht-ideologischer Sexualerziehung diente dieses Gesetz de facto der Geburtenkontrolle. Durch die 1989 von der politischen Bewegung „Solidarität“ gewonnenen Wahlen, die der katholischen Kirche sehr nahe stand, kehrte sich diese Haltung radikal um und Abtreibung wurde fortan als illegal betrachtet. Die politische Bedeutung der katholischen Kirche, die in erster Linie als Opposition zur kommunistischen Partei gesehen wurde und weitere Stärkung durch den polnischen Papst erhielt, sollte nicht unterschätzt werden. In nationalistischer Rhetorik wurden von der katholischen Kirche Methoden der Geburtenkontrolle als kommunistische Machenschaften dargestellt, die dazu angetan seien, die polnische Nation zu zerstören (Lohmann/Seibert 2003: 80).³² Die wiederholten Bemühungen um ein restriktiveres Abtreibungsrecht, die vom polnischen Parlament zwischen 1989 und 1993 unternommen wurden, führten zu einer Protestwelle von Seiten der Frauenorganisationen. Aufgeheizte parlamentarische Debatten waren von zahlreichen Demonstrationen und Unterschriftensammlungen für bzw. gegen die Strafbarkeit von Abtreibungen begleitet (vgl. hierzu auch Feldmann-Wojtachnia 2005 sowie Wolchik 1993). Im Jahr 1993 kam es dann zu einem Gesetz, das Abtreibung ausschließlich in drei Fällen gestattete:

³² Im Rahmen dieser Arbeit muss ungeklärt bleiben, wie die hohen Abtreibungsziffern vor 1989 mit den Lehren der katholischen Kirche von der polnischen Bevölkerung vereinbart wurden.

(1) wenn Leben oder Gesundheit der Mutter auf dem Spiel steht, (2) bei Schädigung des Fötus und (3) wenn es durch Vergewaltigung zur Schwangerschaft gekommen war. 1996 kam es zu einer erneuten Liberalisierung, indem Abtreibung aus sozialen Gründen zugelassen wurde. Dies wurde ein Jahr später jedoch wieder zurückgenommen, sodass es bis heute keine soziale Indikation für eine legale Schwangerschaftsunterbrechung gibt. Es ist zu vermuten, dass dies zu einem Anstieg der illegalen Abtreibungen geführt hat und weiterhin führt, zu denen Frauen mit finanziellen Ressourcen leicht Zugang bekommen. Dies hat eine Verstärkung der sozialen Ungleichheit innerhalb des weiblichen Geschlechts zur Folge, da sich die Entscheidung für oder gegen ein Kind nicht zuletzt nach finanzieller Machbarkeit entscheiden kann.

Die vorgenannten Indikatoren der Benachteiligung von Frauen nicht nur auf dem Arbeitsmarkt und im weiteren Lebensverlauf aufgrund der Ungleichverteilung von Lebenschancen gegenüber denen von Männern, sowie die eingeschränkte Selbstbestimmung durch die Beschneidung der Reproduktionsrechte durch die polnische Gesetzgebung und nicht zuletzt die Vernachlässigung des Themas ‚Gendergleichheit‘ auf der politischen Agenda berechtigen zu der Frage, ob Frauen in Polen als Verliererinnen der Transformation angesehen werden können. Zsuzsa Ferge beantwortet dies mit einem eindeutigen ‚ja‘: sie zieht aufgrund ihrer Forschungsergebnisse den Schluss, dass die Majorität der Frauen in Polen durchaus als die Verliererinnen der Transformation bezeichnet werden können.³³ Als Gewinnerinnen könnten nur die sehr gut ausgebildeten jüngeren Frauen gelten, die noch nicht familiär gebunden sind, für sie habe sich die Welt geöffnet (vgl. Ferge 1997: 169). Wie es für diese Frauen nach der Familiengründung aussieht, bleibt jedoch ungewiss, es lassen sich aber aufgrund der Erfahrungen bzw. Situationen in Polen selbst und in anderen Ländern Vermutungen anstellen. Die Mutterschafts- und Elternzeitregelungen haben die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen weiter erschwert, da Unternehmer männliche Bewerber bevorzugen, die mit der Kindererziehung nicht belastet sind und weniger Fehlzeiten hätten (Jankowiak 2004: 231).

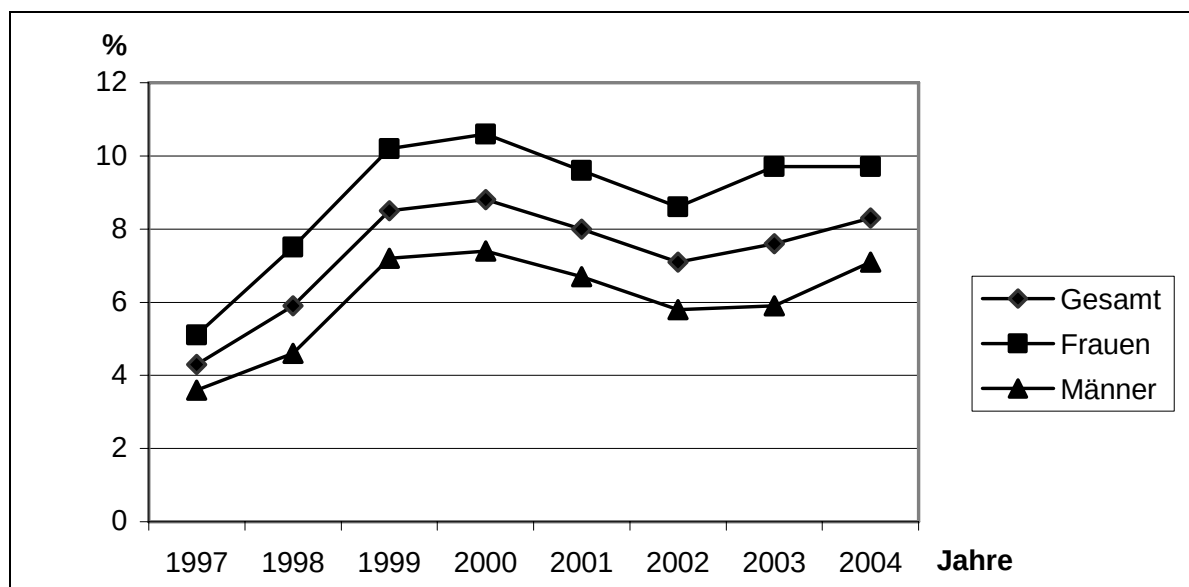
³³ Zu einem ähnlichen Schluss kommt Krystyna Niedzielska (1999: 54).

Würde man den Versuch machen, Polen unter Berücksichtigung möglicher Entwicklungstrends unter Esping-Andersens wohlfahrtsstaatliche Typologie einordnen zu wollen, wäre für dieses Land wohl am ehesten eine Entwicklung hin zum konservativen Modell denkbar.

Tschechien

Obgleich Tschechien gegenüber Polen über die letzten fünfzehn Jahre hinweg eine wesentlich geringere Arbeitslosenquote aufweist, wurde auch Tschechien nach der Transformation von der auftretenden offenen Arbeitslosigkeit überrascht (vgl. Abb. 3). Von dieser Arbeitslosigkeit waren in Tschechien ebenso wie in Polen mehr Frauen betroffen als Männer. So stieg der Anteil der Arbeitslosen insgesamt von 4,3 % im Jahre 1997 auf 8,3 % im Jahre 2004, bei den Frauen von 5,1 % im Jahre 1997 auf nunmehr fast 10 % im Jahre 2004 (9,7 %). Die höhere Arbeitslosigkeit von Frauen ist in Tschechien u. a. darauf zurückzuführen, dass im Zuge des Systemwechsels bei der Restrukturierung der Wirtschaft die männlich dominierten Industriezweige wie z. B. die Schwerindustrie staatlicherseits subventioniert wurden, während weiblich dominierte Industriezweige wie die Textilindustrie den Kräften des freien Spiels der Marktwirtschaft überlassen wurde und sich langfristig dort nicht behaupten konnte. In diesen Industriezweigen kam es dann auch zu großen Arbeitsplatzverlusten (vgl. Marksová-Tominová 2003: 10).

Abbildung 3: Arbeitslosenquote der 15- bis 64-Jährigen in Tschechien von 1997-2004



Quelle: Eurostat

Ob Tschechiens Frauen auf dem Arbeitsmarkt generell die Verlierer der wirtschaftlichen Transformation waren, wird in der Literatur kontrovers diskutiert. Von Kevin James (1996) wurde unter Bezugnahme auf Jaqueline Heinen (1993) kritisch hervorgehoben, dass Frauen während der Umstrukturierungsphase in vielen Fällen die ersten auf der Entlassungsliste waren. Damit seien sie stärker von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht oder würden in Teilzeitarbeit abgedrängt, da sowohl der Regierung als auch den Unternehmern daran gelegen sei, die Position des ‚male breadwinner‘ zu stärken. Dabei ergebe sich die erhöhte Gefahr der Langzeitarbeitslosigkeit für Frauen daraus, dass mehr Männer von den Trainingsmaßnahmen profitierten und sie von den Arbeitsvermittlern für Wiedereinstellungen eindeutig bevorzugt würden (vgl. James 1996: 56). Demgegenüber wird von Marksová-Tominová einige Jahre später argumentiert, dass die Befürchtung, die Massenarbeitslosigkeit würde die Rückverweisung von Frauen an den heimischen Herd hervorrufen, sich nicht bewahrheitet habe (Marksová-Tominová 2003: 38).³⁴ Es wird jedoch nicht bestritten, dass das Arbeitslosigkeitsrisiko für Frauen in jedem Fall höher ist als für Männer und in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation oder Rezession ansteigt (vgl. Cermaková et al. 2000). Bei dem in solchen Fällen erforderlichen Personalabbau wird insbesondere nach Genderstereotypen selektiert und so sind Frauen mit kleinen Kindern, weibliche Studienabgänger (aufgrund möglicher Schwangerschaften) und Frauen mit geringer Bildung am häufigsten von Arbeitslosigkeit betroffen. Insbesondere die Arbeitslosigkeit unter den gering qualifizierten Frauen und Männern ist hoch, nach dem Czech Statistical Office betrug die Arbeitslosenquote in dieser Bildungsgruppe im Jahr 2001 für Frauen 20,7 Prozent und für Männer 23 Prozent bei einer Gesamtarbeitslosigkeitsquote von 8,1 Prozent. Diese Problemgruppe wird es auch in Zukunft zunehmend schwerer haben, Arbeit zu finden und es besteht damit für beide Geschlechter die große Gefahr der Exklusion bestimmter sozialer Gruppen. Statistiken aus dem Jahr 2004 zeigen bereits den kontinuierlichen Anstieg der Arbeitslosenquote der gering gebildeten Gruppe in den letzten Jahren: im Jahr 2004 betrug sie bei Frauen 24,2 Prozent, bei Männern war sie bereits auf 28,8 Prozent ange-

³⁴ Möglicherweise unterscheidet sich in diesem Punkt Tschechien von Polen deshalb, weil in Polen aufgrund des Einflusses der katholischen Kirche ein traditionelleres Frauenbild vorherrschend war als in Tschechien.

stiegen bei zeitgleicher Gesamtarbeitslosigkeitsquote von 8,3 Prozent.³⁵ Des Weiteren sind tschechische Frauen in der Altersgruppe von 55 bis 59 Jahren überproportional stark von Arbeitslosigkeit betroffen, das gleiche Phänomen wie es auch in Polen im Rahmen der wirtschaftlichen Transformation aufgetreten ist.

Insgesamt ist jedoch im Ländervergleich besonders bemerkenswert, dass die ökonomische Aktivität von Tschechiens Frauen sich nicht signifikant von der männlichen unterscheidet, obwohl die professionellen Strukturen Tschechiens – ebenso wie in allen Ländern Europas – eine starke Segregation aufweisen. Männer dominieren die Bereiche Management, Controlling, Industrieberufe und Handwerk, und obwohl Frauen in die männlichen Domänen mehr vorgedrungen sind als in anderen europäischen Ländern, dominieren Frauen vorwiegend die Bereiche der technischen Angestellten, der Finanzwelt und administrativer Dienstleistungssektoren in der Industrie sowie andere Dienstleistungsberufe. Es ist anzunehmen, dass die kontinuierliche Ausdehnung des Dienstleistungssektors künftig noch größere Wachstumsraten zu versprechen scheint, wie z. B. im Bereich des Tourismus, der Versicherungen, des Marketing sowie anderer kaufmännischer Tätigkeitsfelder, womit weitere Arbeitsmöglichkeiten für Frauen entstehen könnten. Allerdings stellen Frauen derzeit auch den größten Anteil in den Bereichen der weniger qualifizierten Arbeit oder bei ungelernter Tätigkeit (vgl. Marksová-Tominová 2003; Cermaková et al. 2000; Paukert 1993).

Auch in Tschechien bestehen nach wie vor genderspezifische Einkommensunterschiede: Frauen befinden sich zum einen in den weniger gut entlohten Berufs- und Erwerbsbereichen, zum andern verdienen sie aber auch bei gleicher Qualifikation in gleichen Arbeitsbereichen weniger als Männer. Das durchschnittliche weibliche Einkommen lag im Jahr 2002 um 26 Prozent niedriger als das Einkommen von Männern, unabhängig davon, dass Frauen ähnliche – oft auch bessere – Bildungsqualifikationen aufweisen als Männer (vgl. Jurajda 2001; Paukert 1993). Weder das Prinzip von gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit noch von gleicher Entlohnung für Männer und Frauen ist bis jetzt in Tschechien real implementiert worden. Es scheint, als würden diese Aspekte noch nicht genügend fokussiert wer-

³⁵ Quelle: <http://www.czso.cz> (12.07.2005).

den, da zum einen die Forschung auf dem Gebiet in Tschechien bis jetzt eher marginal ist und zum zweiten noch keine klaren gesellschaftlichen Vorstellungen vom monetären Äquivalent und vom Wert der Arbeit in den verschiedenen Berufen vorhanden sind und deshalb kaum Vergleiche gezogen werden können.³⁶ Das Problem der ungleichen Bezahlung tritt vorwiegend in den privatisierten Betrieben auf, im öffentlichen Dienst sind erheblich weniger Unterschiede festzustellen. In Privatbetrieben war nach der Transformation überdies die Tendenz festzustellen, dass auf ehemals von Frauen besetzten Stellen nun Männer eingestellt werden, ein auch in Polen beobachtetes Phänomen (vgl. Puhani 1997; Bialecki/Heyns 1993; Paukert 1993). Dies könnte dazu führen, dass der Gender Wage Gap sich weiter ausdehnt.

Als negative Entwicklung im Gefolge des Systemwechsels wird wie in Polen auch in Tschechien eine ebenfalls stark sinkende Fertilitätsrate gesehen, die auf ein ‚Aufschiebeverhalten‘ der Frauen zurückgeführt wird: Heiraten und Kindergeburten finden zunehmend zu einem späteren Zeitpunkt statt als während der sozialistischen Ära. Ein seit Anfang der 1990er-Jahre zu verzeichnender Rückgang der Heiratsziffern hat sich inzwischen stabilisiert. Ein starker sozialer Wandel ist nicht erkennbar, sodass die Lebensform, die auf Eheschließung und dem Leben in einem Familienverband basiert, nach wie vor gegenüber anderen möglichen Lebensformen präferiert wird. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass der in modernen westlichen Gesellschaften beobachtete Wertewandel hin zu Individualisierung und hedonistischen Lebenskonzepten mit den ausgedehnteren Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung (vgl. Inglehart 1998) nach der Transformation in Tschechien dazu geführt hat, dass Familiengründungen

³⁶ Laut Marksová-Tominová war bis zum Jahr 2003 die Studie von Stepan Jurajda die einzig verfügbare vertiefende Analyse zu diesem Thema. Sie basiert auf Daten aus dem Jahr 1998 und wurde 2001 veröffentlicht. Aufgrund der noch bestehenden Forschungsdesiderata ist auch bis heute kaum festzustellen, in welchem Ausmaß die ungleiche Bezahlung auf differierende Berufe und/oder die Arbeit von Männern und Frauen in unterschiedlichen sektoralen Strukturen zurück zu führen ist oder ob sie auf direkter Diskriminierung beruht. Interessanterweise korreliert die Höhe der Einkommensdifferenz mit höherer Bildung, bzw. höherem beruflichen Status: In der höchsten Einkommensgruppe erreichten Frauen im Jahr 2001 nur mehr 55 % des Einkommens der Männer (vgl. Marksová-Tominová 2003: 20, 44; Czech Statistical Office 2002; Cermaková et al. 2000).

zeitlich zurückgestellt werden.³⁷ So hat sich das durchschnittliche Alter der Erstgebärenden von 22 Jahren im Jahr 1993 bis zum Jahr 2001 auf 26 Jahre erhöht (vgl. Czech Statistical Office 2003; Cermaková et al. 2000). Es ist jedoch anzunehmen, dass auch in Tschechien ebenso wie in Polen die unsicher gewordene Arbeitsmarktsituation und die Reduzierung von staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen und die Umstrukturierung anderer Familienunterstützungen nach dem Systemwechsel dazu geführt haben, die Familiengründung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben oder – was noch nicht abschließend beantwortet werden kann – auf Kinder generell zu verzichten.

Richtet man den Blick zurück auf die zwingende Notwendigkeit der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen in der Vergangenheit, wäre – wie es auch in Polen vermutet wird – denkbar, dass tschechische Familienfrauen den Arbeitsmarkt verlassen, sobald ihre Ehemänner genügend verdienen, um sich dann der häuslichen Betreuungs- und Reproduktionsarbeit zuzuwenden. Auch die Tatsache, dass in Tschechien ebenso wie in den anderen europäischen Ländern einschließlich der Transformationsländer, Frauen unabhängig von ihrer Erwerbstätigkeit die Hauptlast der Hausarbeit und Betreuung obliegt, könnte auf diese Entwicklung hindeuten. Die ILO-Studie ‚Woman in the Labour Market‘, die in Tschechien zwischen 1990 und 1993 durchgeführt wurde, ergab jedoch ein überraschendes Bild. Demnach würden nur 28 Prozent der verheirateten und in Partnerschaften lebenden Frauen ihre Erwerbsarbeit aufgeben, wenn ihre Ehemänner oder Partner genügend verdienen um den Lebensunterhalt des familiären Verbandes zu sichern. Demgegenüber lehnten 40 Prozent der befragten Frauen eine Hausfrauenkarriere definitiv ab. Im Gegensatz dazu würden 46 Prozent der Ehemänner/Partner es begrüßen, wenn ihre Frauen zu Hause blieben. Dieses Ergebnis zeigt die deutliche Berufs- und Erwerbsorientierung der tschechischen Frauen (vgl. Interviews mit Alena Kraliková; München 30.10.2004 und Jirina Siklová; Hamburg 27.11.2004; Paukert 1993:

³⁷ Ähnliche Argumentationen tauchen vermehrt in der neueren osteuropäischen Literatur auf. Demnach sei die ökonomische Krise für den Geburtenrückgang in den Transformationsländern nur *eine* von mehreren Erklärungsansätzen. Mit dem Systemwechsel sei auch eine grundlegende soziale Transformation angestoßen worden, die neue Möglichkeiten der Lebensführung eröffnet habe. Mit den neuen Wertigkeiten, die nun z. B. auch dem Konsum beigemessen würden, sei auch eine effizientere Kontrazeption eingegangen (vgl. etwa Sobotka 2003).

260 f.). Das Leitbild der emanzipierten, von einem ‚male breadwinner‘ ökonomisch unabhängigen berufstätigen Frau und Mutter, die überdies die häusliche Arbeit im Griff hat, entfaltet ungetrübt durch andere historische, gesellschaftliche oder gar kirchliche Einflüsse (wie das in Polen der Fall ist) seine Wirkmächtigkeit.

Im Vergleich mit den Ländern Polen und Ungarn ist jedoch festzustellen, dass Frauen in Tschechien ungeachtet ihres eher emanzipatorischen Leitbildes de facto von ähnlichen bzw. teilweise von den gleichen Benachteiligungen betroffen sind. Tschechiens Frauen haben ebenfalls nicht die gleichen Lebenschancen wie Männer wegen des geringeren Einkommens in den feminisierten Berufszweigen, aber auch des geringeren Einkommens für gleiche Arbeit, wegen des größeren Arbeitslosigkeitsrisikos, der geringeren Karrierechancen sowie der Doppelbelastung aufgrund ihrer Bemühungen um Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch das frühere Renteneintrittsalter – ab 2007 zwischen 57 und 61 Jahren, je nach Anzahl der Kinder – gegenüber Männern, die dann mit 62 Jahren rentenberechtigt sind, wirkt sich im Zusammenhang mit dem lebenslang geringeren Einkommen nachteilig auf das weibliche Alterseinkommen aus und vermindert überdies die Erwerbschancen von älteren Frauen generell (vgl. Marksová-Tominová 2003: 64; Cermaková et al. 2000). Trotz dieser Übereinstimmungen ist vorstellbar, dass Tschechien sich eher in Richtung des schwedischen (sozialdemokratischen) wohlfahrtsstaatlichen Modells entwickeln könnte. Dieses sieht durchgehende Erwerbstätigkeit für beide Geschlechter vor und ist bezüglich der Lebenschancen auf Geschlechtergleichheit angelegt. Nach vorsichtiger Einschätzung könnten demnach tschechische Frauen auf längere Sicht wohl nicht den Verliererinnen der Transformation zugeordnet werden.

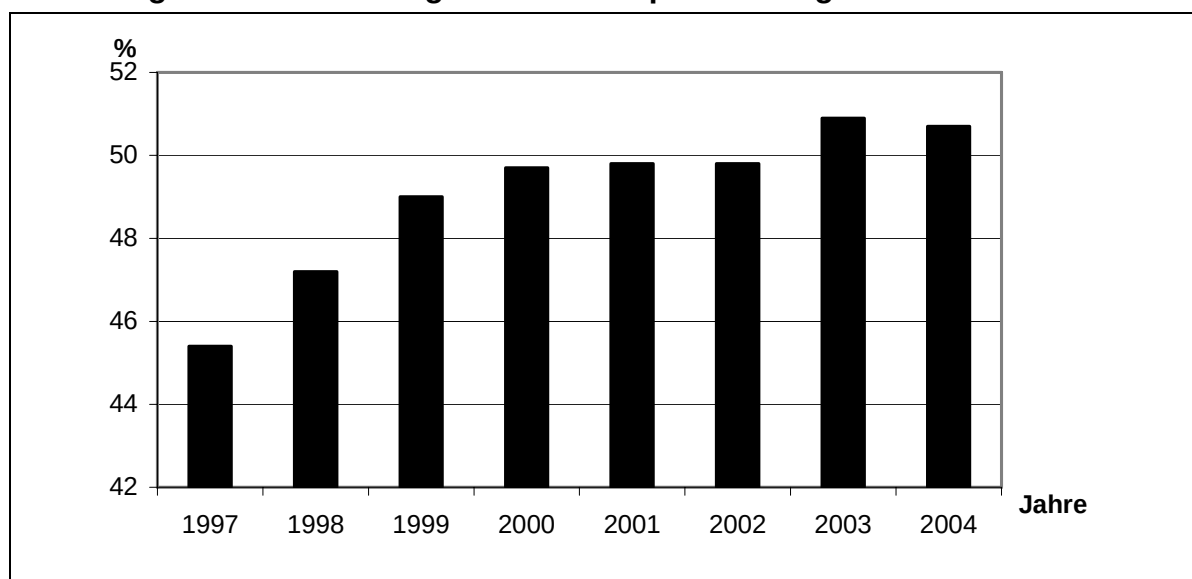
Ungarn

Obwohl die Wirtschaft Ungarns bereits in den 1980er-Jahren Tendenzen zu marktwirtschaftlichem Handeln zeigte, schon einige wirtschaftliche Reformen durchlaufen hatte und von einer ‚zweiten Ökonomie‘ neben der Planwirtschaft gekennzeichnet war (vgl. Kapitel 2.3; Glück 2000; Weil 1993), ist für Ungarn ebenso wie für Polen und Tschechien nach der politischen und wirtschaftlichen Transformation ein eklatanter Beschäftigungsrückgang bei Männern und Frauen festzustellen. Lag die Erwerbsquote im Jahr 1989 nach Götting (1998: 94) insgesamt noch bei 88,2 Prozent

(Männer 90,8 %, Frauen 85,5 %³⁸), gingen in Ungarn als Begleiterscheinung des „Transition Shock“ (Szabó 2003a: 21) zwischen 1989 und 1992 etwa 1,1 Millionen Jobs verloren.

In den Folgejahren sank die Beschäftigungsquote weiter ab und stieg erst ab 1997 wieder leicht an (vgl. Abb. 4). Dieser positive Trend bewirkte, dass die Erwerbsquote im Jahr 2003 wieder bei 50,9 % lag, eine Quote, die trotz aller positiven wirtschaftlichen Entwicklungen in Ungarn immer noch niedriger ist als im EU-Durchschnitt (55 % in 2003).

Abbildung 4: Entwicklung der Erwerbsquote in Ungarn von 1997-2004



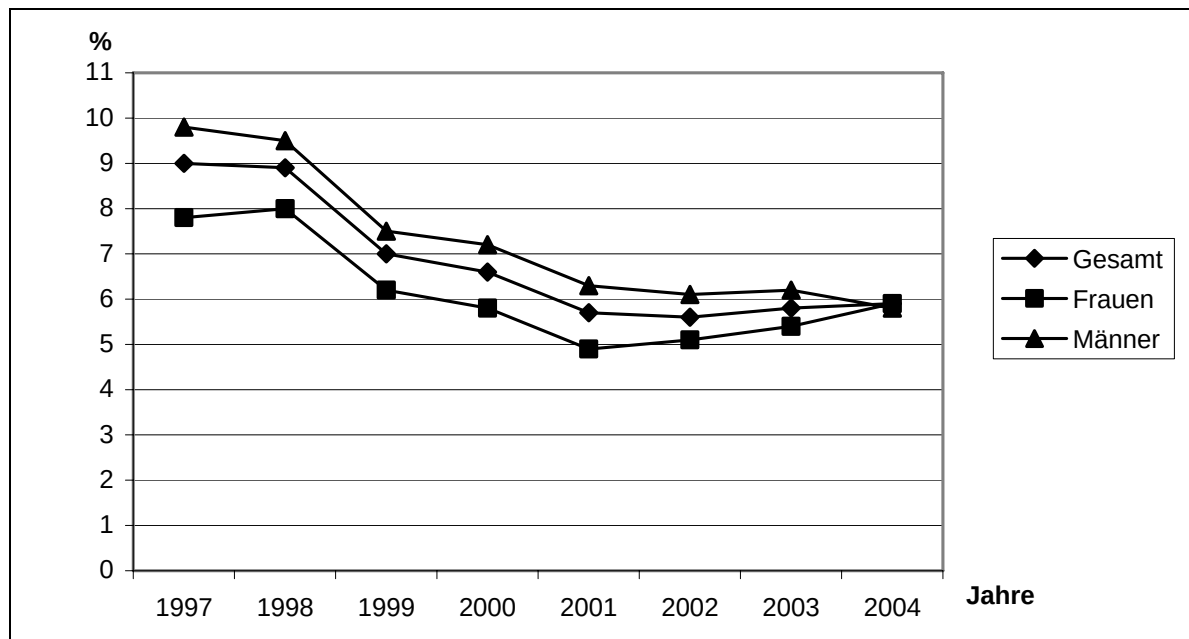
Quelle: Eurostat

Die Beschäftigungsentwicklung muss nach Szabó unter Berücksichtigung der in Ungarn weit verbreiteten ‚versteckten Beschäftigung‘ und der ‚informellen Ökonomie‘ gesehen werden, deren Umfang auf etwa 20 % des GDP geschätzt wird (vgl. Szabó 2003a: 21ff.). Auch die stetig sinkende ungarische Arbeitslosenquote von 9 % im Jahre 1997 auf 5,9 % im Jahre 2004 für alle Beschäftigten (vgl. Abb. 5) sollte mit einiger Vorsicht interpretiert werden, zumal es in Ungarn offensichtlich auch einen Rückzug vom Arbeitsmarkt durch Abwanderung in die „Stille Reserve“ und durch Frühverrentung sowie Verrentung aufgrund von Invalidität gegeben hat.³⁹

³⁸ Die Zahlen basieren auf einem Erwerbsalter bei Frauen 15 bis 54 Jahre, bei Männern 15 bis 59 Jahre.

³⁹ Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern war das Renteneintrittsalter in Ungarn bis 1996 sehr niedrig. Nach dem Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte dieses System

Abbildung 5: Arbeitslosenquote der 15- bis 64-Jährigen in Ungarn von 1997-2004



Quelle: Eurostat 2005

Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen insgesamt hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen kontinuierlich von 21,0 % im Jahr 1992 bis zu 44,2 % im Jahr 2000 erhöht.⁴⁰

Die Gefahr, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, findet sich auch in Ungarn bei bestimmten Problemgruppen, die sich überwiegend aus gering gebildeten und ausgebildeten Personen zusammensetzen, noch dazu, wenn sie in ländlichen Gebieten wohnen. So haben Menschen mit geringer Bildung ein zehnmal höheres Risiko arbeitslos zu werden als UniversitätsabsolventInnen. Auch Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen, die Rate lag 1993 bei 21,3 %, fiel jedoch bis zum Jahr 2000 auf 12,1 %, was gemessen an der Gesamtarbeitslosenquote von 6,4 % immer noch sehr hoch ist. Insgesamt sind in Ungarn Menschen unterschiedlich regional von Arbeitslosigkeit betroffen: Wie in anderen europäischen Ländern auch ist die Arbeitslosigkeit in den ländlichen Regionen höher als in größeren Städten, was auch auf die im

nicht mehr finanziert werden, so dass im Jahr 1996 das Renteneintrittsalter von Frauen von 55 auf 62 Jahre erhöht wurde, das der Männer von 60 auf 62 Jahre (vgl. Szabó 2003a: 44).

⁴⁰ Vgl. Central Statistical Office of Hungary (CSO) 2001; Szabó 2003a: 40.

Durchschnitt geringere Bildung der ländlichen Bevölkerung zurückzuführen ist. In Ungarn gibt es zusätzlich große Disparitäten zwischen den westlichen und östlichen Regionen und dem Zentrum des Landes, wo die Arbeitslosigkeit erheblich geringer ist, während in den nördlichen oder nordöstlichen Regionen mehr Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen sind. In diesen benachteiligten Gebieten konzentriert sich auch die ethnische Gruppe der Roma, die wegen ihrer geringeren Bildung und der herrschenden Vorurteile aufgrund ihrer Ethnizität überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Hinzu kommt, dass der Rückzug von Personen im erwerbsfähigen Alter aus der Erwerbstätigkeit in diesen benachteiligten Regionen höher ist, nicht zuletzt deshalb, weil es in diesen Regionen nicht gelungen ist, neue Arbeitsplätze zu schaffen. In den benachteiligten Regionen steigt als Folge des Arbeitsplatzmangels die Quote der selbstständig erwerbstätigen Frauen an (vgl. Dieringer 2003: 240 ff.; Szabó 2003a: 42; 2003c: 11).

Die Arbeitslosenquote von Frauen ist – im Gegensatz zu den meisten EU-Ländern – geringer als die von Männern (vgl. Abb. 5). Im Jahr 2003 betrug sie für Männer 6,3 %, für Frauen 5,8 %.⁴¹ Ursache hierfür ist der im Zuge der Transformation überproportionale Beschäftigungsabbau in von Männern dominierten Bereichen, während in den von Frauen dominierten Bereichen weniger Arbeitsplätze verloren gingen. Bei Betrachtung der geringeren Arbeitslosenquote von Frauen ist jedoch nicht unbedingt anzunehmen, dass die Arbeitsmarktchancen von Frauen damit auch besser sind als die von Männern, da eine große Anzahl Frauen im Erwerbsalter nicht in der Quote der offiziellen Statistiken enthalten ist, da sie in die Stille Reserve abgewandert sind. Es ist der Trend zu beobachten, dass in Familien lebende Frauen sich vielfach aus dem Erwerbsleben zurückziehen um die Haus- und Betreuungsarbeit zu übernehmen, was in Anlehnung an traditionelle Geschlechterrollen mit ihrer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ein sozial akzeptiertes Feld für Frauenarbeit zu sein scheint (vgl. Szabó 2003a: 40; Ruminska-Zimny 2002; Glück 2000: 51). Dies wurde auch dadurch forciert, dass nach der Transformation um 1995 herum das staatliche Kinderbetreuungssystem stark dezimiert wurde und damit hatten Frauen nach der Geburt eines Kindes häufig nicht die Wahlfreiheit, in

⁴¹ Quelle: Central Statistical Office of Hungary (CSO) 2001.

den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Nach den Wahlen 1998 wurden zwar die meisten Kinderbetreuungseinrichtungen wieder hergestellt, aber Frauen mit Kindern haben auch dann geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Eine mögliche Erwerbsunterbrechung bei Mutterschaft von bis zu drei Jahren macht die Einstellung von Frauen für Unternehmer unattraktiv und so mindern sich mit jedem Kind die Erwerbschancen weiterhin. Nach Meinung mancher Autoren⁴² ist die Erwerbsarbeit für Mütter zweitrangig und wird nur aus finanziellen Gründen aufgenommen, persönlicher Ehrgeiz, Karriere zu machen habe für Frauen nicht oberste Priorität. Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt durch die politische und wirtschaftliche Transformation habe dazu geführt, dass Ungarns Frauen zunehmend das male-breadwinner Modell präferieren um selbst nach dem traditionellen Rollenmuster den Haushalt und die Kinder zu versorgen (vgl. Hofäcker/Lück 2004: 14; Szabó 2003a: 57). Betrachtet man allerdings den Rückgang der Geburtenrate seit der Transformation, sowie den Rückgang der Heiratsziffer, den Anstieg der Scheidungsrate und die zunehmende Tendenz zu nicht-traditionalen Lebens- und Partnerschaftsmodellen, wäre auch eine andere Entwicklungsvariante denkbar. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – auch in Ungarn als reines Frauenproblem gehandelt – wird für Frauen mit Kindern aus den vorgenannten Gründen zunehmend schwieriger und es ist nicht erkennbar, dass Männer willens wären, Anteile der Haus- und Betreuungsarbeit zu übernehmen. Möglicherweise könnten viele gut gebildete und ausgebildete Frauen es in Zukunft vorziehen, ganz auf Kinder verzichten und durchaus Ambitionen zeigen, ihre berufliche Karriere zu verfolgen. So werden diejenigen Frauen und Männer von Szabó als GewinnerInnen der Transformation bezeichnet, die es „sich leisten können“ im Singlestatus zu verbleiben. Diese gut gebildete und gut verdienende Gruppe habe einen überdurchschnittlich hohen Lebensstandard (vgl. Szabó 2003a: 26).

Bezüglich der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen zeigt sich in Ungarn das gleiche Bild wie in Gesamteuropa: Zum einen herrscht in den feminisierten Berufsbereichen generell ein geringeres Einkommensniveau, zum andern erhalten Frauen auch dann weniger Arbeitsentgelt, wenn sie die gleiche Arbeit wie Männer verrichten, in den gleichen

⁴² Siehe hierzu etwa Pongrácz 2001; Szabó 2003a.

Branchen tätig sind und die gleichen Bildungsvoraussetzungen haben. Während vor der Transformation die Schwerindustrie und der Bergbau die Sektoren mit den höchsten erzielten Einkommen waren, hat sich dieses Attribut nun auf den Finanzsektor und auf den Energiesektor verlagert. In beiden Bereichen verdienen dort tätige Frauen bis zu 40 % weniger als Männer (vgl. Szabó 2003a: 47). In einigen Wirtschaftssektoren sind in Ungarn die Arbeitseinkommen traditionell niedrig, so z. B. in der Landwirtschaft, in der Textil- und Papierindustrie, in der Lebensmittelherstellung, im Handel sowie im Gesundheits- und Sozialbereich. Innerhalb dieser schlecht bezahlten Arbeitsbereiche sind hauptsächlich auch die feminisierten Berufszweige angesiedelt, denen z. B. die Bereiche Bildung, Gesundheit und Sozialarbeit angehören.

Zusammenfassend kann die sozio-ökonomische Situation von Frauen in Ungarn nach der Transformation wohl kaum allgemein optimistisch beurteilt werden. Selbst dann nicht, wenn man berücksichtigt, dass Frauen in geringerem Ausmaß von negativen Entwicklungen bezüglich ihrer Arbeitsmarktposition betroffen waren als ihre Nachbarinnen in Osteuropa. Insbesondere ist jedoch dann Wachsamkeit geboten, wenn der Trend dahin gehen sollte, dass tief verwurzelte Genderstereotype für die gesellschaftliche Positionierung von Frauen und Müttern erneut bestimmend werden. Dies könnte zunehmend dann der Fall sein, wenn von Frauen angestrebte ökonomische Aktivitäten durch die Nichtverfügbarkeit von adäquaten Kinderbetreuungsmöglichkeiten verhindert oder gar völlig zunichte gemacht werden. Es zeichnet sich überdies ein Wertewandel in der Weise ab, als seit etwa 1990 ein bedeutender Rückgang in der Akzeptanz weiblicher Erwerbsarbeit in Ungarn zu beobachten ist und sich die Ansicht zunehmend verbreitet, Kleinkinder würden sich unter mütterlicher Betreuung besser entwickeln (vgl. Glück 2000: 51). Falls sich dieses traditionelle Leitbild weiterhin durchzusetzen vermag, könnte es zu einem Backlash der emanzipatorischen Errungenschaften von Frauen im sozialistisch regierten Ungarn kommen mit der Folge, dass Frauen bzw. Mütter entweder von einem männlichen Ernährer ökonomisch abhängig sind oder im Falle allein erziehender Frauen von staatlichen Zuwendungen. Beides führt bekanntlich nicht nur in der aktuellen Situation sondern auch auf lange Sicht zu ökonomischer Instabilität über den gesamten Lebensverlauf hinweg mit der möglichen Folge der Feminisierung von Armut. Betrachtet man vor

diesem Hintergrund die Position von Szabó (2003a: 26), nämlich dass junge, gut gebildete und familiär ungebundene Menschen die GewinnerInnen der Transformation sind, entscheidet in letzter Konsequenz die familiäre Lage darüber, wie sich die Situation von Frauen darstellt. Daher sind die sozialpolitischen Rahmenbedingungen eines Staates eng verwoben mit den weiblichen Möglichkeiten zur Arbeitsmarktpartizipation und können durch diese entweder gefördert oder behindert werden.

3.4 Sozialpolitische Maßnahmen und die veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen

Umfassende Altersversorgungsprogramme und ausgebaute Systeme der gesundheitlichen Versorgung und der sozialen Dienste waren Kernbestandteile der staatssozialistischen Wohlfahrtsstaaten. Neben der Verwirklichung des „Rechts auf Arbeit“ galt der Ausbau der Alters- und Gesundheitssicherung in der Nachkriegsära als eine der großen Errungenschaften des Sozialismus (Götting 1998: 151).

Im Zuge der Transformation von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft gab es zu Beginn der 1990er-Jahre in den vormals sozialistisch regierten Ländern Polen, Tschechien und Ungarn notwendigerweise zahlreiche Reformen und Umstrukturierungen der sozialen Sicherungssysteme. In den Kernsektoren Alterssicherung und Gesundheit erfolgten Anpassungen, die je nach Staat mehr oder weniger gravierend waren. Während die tschechische Regierung in den ersten Jahren nach der Transformation relativ weit reichende Reformen im Alters- und Gesundheitssystem auf den Weg brachte, blieben in den andern Ländern institutionelle Reformen begrenzt. Dort blieben die vorhandenen Systeme in ihren wesentlichen Grundzügen erhalten und wurden nur teilweise verändert bzw. konsolidiert. Im Rahmen dieser Arbeit können die Veränderungen in den Kernsektoren Alterssicherung und Gesundheit aus Platzgründen nicht ausführlich dargestellt werden, sondern finden allenfalls cursorisch Erwähnung, wenn sie besondere geschlechtsspezifische Ungleichheiten abbilden, d. h. Frauen im Gegensatz zu Männern mit ungleichen Lebenschancen ausstatten.⁴³ Schwerpunkt der folgenden Analyse wird vielmehr die Transformati-

⁴³ Zu den näheren Einzelheiten und länderspezifischen Differenzen wird verwiesen auf Götting 1998; insbesondere unter dem Aspekt geschlechtsspezifischer Ungleichheiten siehe Steinhilber 2004; Fultz/Ruck/Steinhilber 2003.

on der sozialen Dienste und Familien unterstützender Maßnahmen sein, die es Männern und Frauen mit Kindern in familiären bzw. partnerschaftlichen Bindungen ermöglichen sollen, in freier Entscheidung aktiv am Erwerbsarbeitsmarkt teilzunehmen. Im Fokus steht dabei die enge Verknüpfung zwischen der Bereitstellung sozialstaatlicher Leistungen zur Unterstützung von Familien, bei der Kinderbetreuung und der Betreuung von Pflegebedürftigen und der Chancengleichheit von Männern und Frauen hinsichtlich ihrer Partizipation am Arbeitsmarkt.

Es ist hinreichend bekannt, dass Frauen und Männer von den sozialen Rahmenbedingungen eines Wohlfahrtsregimes unterschiedlich tangiert werden (vgl. etwa Klement/Rudolph 2004; Ginn et al. 2001; O'Connor et al. 1999; Sainsbury (ed.) 1999; Lewis/Ostner 1994; Orloff 1993; Lewis 1992). Da in den meisten europäischen Staaten nur marginale Tendenzen auszumachen sind, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als partnerschaftliche Aufgabe anzusehen, wird die Vereinbarkeit beider Bereiche nach wie vor als ein vornehmlich von erwerbsorientierten Frauen zu lösendes Problem betrachtet. Die Voraussetzung für die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen mit Kindern bzw. Familie ist daher in erster Linie eine ausreichende Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen für Kleinkinder, Kindergärten und Ganztagschulen sowie die Bereitstellung von Pflegeeinrichtungen für ältere pflegebedürftige Familienangehörige, chronisch Kranke und Behinderte.⁴⁴

Richtet man den Blick zurück auf vierzig Jahre Sozialismus mit einer starken Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, gewinnt man zunehmend den Eindruck, dass die in der Literatur häufig als flächendeckende Versorgung mit Betreuungseinrichtungen gepriesenen Strukturen der sozialistischen Länder zu differenzieren sind. So zeigen sich bei genauer Betrachtung starke regionale und darüber hinaus auch qualitative Unterschiede in der Bereitstellung staatlicher Betreuungseinrichtungen. Insbesondere für Polen wird heute kritisch angemerkt, dass die Betreuungseinrichtungen trotz der Vollzeitberufstätigkeit von Frauen und Müttern zu keiner Zeit ausreichend waren und nicht für alle berufstätigen Mütter zur Verfügung

⁴⁴ Erst in jüngster Zeit wird sich wissenschaftlich dem Thema Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger vermehrt gewidmet. Angesichts einer europaweit zu verzeichnenden zunehmenden Alterung der Gesellschaft werden hierfür neue Organisationsformen etabliert werden müssen (vgl. etwa Pfau-Effinger 2005; Theobald 2004).

standen. Es zeigten sich in Polen beispielsweise große Diskrepanzen in der Versorgung mit Kindergärten zwischen ländlichen und städtischen Räumen: die Zahl der Kinder in Kindergärten in städtischen Gebieten war dreimal so hoch wie in ländlichen (vgl. Golinowska 2002). Trotz der besseren Versorgung in der Stadt gab es aber auch dort lange Wartelisten und die Kindergärten waren teilweise überfüllt, so dass Frauen auf die Hilfe ihrer nicht mehr erwerbstätigen Mütter und Schwiegermütter zurückgreifen mussten. In der Wissenschaft spricht man davon, dass auf dem Land Mütter eine dreifache Bürde zu tragen hatten: neben ihrer Erwerbsarbeit und ihrer Arbeit in der Landwirtschaft waren sie auch für Reproduktionsarbeit in der privaten Sphäre zuständig (vgl. Lohmann/Seibert 2003: 69 f.).⁴⁵

War also die staatlich bereitgestellte Kinderbetreuung und Betreuung pflegebedürftiger Personen während der sozialistischen Zeit schon teilweise nicht unproblematisch und regional sehr unterschiedlich, verschlechterte sich diese Situation nach der Transformation nicht nur in Polen, sondern in allen hier behandelten Ländern auf eklatante Weise. Im Zuge der Arbeitsmarktveränderungen und der Neustrukturierung sozialpolitischer Institutionen wurden viele Betreuungseinrichtungen aufgelöst bzw. abgebaut und privatisiert, was die Chancen weiblicher Arbeitsmarktpartizipation neben anderen bereits genannten Faktoren nach 1989 negativ beeinflusste.⁴⁶ Selbst unter Berücksichtigung der sinkenden Fertilitätsrate erwiesen sich die weiterhin zur Verfügung stehenden, bezahlbaren Betreuungseinrichtungen als nicht ausreichend.

⁴⁵ Die öffentlichen Kinderbetreuungsangebote richteten sich bereits vor dem Regimewechsel schwerpunktmäßig an Kinder im Kindergartenalter (3 Jahre), während Kleinkinder nur zu einem geringen Teil in staatlichen oder betrieblichen Kinderkrippen betreut wurden. Sie wurden nicht zuletzt dank der Erziehungsurlaubsregelungen überwiegend in den Familien versorgt. Dies gilt insbesondere für Ungarn und Polen (vgl. Götting 1998: 228).

⁴⁶ Für Polen liegen laut Lohmann/Seibert (2003: 75) keine Daten über Betreuungseinrichtungen vor. Das tschechische Ministerium für Arbeit und Soziales (Ministry of Labour and Social Affairs) verfügt lediglich über Daten staatlicher Einrichtungen, nicht jedoch über die Anzahl der Sozialen Dienste, die in der Eigenverantwortung von NGOs geführt werden (Marksová-Tominová 2003: 49 f.). Aufgrund der Nichtverfügbarkeit adäquater Daten ist daher ein Ländervergleich derzeit nicht möglich, sondern kann erst im Zuge künftiger weiterführender Forschung durchgeführt werden. Dennoch können an dieser Stelle Tendenzen aufgezeigt werden, die für alle drei Länder trotz der unterschiedlichen Ausgangsniveaus in ähnliche Richtungen weisen.

Bei Betrachtung der zu Beginn der 1990er-Jahre noch breit gefächerten Familienunterstützungsleistungen in Polen, Tschechien und Ungarn, die monetäre Leistungen bei Kindergeburten und Kindergeldprogramme ebenso beinhalteten wie weitgehend großzügige Mutterschutzregelungen und bezahlte Erziehungsurlaube mit Arbeitsplatzrückkehrgarantie⁴⁷, gab es in den Folgejahren bei diversen familienpolitischen Leistungen empfindliche Einschnitte. Die Berechtigung zum Bezug der relativ hohen Familienbeihilfen wurde nun einkommensabhängig konzipiert und so reduzierten sich in den Jahren 1990 bis 2000 in Ungarn die Ausgaben für Familienunterstützungsleistungen von 3,8 % des Bruttosozialprodukts auf 2,0 %; in Polen von 1990 bis 1998 von 1,7 % auf 1,1 %. Lediglich die tschechische Republik zeigt einen leicht anderen Trend: die Ausgaben für Familien erhöhten sich zwischen 1996 und 2000 bescheiden von 1,78 % des GDP auf 1,85 %, was in der Forschung als Resultat der ab 1997 steigenden Arbeitslosigkeit – und der damit sinkenden Einkommen der Betroffenen – gedeutet wird (vgl. Steinhilber 2004; Fultz/Steinhilber 2003). Während es in Polen, Tschechien und Ungarn zahlreiche Veränderungen auf dem Gebiet der Kinderbetreuung und im Bereich der Kindergeldprogramme und anderer staatlicher Transferleistungen für Familien gab, blieben die Mutterschafts- und Erziehungsurlaubsregelungen in diesen Ländern weitgehend unangetastet. Diese Leistungen sind als erwerbsarbeitsnahe Sozialversicherungsleistungen konzipiert.⁴⁸ Neue Forschungen weisen darauf hin, dass es eine zunehmende Diskrepanz gibt zwischen der Anzahl der berechtigten Mütter und denjenigen Frauen, die diese Unterstützungsleistungen voll ausschöpfen (vgl. Steinhilber 2004; Fultz/Steinhilber 2003; Cermaková et al. 2000; UNICEF 1999). Insbesondere aus Tschechien, wo die Möglichkeit der bezahlten Elternzeit im Jahre 1995 auf bis zu vier Jahre ausgedehnt wurde, wird berichtet, dass diese großzügigen Regelungen – obgleich sie als soziale Errungenschaft für erwerbstätige Frauen und Mütter deklariert werden – zunehmend den Interessen und Arbeitsmarktchancen erwerbswilliger Frauen zuwiderlaufen. Eine Rückkehrgarantie an

⁴⁷ Die unterschiedlichen Einzelmaßnahmen können hier nicht aufgeführt werden, siehe dazu etwa Rostgaard 2003; Fultz/Ruck/Steinhilber 2003; Steinhilber 2004; Götting 1998.

⁴⁸ Länderspezifische Einzelheiten dazu siehe bei Rostgaard 2003; Steinhilber 2004; Marksová-Tominová 2003; Lohmann/Seibert 2003; Szabó 2003a, 2003b.

den vormaligen Arbeitsplatz, die von Unternehmern über z. B. drei bis vier Jahre hinweg aufrecht erhalten werden muss, verursacht in den Betrieben eine hohe Personalunsicherheit und vergrößert damit das unternehmerische Risiko. Selbst wenn die Mütter vor Ablauf der vier Jahre an den Arbeitsplatz zurückkehren, haben sie bis zum Schluss die Möglichkeit, jederzeit die Elternzeit wieder aufzunehmen und voll auszuschöpfen. Es ist gut vorstellbar, dass diese Freiheit der Mütter bei Arbeitgebern Befürchtungen von beruflicher Instabilität und möglicher Reibungsverluste hervorrufen und dazu führen, dass Frauen, insbesondere Mütter, am Arbeitsmarkt weniger Chancen haben als männliche Bewerber.

Die Nachteile der mit Erwerbsarbeit verwobenen Unterstützungsleistungen werden offenbar von gut ausgebildeten, erwerbsorientierten Frauen zunehmend wahrgenommen. Deshalb liegt nicht nur die Vermutung nahe, sondern erste Untersuchungen weisen bereits auf den Trend hin, dass insbesondere hoch qualifizierte Frauen die Erziehungszeitregelungen zunehmend weniger in Anspruch nehmen werden. Nicht zuletzt deshalb, weil eine längere Abwesenheit vom Arbeitsplatz auch die Gefahr beinhaltet, zum einen die einmal erreichte betriebliche Position zu verlieren, zum anderen aber auch Dequalifikation und den Verlust von Fähigkeiten und erworbenen Kenntnissen in Kauf nehmen zu müssen und den beruflichen Anschluss zu verlieren (vgl. Kucharová 1999: 183). Eine Studie in Tschechien ergab, dass überwiegend geringer qualifizierte Frauen die verlängerte Elternzeit wahrnehmen. Für diese Frauen gestaltet sich zudem die Arbeitsplatzsuche als schwierig, weil sie bei bezahltem Erziehungsurlaub nur zeitlich marginalen Zugang zu öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen haben (vgl. Cermaková et al. 2000). Darüber hinaus kann der teilweise geringe finanzielle Abstand zwischen Unterstützungsleistungen während der Erziehungszeiten und dem durch Erwerbsarbeit erzielten Einkommen ein Problem darstellen. Wenn von einem geringen Verdienst institutionalisierte Kinderbetreuung zu bezahlen ist, fehlt der Anreiz zur Arbeitsaufnahme. Zusammenfassend kann also konstatiert werden, dass die relativ großzügigen Erziehungszeitregelungen nicht zur Steigerung der weiblichen Employability beigetragen haben, sondern im Gegenteil zur weiteren Chancenungleichheit von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt. Der Versuch, familiäre Betreuungsverantwortlichkeiten auch auf Männer auszuweiten, kann zumindest bislang als gescheitert angesehen werden. Daten

aus Polen, Ungarn und der tschechischen Republik zeigen deutlich, dass die Möglichkeit für Väter, sich an der Elternzeit zu beteiligen, keinen Effekt auf eine partnerschaftliche Kinderbetreuung innerhalb der Familie gezeitigt hat: die Verantwortlichkeit für die Kinderbetreuung liegt nach wie vor überwiegend in weiblicher Hand (Fultz/Ruck/Steinhilber 2003). Begünstigt wird die klassische male-breadwinner Konstellation zusätzlich dadurch, dass auch in den ehemals sozialistischen Ländern Männer ein höheres Einkommen erzielen und damit die Wahrnehmung von Elternzeit durch Väter einen stärkeren Einkommensverlust bedeuten würde als die Wahrnehmung von Elternzeit durch Mütter. Verfolgt man jedoch das Ziel der Chancengleichheit der Geschlechter am Arbeitsmarkt, so muss neben der innerfamiliären Aufteilung der Betreuungsarbeit auch eine ausreichende (wohlfahrtsstaatliche) Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen gewährleistet werden.⁴⁹

3.5 Zwischenfazit: Transformation als Katalysator für weibliche Arbeitsmarkt-Inklusion oder Exklusion?

Im nun folgenden Zwischenfazit kommen wir auf die Eingangsfragestellung zurück: Was bedeutet die Transformation vom sozialistischen zum demokratischen politischen Regime und damit der ökonomische Systemwechsel von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft für die sozio-ökonomische Realität von Frauen in den Ländern Polen, Tschechien und Ungarn? Wie ist die veränderte Partizipation am Arbeitsmarkt im Hinblick auf die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu bewerten? Hat im Zuge der Transformation eine generelle und dauerhafte Exklusion der Frauen vom Arbeitsmarkt stattgefunden oder zeichnen sich lediglich Verschiebungen in andere Bereiche ab? Zeigt sich ein Trend weg vom Bestreben der nahezu gleichen Arbeitsmarktpartizipation der Geschlechter zurück zur traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung nach dem male-breadwinner Modell? Kurz: Sind Frauen als Gewinnerinnen oder als Verliererinnen des Transformationsprozesses zu bezeichnen?

⁴⁹ Ob in Zukunft die Bereitstellung der Kinderbetreuungseinrichtungen überwiegend staatlich oder privat organisiert erfolgt, bleibt abzuwarten. Europäisch vergleichende Studien konnten für Frankreich zeigen, dass auch eine stark privat organisierte, aber staatlich unterstützte Betreuungssituation die Erwerbstätigkeit von Frauen fördert (vgl. etwa Veil 2003).

Betrachtet man die Verwerfungen des Arbeitsmarkts der untersuchten Länder nach der Transformation, ist festzustellen, dass meist mehr Frauen als Männer von bis dahin unbekannter offener Arbeitslosigkeit betroffen waren und weiterhin sind. Insbesondere gering qualifizierte Frauen, Frauen mit Kindern sowie ältere Frauen sind mit verminderten Arbeitsmarktchancen konfrontiert und tragen damit ein erhöhtes Armutsrisiko. Die restriktiven Reformen in der Sozialpolitik verschärften durch Maßnahmen in einigen Bereichen, wie z. B. Abbau von Kindertagesstätten, Kindergärten und anderen Betreuungseinrichtungen, die Situation von erwerbswilligen Müttern. An den Auswirkungen dieser Maßnahmen wird zum einen die enge Verknüpfung und zum anderen die auftretenden Interdependenzen zwischen Arbeitsmarktpolitik, wohlfahrtsstaatlicher Sozialpolitik und der jeweiligen familiären Situation von Menschen sichtbar. In dem Maße wie die weiblichen Chancen am Arbeitsmarkt von der familiären Konstellation bestimmt werden, ist das Private durchaus politisch und kann nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Dies unterscheidet sich nach dem Regimewechsel von der Grundtendenz her nicht vom vormaligen staatssozialistischen Eingreifen in die Familien, obgleich heute sozialstaatliche Eingriffe unter anderen Vorzeichen verhandelt werden. War vor 1989 das Bestreben, alle Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt zu integrieren, bewirken zumindest einige der sozialpolitischen Veränderungen nach der Transformation eher das Gegenteil. Die in den Sozialwissenschaften altbekannte Bezeichnung von Frauen als ‚Verschiebemasse‘ auf dem Arbeitsmarkt lässt sich daher sowohl für die sozialistischen als auch die kapitalistischen Regimes bestätigen. Wie sonst wären politische Entscheidungen einzuordnen, während der Transformation von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft insbesondere die männlich dominierten Industriebereiche zu subventionieren, während die feminisierten Bereiche dem Spiel der Kräfte auf dem freien Markt überlassen wurden? In diesem Zusammenhang ist interessant, dass in allen drei Ländern mit jahrzehntelanger hoher weiblicher Erwerbsbeteiligung nach der Wende Frauen bzw. Müttern unterstellt wird, sie wünschten nur dann einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, wenn dies die ökonomische Situation verlange, nicht aber aus Gründen der Selbstverwirklichung oder gar wegen individueller Karrierewünsche. Der öffentliche Diskurs fokussiert die Idee, Erwerbsarbeit sei für Frauen zweitrangig, ihre wirkliche Bestimmung sähen sie zunächst in der Haus- und Betreuungsarbeit, während die Erwirtschaftung des Familieneinkommens Män-

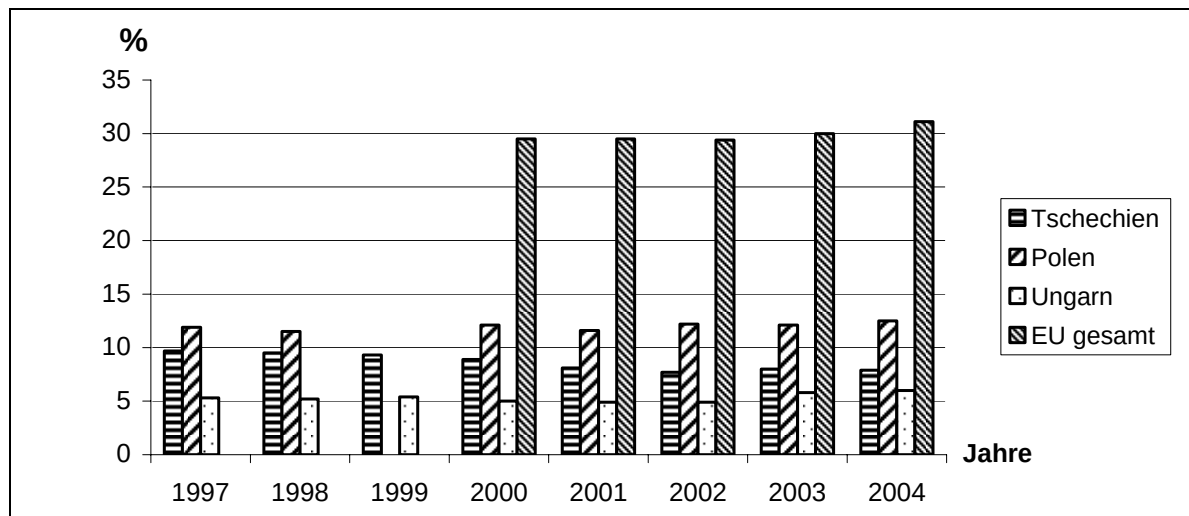
nersache sei (vgl. Hofäcker/Lück 2004; Lohmann/Seibert 2003: 75 f.; Marksová-Tominová 2003: 51; Szabó 2003a: 57; Golinowska 2002; Pongracz 2001; Cermaková et al. 2000; Paukert 1993). Diese Annahmen, die teilweise durch die Ergebnisse entsprechender Surveys bestätigt zu werden scheinen⁵⁰, haben nach der Transformation zu einem ernsten Backlash von partnerschaftlich orientierter Politik in allen drei Ländern geführt (vgl. Golinowska 2002; Titkow 2001; Cermaková et al. 2000). Inwieweit die Behauptung, Frauen wünschten sich eigentlich eine Rückkehr an Heim und Herd, zu Küche und Kindern, repräsentativ für Frauen aller Bildungsschichten ist, sei dahingestellt und kann nur durch weitere differenziertere Forschungen analysiert werden. Zweifel an der Durchgängigkeit dieser These sind jedenfalls durchaus angebracht, da hoch qualifizierte Frauen bereits jetzt die Elternzeit nach den Kindergeburten nicht voll ausschöpfen, wie z. B. für Tschechien berichtet wird. Dies kann nicht nur auf ökonomische Überlegungen zurückgeführt werden, beispielsweise bei allein erziehenden Frauen, die um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes und um die Wiederaufnahmekancen ihres Erwerbslebens fürchten, wenn sie ihm länger fernbleiben. Es ist auch davon auszugehen, dass Frauen auch nach der Geburt ihrer Kinder nach ökonomischer Unabhängigkeit vom Staat und von einem male breadwinner streben und die Chance wahrnehmen möchten, sich in ihrem Beruf weiter zu professionalisieren. Es bleibt eine derzeit noch weitgehend offene Frage, ob die Frauen aus Polen, Tschechien und Ungarn sich auf längere Sicht wieder ausschließlich auf ihre Familienaufgaben verpflichten lassen wollen oder ob dieser Trend des Rückzugs ins Private unter weniger gut ausgebildeten und/oder arbeitslosen Frauen und Müttern als vorübergehende Erscheinung einzuordnen ist. So bleiben auch solche Fragestellungen weiterhin spannend, die zum Inhalt haben, ob und inwieweit ökonomische Strukturveränderungen zu einem Wertewandel und der Veränderung von weiblichen und männlichen Leitbil-

⁵⁰ Hierzu ist eine differenzierte länderspezifische Betrachtung zwingend, da sich die Forschungsergebnisse für die einzelnen Länder sehr unterscheiden. So konnte Drobic in einem Vergleich von 12 EU-Staaten nachweisen, dass sich die Erwerbsorientierung polnischer Frauen verringert, wenn ihre Ehemänner/Partner über einen hohen ökonomischen Status verfügen, während in Ungarn höhere ökonomische Ressourcen von Männern einen positiven Einfluss auf die Erwerbstätigkeit ihrer Frauen haben. Cermakovás Studien über tschechische Frauen zeigen, dass diese unabhängig vom Einkommen ihres Mannes berufstätig bleiben möchten, selbst wenn kein finanzieller Grund für die Berufstätigkeit besteht (vgl. hierzu Drobic 2005; Siklová 2005; Blossfeld/Drobic 2001; Cermaková et al. 2000).

dern beitragen und/oder welcher Art die gesellschaftlichen Interdependenzen zwischen Wirtschaft und Privatleben sind, auf welche Weise sie von politischen Maßnahmen gesteuert werden können und wo sie an ihre Grenzen stoßen.

Wie ist also konkret die Frage zu beantworten, ob Frauen die Gewinnerinnen oder die Verliererinnen der Transformation in den genannten Ländern sind? Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, die ungleichen Zugangschancen zu höheren Positionen, die horizontale und vertikale Segregation des Arbeitsmarktes und die traditionelle Festschreibung von Frauen auf familiäre Pflichten stellen in Polen, Tschechien und Ungarn gravierende Geschlechterungleichheiten dar. Diese geschlechtsspezifischen Ungleichheiten sind jedoch auch in fast allen westlichen Industrienationen zu beobachten und sind trotz aller gesetzlichen Bemühungen um Gender Mainstreaming und Antidiskriminierung de facto noch weit von ihrer Eliminierung entfernt. Innerhalb des weiblichen Geschlechts zeigen sich in Polen, Tschechien und Ungarn die Ungleichheiten entlang der Achse Bildung, Mutterschaft und Familienstand, Alter sowie Ethnizität. Höher gebildete und gut ausgebildete Frauen, die keine familiären Bindungen haben und sich aufgrund dessen hochmobil und flexibel an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes anpassen können, können demnach wohl als die Gewinnerinnen der Transformation betrachtet werden, während gering gebildete Frauen, noch dazu wenn sie in ländlichen Regionen wohnen und durch Kinder in ihrer Mobilität und Flexibilität eingeschränkt sind, mit dem Systemwechsel und dem damit verbundenen Verlust der Arbeitsplatzgarantie heute in teilweise prekären ökonomischen Verhältnissen und in großer Abhängigkeit vom Staat und/oder Ehemann leben. Obwohl Teilzeitarbeit in den analysierten Ländern nur gering ausgeprägt ist (vgl. Abb. 6), bleibt abzuwarten, ob eine Ausdehnung von Dienstleistungstätigkeiten künftig einen größeren Teilzeitarbeitsmarkt etabliert, der es Frauen ermöglicht, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Abbildung 6: Teilzeitquote* von Frauen in Tschechien, Polen, Ungarn, EU gesamt von 1997-2004



* Bei Teilzeitbeschäftigten handelt es sich um Beschäftigte, deren Arbeitszeit zwischen 1 und 35 h pro Woche liegt. Diese Definition umfasst alle Formen der Teilzeit (z. B. Halbtagsbeschäftigung ebenso wie Beschäftigung an einem, zwei oder mehreren Tagen in der Woche)

Quelle: Eurostat

Allerdings sollte bei der Ausdehnung eines Teilzeitarbeitsmarktes im politischen Diskurs berücksichtigt werden, dass dieses Arbeitszeitmodell gesellschaftlich weniger Anerkennung findet als Vollzeittätigkeit und deutlich weniger Aufstiegschancen bietet.⁵¹ Teilzeitbeschäftigung ist derzeit häufig noch nur Zuverdienst zum Familieneinkommen und kann auf lange Sicht keine ökonomische Unabhängigkeit gewährleisten. Bleibt noch die Gruppe der älteren Frauen, die durch geringeres Erwerbseinkommen über ihre Lebenszeit hinweg in Verbindung mit einem gesetzlich festgelegten früheren Renteneintrittsalter ökonomisch massiv sowohl während ihres aktiven Erwerbslebens als auch bezüglich der Alterseinkünfte gegenüber männlichen Rentnern benachteiligt sind. Auch sie können kaum als Gewinnerinnen der Transformation bezeichnet werden, zumal sich gerade bei diesen Frauen eine Tendenz zum möglichst frühen Ausstieg aus der Erwerbsarbeit zeigt, da vor allem sie von Arbeitslosigkeit betroffen sind, häufig aber auch die

⁵¹ Dies zeigen einschlägige Untersuchungen in kapitalistisch orientierten Arbeitsgesellschaften, die größere Arbeitszeitvarianzen aufweisen. Obwohl eine Studie über Teilzeitbeschäftigung in höheren Positionen zeigen konnte, dass auch Führungspositionen problemlos in Teilzeit ausgeübt werden können, hat diese Form der Arbeitszeitgestaltung noch keinen Einzug in Firmen gefunden. Bislang scheinen solche wissenschaftlichen Ergebnisse keinerlei Veränderung in der Einstellungspolitik von Unternehmen zu bewirken. Im Gegenteil: Es halten sich hartnäckig die gängigen Vorurteile über eine verminderte Leistungsbereitschaft und -fähigkeit von Teilzeitbeschäftigten (vgl. Fauth-Herkner/Wiebrock 2001; BMFSFJ 1999)

Betreuungs- und Pflegearbeit von Enkeln und der Vorgeneration übernehmen.

Wie vorstehend gezeigt werden konnte, kann die Frage generell, ob Frauen in den genannten Ländern als Verliererinnen oder Gewinnerinnen der Transformation zu betrachten sind, nicht erschöpfend beantwortet werden. Bei allen länderspezifischen Differenzierungen muss deutlich konstatiert werden, dass innerhalb der einzelnen Länder das weibliche Geschlecht keine homogene Gruppe darstellt, über die generalisierende Aussagen getroffen werden könnten. Es sind vielmehr innerhalb des weiblichen Geschlechts nach der Transformation sowohl Erfolgs- als auch Problemgruppen auszumachen. Da in den genannten Ländern ab Anfang/Mitte der 1990er-Jahre im Vorfeld des EU-Beitritts sowohl von Frauen als auch von Männern große Hoffnungen an die EU-Mitgliedschaft geknüpft wurden, soll nun im folgenden Kapitel betrachtet werden, ob und inwieweit sich diese Hoffnungen anderthalb Jahre nach dem Beitritt erfüllt haben.

4 Was bringt Europa den Frauen? Hoffnungen und Befürchtungen – Der EU-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn sowie sieben weiterer Staaten im Mai 2004

Nachdem die Europäische Union beim Kopenhagener Gipfel am 13. Dezember 2002 die Erweiterungsverhandlungen abgeschlossen hatte, erfolgte im Mai 2004 – in der europäischen Öffentlichkeit teils mit Skepsis, teils mit großer Erwartungshaltung diskutiert – der Beitritt von zehn neuen Staaten. Ein Ziel des Beitritts war und ist es, nicht nur den neuen Mitgliedstaaten Demokratisierung und Stabilität zu bringen, sondern „es besteht die große Chance einen großen europäischen Raum der Freiheit, des Friedens und des Wohlstands für alle zu schaffen und ganz Europa politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren“ (Gröner 2002: 2). Darüber hinaus soll nicht nur die Teilung von Ost und West durch den Beitritt überwunden, sondern auch die Spaltung von Männer- und Frauenwelt aufgehoben werden. Dazu bedarf es nach Gröner eines neuen Gesellschaftsmodells für das Dritte Jahrtausend, das auf den Vorschlägen der Aktionsplattform von

Peking⁵² fußt und in der Rahmenstrategie zum Gender Mainstreaming der Europäischen Union weiterentwickelt wurde. Ein Projekt wie die EU-Osterweiterung könne nur dann erfolgreich sein, wenn es von der Bevölkerung mitgetragen wird und deshalb müsse verstärkt um die Zustimmung, besonders der Frauen geworben werden (ebd.). Ungeachtet dieser Anregungen eines Mitglieds des Europäischen Parlaments ließen bereits sämtliche öffentlichen Debatten im Vorfeld des Beitritts ein nennenswertes Interesse an der Gleichstellungsfrage von Männern und Frauen vermissen. Obwohl die Europäische Frauenlobby (EFL)⁵³, in der über 4.000 Frauenorganisationen zusammengeschlossen sind, unermüdlich versucht, die europäische Öffentlichkeit für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu sensibilisieren und in allen Politikbereichen der Europäischen Union zu verankern, war der Erfolg bislang eher begrenzt.⁵⁴ Mit Ausnahme von Malta und Zypern lastet auf den neuen Mitgliedstaaten der EU das Erbe der kommunistischen Herrschaft, die bei der Bevölkerung eine ambivalente Einstellung zur Emanzipation und Gleichstellung der Geschlechter hinterlassen hat (vgl. Feldmann-Wojtachnia 2005: 158). Wie bereits gezeigt werden konnte, war die sozialistische Ideologie der Emanzipation weitgehend reduziert auf eine ökonomische Funktion, nämlich der gleichgestellten Arbeitsmarktpartizipation von Frauen und Männern. Andere geschlechtsspezifische Ungleichheiten wie ungleiche Karrierechancen, ungleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, Arbeitsmarktsegregation und die Doppelbelastung von Berufs- und Familienarbeit, der Frauen ausgesetzt waren, wurden während der sozialistischen Ära nicht öffentlich thematisiert. Möglicherweise wurde das ungleiche Geschlechterverhältnis aber auch wegen der Abwesenheit einer starken Frauenbewegung und des ideologisch verankerten Normalitätsverständnisses der Geschlechterrollen nicht bewusst wahrgenommen. Daher verwundert es nicht, wenn inner-

⁵² Im Rahmen der IV. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen 1995 beschlossene Erklärung und Handlungsgrundlage, die sich über zwölf unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche („critical areas of concern“) erstreckt. Ziel ist die Ermächtigung und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen ökonomischen, sozialen, kulturellen Fragen sowie Bereichen der politischen Entscheidungsfindung (Meuser/Neusüß 2004: 358).

⁵³ European Women's Lobby (EWL), Brüssel.

⁵⁴ Die Europäische Frauenlobby hat im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen und im Europa Rat beratenden Status (vgl. Jahresbericht 2003).

halb der Bevölkerung von Polen, Tschechien und Ungarn ein gewisses Unverständnis gegenüber der europäischen Leitlinie des Gender Mainstreaming spürbar ist und sogar Frauen, als persönlich von sozialer Ungleichheit Betroffene, sich deutlich von einem Feminismus westlicher Prägung distanzieren (vgl. Feldmann-Wojtachnia 2005; Siklová 2005; Smejkalová 2004; Choluj 2003; Ferber/Hutton Raabe 2003; Hasková 2003; Stastna 1995; Cermaková 1993; Einhorn 1993).⁵⁵ Allerdings haben in einer Gesellschaft benachteiligte Gruppen entweder nur die Möglichkeit, sich den Zugang zu gleichen Lebenschancen zu erkämpfen oder sie müssen in spezifischer Weise gefördert werden, um ihren benachteiligten Status zu überwinden. Unterbleibt eine solche Förderung, kann dies unter Umständen auch als Indiz für Schließungsprozesse aufgefasst werden (vgl. Cyba 1993; Parkin 1983), die eine gesellschaftliche Exklusion benachteiligter Gruppen zur Folge haben kann. Da die Europäische Union sich die Überwindung von Ungleichbehandlungen der Geschlechter auf die Fahnen geschrieben hat, versucht sie mit dem Konzept des Gender Mainstreaming⁵⁶ eine solche Förderung zu implementieren, die jedoch – wie im folgenden darzulegen ist – den Kampf von Frauen um gleiche Lebenschancen keineswegs überflüssig macht.

⁵⁵ Die Bevölkerung der post-sozialistischen Länder ist geprägt von der langjährigen offiziellen Propaganda, die den Feminismus als bourgeoise Ideologie ablehnte. Der Feminismus habe keine Bedeutung für sozialistische Frauen, da nach der Marxistischen Doktrin die Belange von Frauen im Zuge der sozialen Revolutionen gelöst seien (vgl. dazu etwa Smejkalová 2004: 169; Stastna 1995: 24).

Die Ablehnung des Feminismus westlicher Prägung durch Frauen der Transformationsländer, die durchaus von sozialer Ungleichheit betroffen sind, ist auch vergleichbar mit ‚black feminism‘ in den USA, mit dem sich schwarze Frauen vom Feminismus ihrer weißen Schwestern distanzierten. Schwarze Frauen sahen sich vielfach nicht durch den weißen Feminismus vertreten, weil ihre Lebenssituation nicht zu vergleichen war mit der Lebenssituation weißer Frauen. Während z.B. weiße Feministinnen der Industrienationen die Familie als Ort der patriarchalen Dominanz erlebten, empfanden schwarze Frauen die Familie als Ort der Solidarität und Unterstützung gegen Rassismus und Unterdrückung, den sie in Gesellschaften erleben, die von Weißen dominiert werden. Auch die vier Weltfrauenkonferenzen, die zwischen 1975 und 1995 stattfanden, machten sehr deutlich, dass es die Kategorie „Frau“ nicht gibt angesichts der unterschiedlichen Lebenslagen und kulturellen Hintergründe aller Frauen der Welt (vgl. Bradley 1996).

⁵⁶ Die zentrale EU-Internetplattform zum Thema Gender Mainstreaming ist zu erreichen unter http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/gms_de.html

4.1 Voraussetzungen – Implementierung von Richtlinien des Gender Mainstreaming und der Chancengleichheit von Männern und Frauen

Die rechtlich-formale Voraussetzung, künftig in den Ländern der Europäischen Union eine Gleichbehandlung der Geschlechter mit geschlechtsunabhängigem Zugang zu gleichen Lebenschancen zu bewirken, ist die Übernahme und Implementierung der rechtlichen Standards der Europäischen Union in nationales Recht.⁵⁷ Bei der den rechtlichen Gleichstellungsvorgaben zugrunde liegenden Rahmenstrategie des ‚Gender Mainstreaming‘ handelt es sich um ein gleichstellungspolitisches Konzept, das seinen Ursprung in einem entwicklungspolitischen Zusammenhang hat. Erstmals auf der dritten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen 1985 in Nairobi diskutiert und auf der vierten Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking als neue Gleichstellungsstrategie vorgestellt, wurde das Konzept von Gender Mainstreaming 1997 im Amsterdamer Vertrag⁵⁸ als verbindliche Aufgabe für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union festgeschrieben (vgl. Young 2005: 28; Meuser/Neusüß 2004: 9).

Als Teil des *Acquis communautaire*, der sämtliche Verträge und Rechtsakte der Europäischen Union umfasst, wurden die Beitrittsländer bei der Übernahme des *Acquis* auch verpflichtet, die geschlechterpolitisch relevanten Regelungen vollständig zu übernehmen und umzusetzen (Jünemann/Klement 2005: 7). Dabei steht im Mittelpunkt der Gleichbehandlungsvorgaben die Herstellung gleicher gesellschaftlicher Teilhabechancen von Männern und Frauen durch gleiche Rechte und damit gleichem Zugang zu und Versorgung mit den in einer Gesellschaft öffentlich verfügbaren Gütern und Dienstleistungen. Wörtlich lautet die gleichstellungspolitische Zielvorstellung der EU: „Die Gleichheit von Männern und Frauen ist in allen Bereichen, einschließlich der Beschäftigung, der Arbeit und des Ar-

⁵⁷ Zu Einzelheiten der aktuellen rechtlichen Grundlagen vgl. etwa Ketelhut 2005; Laskowski 2005; Rust 2005; Young 2005; Baer 2004; Läufer 2004; Gröner 2002.

⁵⁸ In dem am 02.10.1997 unterzeichneten und am 01.05.1999 in Kraft getretenen Vertrag von Amsterdam verpflichteten sich alle Mitgliedstaaten der EU, die Gleichstellung von Frauen und Männern als aktiv zu fördernde Gemeinschaftsaufgabe in allen Politikfeldern der EU anzuerkennen. Alle Mitgliedstaaten haben damit zugesagt, bei allen Tätigkeiten darauf hinzuwirken, die soziale und ökonomische Ungleichheit zwischen Männern und Frauen zu beseitigen. Diese Verankerung gilt als wichtiger Erfolg der supranationalen Frauen- und Gleichstellungspolitik (Meuser/Neusüß 2004: 358).

beitsentgeltes, sicherzustellen. Der Grundsatz der Gleichheit steht der Beibehaltung oder der Einführung spezifischer Vergünstigungen für das unterrepräsentierte Geschlecht nicht entgegen“ (Rat der Europäischen Union 2001: 40). Das bedeutet, dass *de jure* die soziale Gleichheit der Geschlechter in der EU – also auch in ihren Mitgliedstaaten – insbesondere im Bereich der Beschäftigung, der Arbeit (was die Arbeit in der Privatsphäre einschließt) und des Arbeitsentgeltes herzustellen ist (Behning 2004: 127). In den beschäftigungs- und sozialpolitischen Rahmenstrategien der Gemeinschaft sind die aktuellen Zielvorstellungen zur ‚Ausgestaltung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung‘ enthalten und wurden durch die Verhandlungen der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 konkretisiert (European Council 2000). Amtlich wurden sie durch die „Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für Beschäftigung und Sozialpolitik vom 29.6.2000 über eine ausgewogene Teilhabe von Frauen und Männern am Berufs- und Familienleben“. Im Vordergrund dieser Entschließung stehen Erwägungen zur Beseitigung der tradierten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die Frauen die unbezahlte Arbeit im Rahmen der Sorge um die Familie und den Männern als Hauptaufgabe die Teilnahme am Wirtschaftsleben zuweist.⁵⁹ Es wird darin gefordert, dass „sowohl Männern als auch Frauen ungeachtet des Geschlechts ein Recht auf Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben“ eingeräumt wird, das Möglichkeiten zur Unterbrechung der Berufstätigkeit, Elternurlaub, Teilzeitarbeit sowie flexible Arbeitszeitregelungen bietet. Das neue EU-Geschlechterarrangement weist damit Männern und Frauen öffentliche und familiäre Verpflichtungen zu gleichen Teilen zu. Mit dieser Entschließung zur ausgewogenen Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbs- und Familienleben sind die Mitgliedstaaten, die Organe und Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft, die Europäische Kommission sowie die öffentlichen und privaten Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und die Sozialpartner auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene aufgefordert, zur Umsetzung der Zielvorstellung beizutragen (vgl. Behning 2004: 128 f.).

Es ist unschwer nachvollziehbar, dass diese Aufforderungen an die verschiedenen Ebenen und Felder in Politik und Wirtschaft sowie an die Ge-

⁵⁹ Die Notwendigkeit einer solchen Entschließung gibt Hinweise darauf, wie sehr das traditionelle Geschlechtermodell noch in Europa verankert zu sein scheint.

sellschaft insgesamt in den einzelnen Nationalstaaten – von denen primär die Umsetzung der vereinbarten EU-Entscheidung zu vollziehen ist – teilweise tief greifende Änderungen im jeweiligen Geschlechterarrangement erfordern. Die nationalstaatlichen Ausgangslagen bezüglich der Geschlechterverhältnisse in den nunmehr 25 Mitgliedstaaten sind alles andere als homogen, so dass die Umsetzung der Vorgaben eine große Herausforderung für das einzelne Land bedeuten kann. Darüber hinaus sind die osteuropäischen Beitrittsländer über Jahre hinweg nicht nur von anderen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemen und Ideologien geprägt worden, sondern haben sich zudem – ebenso wie alle anderen Länder der europäischen Union – mit einer jeweils unterschiedlichen kulturgeschichtlichen Entwicklung auseinander zu setzen, die das Geschlechterarrangement und die jeweilige Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen wesentlich beeinflusst hat und zum Teil bis heute noch implizit gesellschaftlich festschreibt. Es geht also nicht nur um wirtschaftliche Zielsetzungen, sondern um die Etablierung eines neuen EU-weiten Gesellschaftsvertrags zwischen den Geschlechtern, der in der europäischen Union als Bedingung für Demokratie und Freiheit gilt, denn „es gibt keine Demokratie ohne Geschlechterdemokratie“ (Jünemann/Klement 2005: 7). So lautet denn auch die Begründung im Dokument des Rates:

„Der Beginn des 21. Jahrhunderts ist ein symbolischer Zeitpunkt für die Formulierung eines neuen Gesellschaftsvertrags zwischen den Geschlechtern, in dem die faktische Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen und im privaten Leben von der Gesellschaft als Bedingung für Demokratie, Staatsbürgertum sowie individuelle Autonomie und Freiheit anerkannt wird und dem in allen Politiken der Europäischen Union Rechnung zu tragen ist“ (ABl. 2000, zit. nach Behning 2004).

Diese europäische Vision, die dem auf EU-Ebene beschlossenen, rechtlich in den Nationalstaaten zu verankernden Geschlechtervertrag zugrunde liegt, ist von allen Mitgliedstaaten mitzutragen und faktisch umzusetzen. Die Umsetzung der entsprechenden EU-Direktiven in nationales Recht erfolgte in allen zehn im Jahr 2004 der EU beigetretenen Staaten fristgerecht. Bis zum Juli 2004 war jedoch in sechs „alten“ Mitgliedstaaten die

Umsetzung noch nicht erfolgt (Deutschland, Österreich, Luxemburg, Griechenland, Belgien und Finnland).⁶⁰

4.2 Diskrepanz zwischen *de jure* und *de facto*?

Zum aktuellen Diskurs in Wissenschaft und Politik

Im folgenden wird nun erneut der Blick auf die hier behandelten neuen EU-Staaten Polen, Tschechien und Ungarn gerichtet, wobei insbesondere der Frage nachgegangen wird, inwieweit die *je jure* Vorgaben, die in nationales Recht umgesetzt wurden, *de facto* eine Veränderung der sozio-ökonomischen Situation von Frauen in den genannten Ländern herbeiführen konnten. Da aufgrund der kurzen Zeitspanne seit dem Beitritt bis heute noch kaum entsprechende Studien zu dieser Thematik vorliegen, wird zur Erörterung dieser Frage im folgenden der aktuelle Diskurs in Wissenschaft und Politik herangezogen, wie er sich auf verschiedenen internationalen Kongressen der letzten Jahre dargestellt hat.⁶¹

Methode

Grundlage für die Deskription und Interpretation dieses Diskurses sind zum einen Dokumentenanalysen aus den Ergebnisdarstellungen von meh-

⁶⁰ Die relevanten Gleichstellungs-Artikel des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften können hier aus Platzgründen nicht im einzelnen wiedergegeben werden. Daher verweisen wir zu den rechtlichen Grundlagen, die den gemeinschaftlichen Besitzstand im Bereich Gleichbehandlung und Chancengleichheit beinhalten, sowie zu den EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung und den Anti-Diskriminierungs-Richtlinien auf etwa Rust 2005; Läufer 2004; Weidenfeld 2004; Gröner 2002. Die juristischen Texte können überdies auf der Website der Europäischen Kommission eingesehen werden <http://europa.eu.int>.

⁶¹ (1) European Congress „Implementation of Gender Mainstreaming in Europe – a Challenge for Political Education“, vom 6. bis 8. September 2002 in Leipzig, veranstaltet von der Universität Leipzig und der Bundeszentrale für politische Bildung.

(2) „Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht“, vom 21. bis 23. Februar 2003 in der Franken-Akademie Schloss Schney, veranstaltet von der Frauenakademie München.

(3) „Better Business – Creating a Gender-Equal Europe!“, vom 29. bis 30. Oktober 2004 in München, veranstaltet von der Frauenakademie München.

(4) „The European Union's Policy of Gender Equality – Implications of deeper Integration and further Enlargement“, vom 26. bis 27. November 2004 in Hamburg, gemeinsam veranstaltet vom Arbeitskreis Europäische Integration, den Universitäten der Bundeswehr Hamburg und München und dem Europa-Kolleg Hamburg.

(5) „Die neue EU: Internationaler Erfahrungsaustausch im Jahr nach der Erweiterung“, vom 3. bis 5. März 2005 in der Akademie für politische Bildung, Tutzing, veranstaltet von der Südosteuropa-Gesellschaft.

reren einschlägigen internationalen Konferenzen, die in den Jahren 2002 bis 2005 veranstaltet und teilweise von der Europäischen Kommission im Rahmen ihrer Informations- und Kommunikationsstrategie zur Erweiterung gefördert wurden. Zum andern sind darüber hinaus auf den beiden Konferenzen, die in der zweiten Jahreshälfte 2004 in München und in Hamburg stattfanden, mit WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen ExpertInnen-Interviews geführt worden. Bei den durchgeführten Interviews handelt es sich um leitfadengestützte, themenzentrierte, narrative ExpertInnen-Interviews, die auf Tonträger aufgezeichnet und inhaltsanalytisch ausgewertet wurden.⁶² Die Fragen des Leitfadens teilten sich in zwei Blöcke: Zum einen wurden Fragen zum veränderten Arbeitsmarkt sowie der Partizipation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt gestellt. Darüber hinaus konzentrierten sich die Fragen im zweiten Block auf die aktuellen sozialpolitischen Rahmenbedingungen und die Bedeutung, die ihre Veränderungen auf die sozio-ökonomische Realität von Frauen hat. Zusätzlich zu den auf Tonträger aufgenommenen Interviews sind auf allen angeführten Konferenzen mit WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen aus den hier behandelten Ländern zahlreiche informelle Fachgespräche zum Thema EU-Osterweiterung mit dem Fokus auf Gender Mainstreaming und Geschlechtergleichheit geführt worden. Über diese ExpertInnengespräche liegen schriftliche Gesprächsprotokolle und eigene Aufzeichnungen vor, die Inhalte flossen ebenfalls in die vorliegende Studie ein.

Umsetzung der rechtlichen Grundlagen: De jure und de facto

Der politische und wissenschaftliche Diskurs sowohl im Vorfeld des EU-Beitritts der Kandidatenländer als auch nach dem erfolgten Beitritt besteht aus zwei unterschiedlichen Diskussionssträngen. Vereinfacht dargestellt, befasst sich der eine Strang mit dem bereits Erreichten auf dem Weg zur Geschlechtergleichheit und zur Chancengleichheit von Mann und Frau in der Europäischen Union und in den einzelnen Nationalstaaten. Der erreichte Zustand bezieht sich dabei vorwiegend auf die Rechtslage, also auf die

⁶² Eine Namensliste mit Kurzbiografien der ExpertInnen, deren Interviews auf Tonträger aufgezeichnet wurden, findet sich in Anhang I. Die Interviews wurden teils in deutscher, teils in englischer Sprache durchgeführt von Brigitte Rudolph (Dipl. Soz., wissenschaftliche Mitarbeiterin im SFB 536 der Ludwig-Maximilians-Universität München, Teilprojekt B6: „Gemeinsam leben, getrennt wirtschaften – Grenzen der Individualisierung in Paarbeziehungen“), ein Interview wurde von Alexander Jünemann durchgeführt (Cand. Soz. der Universität der Bundeswehr München).

Implementierung der Gleichheitsgesetze und –richtlinien in nationales Recht. Wie bereits erwähnt, ist diese rechtliche Implementierung in den seit Mai 2004 neuen EU-Mitgliedstaaten fristgerecht erfolgt. Da es sich bei den Vorgaben um Mindeststandards handelte, wurde in der nationalstaatlichen Gesetzgebung der Beitrittsländer sogar vielfach über die Richtlinien der EU hinausgegangen. Die diesbezüglichen Aktivitäten einiger ‚alter‘ EU-Mitgliedstaaten lassen nach wie vor auf sich warten, was als schädlich für die Ernsthaftigkeit der europäischen Gleichstellungspolitik angesehen wird.⁶³ Die Situation, dass in einigen der ‚alten‘ Mitgliedstaaten – so in der BRD – z. B. die EU-Richtlinie zur Antidiskriminierung aufgrund Artikel 13 nicht sach- und vertragsgemäß umgesetzt wurde, beschäftigt derzeit den Europäischen Gerichtshof, der für dieses Versäumnis auch Sanktionen in Form von Geldbußen festlegen kann. Die Anpassung an den *Acquis communautaire* mit der Einrichtung von Gleichstellungsstellen und –programmen, worüber PolitikerInnen der Beitrittsländer positiv berichten (z. B. Zelenková 2003: 25), sagt jedoch nichts darüber aus, ob der Gleichheitsgrundsatz in die Praxis umgesetzt wurde oder ob er überhaupt eine praktische Relevanz hat. So gab es häufiger kritische Stimmen von wissenschaftlicher Seite mit der Anmerkung, dass Gender Mainstreaming zwar eine sehr gute Idee sei, aber das alles sei noch so sehr am Anfang, dass die Mehrheit der Menschen – selbst diejenigen, die in Staatsabteilungen und Gemeinden arbeiten – überhaupt nicht wisse, was Gender Mainstreaming bedeute.⁶⁴

Der zweite Diskussionsstrang der letzten Jahre, zeitlich beginnend vor der EU-Osterweiterung und weiterführend nach dem erfolgtem Beitritt in 2004, ist in Wissenschaft und Politik von den Klagen über die mangelnde lebensweltliche Umsetzung und die laufende Verletzung der Gleichheitsvorgaben in der Praxis gekennzeichnet und deklariert mitunter die mit dem *Acquis communautaire* übernommenen Vorgaben überspitzt als ‚Papiertiger‘. Insbesondere wird aufgrund marktwirtschaftlicher Erwägungen

⁶³ Interview Ursula Rust, Prof. Dr., Universität Bremen; Hamburg 27.11.2004.

⁶⁴ Interview Alena Králiková, Direktorin des Bereichs Bildung im Gender Studies Center, Prag; München 30.10.2004. Interview Petr Pavlik, Ph.D., Dozent an der Karls-Universität Prag, Leiter des Gender Studies Center; Hamburg 26.11.2004. Interview Jirina Siklová, Prof. Dr., Karls-Universität Prag, Gründerin des Gender Studies Center, Bürgerrechtlerin; Hamburg 27.11.2004.

eine unüberwindbare Kluft zwischen der Geschlechtergleichheitspolitik und dem Regelwerk des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes gesehen, dem sich die Mitgliedsländer verpflichtet haben (Young 2005). Konkret bedeute dies, dass frauenpolitische Belange hinter marktwirtschaftlichen Interessen zurückbleiben und praktisch nicht einklagbar sind, ebenso wenig wie Geschlechtergleichheit zu einem groß angelegten Thema auf der öffentlichen Agenda in Wirtschaft und Politik sowie den Medien avancieren könnte, wie dies bei Verstößen gegen den Stabilitätspakt der Fall ist (Young 2005). Die wirtschaftspolitische Entwicklung der EU von einer sozialen Wirtschaftspolitik hin zu einem neo-liberalen, marktorientierten Ansatz wird sowohl von politischer als auch von wissenschaftlicher Seite überaus kritisch gesehen (vgl. Pavlik 2005; Young 2005, 2002; Maier 2002a; Fiedler/Maier 1997).⁶⁵

Die praktische Umsetzung des Gender Mainstreaming in alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche hinkt somit noch weit hinter den rechtlichen Absichtserklärungen zurück. Die politischen Akteure der national verwalteten Strukturfonds vergeben beispielsweise zwar nur dann Förderung, wenn Gender Mainstreaming in den Anträgen ausgewiesen ist, inwieweit und in welcher Weise die in den Anträgen enthaltenen Angaben jedoch in die Praxis umgesetzt werden, kann kaum kontrolliert werden.⁶⁶ Selbst die Geschlechterblindheit, die sich bei einer wissenschaftlichen Evaluation des Programms EQUAL in der tschechischen Republik herausstellte, erfuhr keinerlei Sanktionen seitens der EU-Kommission, obgleich ihr dieses Versäumnis zur Kenntnis gebracht wurde (Pavlik 2005). Indem die Vorgaben des Gender Mainstreaming-Ansatzes im gesamten Programm trotz der Verpflichtungserklärungen in den Anträgen meist keinerlei Berücksichtigung fand und weder Kontrolle noch Sanktionen auf diesem Gebiet erfolgten, wird frauenpolitischen Interessen massiv zuwidergehandelt ohne dass derzeit auf politischer Ebene Strukturen vorhanden sind, die geeignet wären, hier Abhilfe zu schaffen. Vom europäischen Parlament wurde zwar immer Druck auf die Mitgliedsländer ausgeübt, die

⁶⁵ Interview Lissy Gröner, MdEP Brüssel; Hamburg 27.11.2004; Interview Susanne Hildebrandt, Europäisches Gewerkschaftsinstitut Brüssel; München 30.10.2004; Interview Petr Pavlik 2004.

⁶⁶ Interview Sabine Gilleßen, Politikberaterin, Brüssel; Hamburg 27.11.2004; Interview Lissy Gröner 2004; Interview Petr Pavlik 2004.

Gelder der national verwalteten Strukturfonds entsprechend den Gender Mainstreaming-Vorgaben zu verwenden, aber die einzelnen Länder seien sehr trickreich in ihrem Bemühen, diese Vorgaben zu umgehen. Die rechtliche Umsetzung zum einen und die zusätzliche Schaffung und Einsetzung von notwendigen Strukturen, die Gesetze und Richtlinien de facto erst handhabbar machen, ist ein Prozess, der ständig begleitet werden muss, in dem politische Aufmerksamkeit gefordert ist, wo „Druck da sein muss“ und die Kommission zur Kontrolle verpflichtet ist. Von politischer Seite wird betont, dass die Vorgaben weitab von Unverbindlichkeit sind, sie seien sehr konkret, dennoch sei auch mit diesem konkreten Zwang „der Fortschritt eine Schnecke“.⁶⁷

In beiden Diskurssträngen wird zur Verbesserung der Situation von Frauen insbesondere die Hoffnung auf eine immer stärker werdende Zivilgesellschaft gesetzt, d.h. auf den Kampf und die Durchsetzungsfähigkeit von Frauen, die in Frauenverbänden und NGOs zusammengeschlossen sind und die sich für die Chancengleichheit von Männern und Frauen und für die Gleichbehandlung von Frauen einsetzen (McPhail 2005).⁶⁸ Als Problem der neuen Mitgliedstaaten Polen, Tschechien und Ungarn wird mit dem Übergang von der kommunistischen in eine demokratische Welt die zunächst fehlende freiwillig gewählte Verbands-, Vereins- und Gewerkschaftsstruktur bezeichnet, die erst im Aufbau begriffen ist. In der postkommunistischen Ära haben sich inzwischen allerdings zunehmend regionale Frauennetzwerke in den Beitrittsländern gebildet, die sich nicht nur für nationale ökonomische und lebensweltliche Belange von Frauen einsetzen, sondern auch übergreifende Bezüge zu den Nichtregierungsorganisationen anderer EU-Mitgliedstaaten aufgebaut haben und mit den dortigen Verbänden zusammenarbeiten.⁶⁹ Die Vernetzung von Politik und NGOs

⁶⁷ Interview Lissy Gröner 2004.

⁶⁸ Interview Lissy Gröner 2004; Interview Ursula Rust 2004.

⁶⁹ Hier ist exemplarisch die KARAT Coalition in Warschau zu nennen, die sowohl Mitglieder in EU-Mitgliedstaaten als auch in anderen europäischen Staaten vereinigt oder der Deutsche Juristinnenbund, der eine europäische Juristinnen-Vereinigung mit Netzwerken in den Beitrittsländern etablieren konnte. Auf europäischer Ebene agiert als Dachorganisation die Europäische Women's Lobby (EWL), die über 4.000 Frauenorganisationen vereint in ihrem Bemühen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern voranzutreiben und sicherzustellen, dass Gleichberechtigung und Menschenrechte von Frauen in allen Politikbereichen der Europäischen Union berücksichtigt werden (vgl. McPhail 2005 und Jahresbericht 2003 der Europäischen Frauen Lobby).

gestaltet sich dabei sehr unterschiedlich, es wird sowohl von intensiver Zusammenarbeit berichtet als auch von Vorbehalten der PolitikvertreterInnen, Anregungen, Standpunkte und Informationen von NGOs aufzunehmen und in ihre politische Arbeit einfließen zu lassen (McPhail 2005).⁷⁰ Kritisch betrachtet wird insbesondere im wissenschaftlichen Diskurs die mangelnde politische Einbindung von nationalen Organisationen der Civil Society im Vorfeld des EU-Beitritts, während die Europäische Women's Lobby (EWL) doch auch auf einigen Einfluss auf politische Entscheidungsträger und damit auf ihre Erfolge bei der geschlechterspezifischen Formulierung der Rechtsgrundlagen in den EU-Verträgen verweist – wenn dies auch nicht in der von der EWL geforderten Trennschärfe und in dem von ihr gewünschten Ausmaß durchsetzbar war (McPhail 2005). Allerdings weist auch die EWL darauf hin, dass der Kampf nicht zu Ende ist und dass Frauen sich weiterhin für ihre eigenen Interessen einsetzen müssen.

In der Wissenschaft, aber auch von ExpertInnen der Europapolitik und des Europäischen Gewerkschaftsinstituts wird nach wie vor die kritische Frage aufgeworfen, ob in der Europäischen Gemeinschaft und auch in den einzelnen Mitgliedstaaten der politische Wille groß genug ist, um Frauen tatsächlich zu fördern? Werden Frauen nicht nach wie vor allzu häufig als Verschiebemasse auf dem Arbeitsmarkt behandelt, die je nach Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen entweder in die Erwerbsarbeit oder aber zurück an den heimischen Herd gedrängt werden?⁷¹ Dies sei je nach Arbeitsmarktlage auch für manche Politiker bequem und dass deshalb „nicht alle Männer mit Freuden Frauenförderung betreiben“ sei eine Sache, die man offen ansprechen müsse.⁷² Wenn für Frauen im politischen und auch anderen Bereichen etwas bewirkt werden solle, müssten sie es selber tun, man brauche nicht darauf warten, dass dies von männlicher Seite geschähe. Aufgrund der häufig negativen Vorerfahrungen zieht sich diese Argumentation durch den gesamten Diskurs und eint die wissenschaftlichen und politischen Stimmen sowie diejenigen von VertreterInnen aus NGOs (McPhail

⁷⁰ Interview Lissy Gröner 2004; Interview Alena Králiková 2004; Interview Petr Pavlík 2004; Interview Ursula Rust 2004; Interview Jirina Siklová 2004.

⁷¹ Interview Lissy Gröner 2004; Interview Susanne Hildebrandt 2004; Interview Petr Pavlík 2004; Interview Jirina Siklová 2004.

⁷² Interview Lissy Gröner 2004.

2005).⁷³ Die Aktivität von Frauen bezüglich ihrer eigenen Belange setzt allerdings auch die Ausgewogenheit der politischen Partizipation voraus und hier ist hinreichend bekannt, dass die Mitglieder der Parlamente sich keineswegs zu gleichen Teilen aus Frauen und Männern zusammensetzen, sondern Frauen sind in allen europäischen Regierungen in der Minderzahl ebenso wie im Europäischen Parlament (vgl. Koncz 2002: 221). Die geschlechtergleiche Beteiligung in der Politik kommt in den europäischen Staaten nur schleppend voran, Europa ist nach wie vor ein „Herrenhaus“ (Hoecker 1998), das wenig Interesse daran zeigt, diesen Status quo zu verändern und die politische Macht mit Frauen zu teilen. Zum andern hängt Frauenförderung nicht zuletzt von der politischen Richtung ab: In den letzten Jahren hat sich bei den europäischen Wahlen eine politische Umorientierung hin zu konservativen Parteien, die auch eine eher konservative Geschlechterpolitik vertreten, gezeigt. Nach ExpertInnen-Meinung könnte sich diese Wende äußerst negativ auf die europäische Gleichstellungspolitik auswirken.⁷⁴

Frauen der Beitrittsländer Polen, Tschechien und Ungarn im politischen und wissenschaftlichen Diskurs: die Mikroebene

Richtet man den Blick auf den politischen und wissenschaftlichen Diskurs über die Lebenswelt von Frauen nach fünfzehn Jahren der politischen und wirtschaftlichen Transformation und nach der relativ kurzen Zeitspanne seit dem EU-Beitritt, so ist die einschlägige Debatte von einigen Unsicherheiten und Widersprüchlichkeiten geprägt. Insbesondere auf wissenschaftlicher Basis wird zunehmend durch vermehrte Forschungen versucht, die sozio-ökonomische Realität des veränderten Lebens von Frauen nach 1989 differenzierter abzubilden und zu interpretieren. Aussagekräftige Forschungen auf der Mikroebene stehen jedoch erst am Anfang, so dass einschlägige Ergebnisse erst in einigen Jahren zu erwarten sind. Insbesondere wären auch Paneluntersuchungen angebracht, da statistische Querschnittsbetrachtungen eine Momentaufnahme sind und häufig nichts über den Verlauf im Lebenszyklus aussagen können. Da die Lebenswege von Frauen durch Kindergeburten, ihre Betreuung im Kleinkindalter sowie

⁷³ Interview Lissy Gröner 2004; Interview Alena Králiková 2004; Interview Ursula Rust 2004.

⁷⁴ Interview Lissy Gröner 2004.

Betreuung von pflegebedürftigen älteren Familienmitgliedern häufiger unterbrochene Erwerbsverläufe zeigen, wären insbesondere Panelstudien geeignet, etwas über die Auswirkungen diskontinuierlicher Erwerbsverläufe auszusagen.

In der Zusammenschau der hier untersuchten wissenschaftlich-politischen Diskurse kristallisiert sich trotz des Mangels an harten Daten eine Linie heraus, die Frauen ganz konkret als die eindeutig mehr benachteiligten Personen der Transformation gegenüber Männern ansieht (Young 2005).⁷⁵ Obgleich „die Frauen“ und „die Männer“ als jeweils homogene Gruppe nicht in der Realität zu finden sind, deuten die Erfahrungen aus den Transformationsländern Südostasiens und Lateinamerikas nach wissenschaftlicher Auffassung ebenfalls darauf hin, dass sich die Transformation auf lange Sicht ungünstig auf die Situation von Frauen auswirkt.⁷⁶ Dies hängt in erster Linie mit den Arbeitsmarktveränderungen und der Bereitstellung von notwendigen Kinderbetreuungsmöglichkeiten zusammen. Im Verlauf der Arbeitsmarktveränderungen nach der Transformation waren Frauen von der auftretenden offenen Arbeitslosigkeit anders betroffen als Männer und die Arbeitslosigkeit von Frauen wurde anders behandelt als die von Männern: Da in den geschlechtsspezifisch strukturierten Arbeitsmärkten tendenziell mehr Frauen als Männer im öffentlichen Sektor arbeiten, führen wohlfahrtsstaatliche Reformen und Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor zu einem Stellenabbau von weiblichen Arbeitsplätzen, die jedoch keineswegs im privaten Sektor neu geschaffen werden können. Die Überführung von staatlichen Produktionsbetrieben in die Privatisierung führte vielfach ebenfalls zum Arbeitsplatzabbau, von dem in diesem Sektor mehr Männer als Frauen betroffen waren. Während es jedoch bei Männern im Verlauf der Schließung von Betrieben der Schwerindustrie und Kohleminen zur Abmilderung der Situation um die Aushandlung von Abfindungen ging, wurde die Arbeitslosigkeit von Frauen nicht in der Öffentlichkeit verhandelt, ebenso wenig wie die ökonomische Lage von allein stehenden Frauen und allein erziehenden Müttern thematisiert wurde. In der verbreiteten

⁷⁵ Interview Sonja Drobnic, Prof. Dr., Universität Hamburg; Hamburg 26.11.2004; Interview Lissy Gröner 2004; Interview Alena Králiková 2004; Interview Susanne Hildebrandt 2004; Interview Petr Pavlik 2004; Interview Jirina Siklová 2004.

⁷⁶ Interview Susanne Hildebrandt 2004.

Vorstellung, verheiratete Frauen könnten auf einen Familienernährer zurückgreifen und deshalb sei ihre Lage weniger prekär, fand keine Berücksichtigung, dass zum Erhalt des Lebensstandards einer Familie zwei Einkommen nötig waren, was vielfach auch aktuell noch in Polen, Tschechien und Ungarn der Fall ist. Frauen sind insgesamt häufiger Klientinnen des Wohlfahrtsstaates, also Empfängerinnen von Transferleistungen, mit der Folge über den gesamten Lebensverlauf hinweg, dass auch in den Transformationsländern die Armut ‚weiblich‘ ist.⁷⁷ Auch das seit der Transformation zunehmende Angebot an Teilzeitarbeit – vorwiegend im Dienstleistungsbereich – gestaltet sich trotz des positiven Trends zur Ausdehnung des Dienstleistungssektors überhaupt, als problematisch für Frauen, die diese Arbeitsform aufgrund der von ihnen zu bewältigenden Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglicherweise künftig vermehrt wahrnehmen.⁷⁸ In polnischen und tschechischen Privatunternehmen wird vielfach erwartet, dass Frauen ungeachtet der mit ihnen vereinbarten formalen Teilzeittätigkeit in der Realität Vollzeit arbeiten, und zwar ohne entsprechenden Lohnausgleich. Da adäquate gewerkschaftliche Strukturen erst im Aufbau sind und es kaum Arbeitsschutzregulatorien gäbe, Frauen vielfach ihre Rechte nicht kennen und sie diese aus Furcht vor Jobverlust überdies nicht wahrnehmen würden, seien sie mit allen Konditionen der Arbeitgeber einverstanden. Aufgrund dessen kam es nach der Transformation auch teilweise zur Unterzeichnung von rechtswidrigen Arbeitsverträgen, in denen Frauen sich z. B. verpflichteten, nicht schwanger zu werden (Tarasiewicz 2005).⁷⁹

In den Diskussionen ist das zweite große Thema neben der seit der Transformation aufgetretenen Exklusion von Frauen aus dem Arbeitsmarkt der Abbau von bezahlbaren öffentlichen Betreuungseinrichtungen, die Frauen mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen überhaupt erst in die Lage versetzen, am Arbeitsmarkt zu partizipieren. Es besteht daher auf der nationalstaatlichen Ebene eine enge Verknüpfung zwischen Arbeitsmarktpolitik und wohlfahrtsstaatlicher Sozialpolitik. Die Frage, ob Frauen der Transformationsländer es teilweise begrüßen, aus dem Erwerbsleben aus-

⁷⁷ Interview Susanne Hilde 2004; Interview Alena Králiková 2004.

⁷⁸ Die Teilzeitquote lag im Jahr 2002 in Tschechien bei 5 %, in Ungarn bei 4 %, in Polen bei 11 % (vgl. Spitznagel/Wanger 2004: 8).

⁷⁹ Interview Lissy Gröner 2004; Interview Susanne Hildebrandt 2004.

gegliedert zu sein, um sich Familienpflichten widmen zu können, wird im wissenschaftlichen und politischen Diskurs kontrovers diskutiert.⁸⁰ Gering qualifizierte erwerbslose Frauen, die keine Aussichten auf einen baldigen Wiedereinstieg ins Berufsleben für sich sehen, nehmen bei Geburt von Kindern häufiger die Elternzeit mangels beruflicher Alternativen voll in Anspruch. Sie befinden sich nach Ablauf dieser Zeit dann in der ‚Stillen Reserve‘, ebenso wie erwerbslose verheiratete Frauen mit größeren Kindern, die auf dem veränderten Arbeitsmarkt chancenlos geworden sind. Dem gegenüber ist die Erwerbsorientierung von höher qualifizierten Frauen nach wie vor sehr hoch, immer häufiger wird die Elternzeit nicht voll ausgeschöpft, um rasch wieder an den Arbeitsplatz zurückkehren zu können und den beruflichen Anschluss nicht zu verlieren. Diese intrinsisch hoch motivierte Gruppe von Frauen ist meist auch in der ökonomischen Lage, private Kinderbetreuung zu bezahlen und ist somit vom Abbau der staatlichen Betreuungseinrichtungen weniger gravierend betroffen als gering qualifizierte und damit auch gering verdienende Frauen. Die Darstellung mancher Autoren (vgl. aktuell etwa Hofäcker/Lück 2004), es könne unter den Frauen in den post-kommunistischen Staaten Osteuropas generell zu einem veränderten konservativ orientierten Familienleitbild mit Präferenz für das männliche Ernährermodell kommen, wurde im hier analysierten wissenschaftlich-politischen Diskurs zurückgewiesen.⁸¹ Das Gegenteil sei der Fall, so die Argumentation: die Erwerbsneigung von Frauen in Polen, Tschechien und Ungarn sei ungebrochen hoch, wenn nur die wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen bezüglich Kinderbetreuung adäquat geregelt würden, so dass eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet sei.⁸² Die Erwerbsneigung habe also nicht nur ökonomische Gründe,

⁸⁰ Interview Sonja Drobic 2004; Interview Lissy Gröner 2004; Interview Susanne Hildebrandt 2004; Interview Alena Králiková 2004; Interview Ursula Rust 2004; Interview Jirina Siklová 2004.

⁸¹ Interview Sonja Drobic 2004; Interview Susanne Hildebrandt 2004; Interview Alena Králiková 2004; Interview Ursula Rust 2004; Interview Jirina Siklová 2004.

⁸² Hofäcker und Lück weisen in ihrer Studie auch nach, dass in Ungarn die Zustimmung zum klassischen Ernährermodell Mitte der 1990er Jahre zunächst deutlich anstieg, jedoch bis zum Jahr 2002 wieder nahezu auf seinen Ausgangswert von 1988 sank (unter 30 % Zustimmung, die Befragten waren Frauen zwischen 25 bis 50 Jahren). Hier schlagen sich offenbar wirtschaftliche Veränderungen und Weiterentwicklungen des Landes nieder; innerhalb dieser relativ kurzen Zeitspanne ist kaum von tief greifenden Leitbildveränderungen auszugehen.

sondern ein Anreiz sei neben der Möglichkeit zur beruflichen Selbstverwirklichung auch, dass Frauen im Erwerbsleben einen besseren gesellschaftlichen Status hätten als Frauen, die sich ausschließlich der Familie widmen. In Gesellschaften, in denen man sich mit und über Erwerbsarbeit identifiziert und definiert sei es eine große Belastung, wenn man aus dem Erwerbsarbeitsmarkt exkludiert sei und keine nach außen hin sichtbare Arbeit habe.⁸³ In den osteuropäischen Beitrittsländern ist eine tiefe Konkurrenzsituation um Arbeitsplätze entstanden, mit der die Gefahr verbunden ist, dass Frauen – insbesondere Mütter – weiter aus dem Erwerbsarbeitsmarkt verdrängt und auf ihre alternative Familienrolle rückverwiesen werden. Folgerichtig haben diese ökonomischen Unsicherheitsfaktoren der letzten fünfzehn Jahren zu einem zeitlich veränderten Familiengründungsverhalten geführt. Die dadurch seit der Transformation alarmierend gesunkene Fertilitätsrate in den neuen EU-Ländern Polen, Tschechien und Ungarn wurde diskursiv meist ebenso wie in der Literatur als ‚Aufschiebeverhalten‘ interpretiert.⁸⁴ So lange mit der Geburt eines Kindes die Botschaft verbunden ist, man sei nicht mehr mobil und wer nicht mobil ist, hat auf dem Markt keine Chance und kann sich nicht selbst ernähren, so lange könnte sich nach wissenschaftlicher Einschätzung der Trend zu weniger Geburten noch fortsetzen. Das Gegensteuern müsse von politischer Seite jetzt sofort beginnen, allerdings wurde sich bezüglich des Einsatzes dazu notwendiger Maßnahmen innerhalb der Debatte nicht optimistisch geäußert. Die Frage sei letztendlich, ob der Anstieg der Geburtenziffer einer Gesellschaft wichtig genug ist, um die Infrastruktur mit monetären Zuwendungen und Dienstleistungen in der Weise zur Verfügung zu stellen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Selbstverständlichkeit und eine bessere Work-Life-Balance möglich wird. Dies müsse auch eine Veränderung hin zu familienfreundlicheren Betrieben beinhalten, so dass auch Vätern die Möglichkeit offen steht, sich gleichermaßen in die Kinder-

⁸³ Interview Ursula Rust 2004; Interview Jirina Siklová 2004. Es klang in diesem Zusammenhang in den Diskursen an, dass aufgrund der fortschreitenden Globalisierung, der technologischen Entwicklung und des damit verbundenen Strukturwandels von Erwerbsarbeit wohl kaum damit zu rechnen ist, jemals wieder Vollbeschäftigung zu erreichen. Neue Arbeitsformen mit flexiblen Beschäftigungsmöglichkeiten sowie eine Um- und Neuverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit werden in diesem Kontext bereits seit Jahren in den Sozialwissenschaften diskutiert (vgl. hierzu etwa Beck 2000, 1997, 1996; Rudolph 2003; 2001; 2000).

⁸⁴ Interview Alena Králiková 2004; Interview Jirina Siklová 2004.

betreuung einzubringen wie Mütter. Davon sind wir, so die Einschätzung der ExpertInnen, in den meisten europäischen Gesellschaften allerdings noch weit entfernt.⁸⁵

Ob die Transformation insgesamt für Frauen in Polen, Tschechien und Ungarn auf lange Sicht ein Segen oder ein Fluch sein wird, erfährt im derzeitigen politisch-wissenschaftlichen Diskurs ambivalente Beurteilung. Auf der Erfahrungsbasis mit anderen Transformationsländern und der prognostizierten Weiterentwicklung wurde die Meinung geäußert, Frauen seien wegen ihrer geringeren Mobilität und Flexibilität aufgrund ihrer familiären Einbindung und mangels geeigneter wohlfahrtsstaatlicher Rahmenbedingungen in jedem Fall Benachteiligte der Transformation und letztendlich die Opfer neo-liberaler Wirtschaftspolitik (Young 2005).⁸⁶ Andererseits wird mit Blick auf die erfolgte Demokratisierung in den osteuropäischen Beitrittsländern die künftige Lage für Frauen und Männer gleichermaßen positiv eingestuft, wenn es auch noch viel zu tun gebe auf arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Basis um die Chancengleichheit der Geschlechter voranzutreiben (McPhail 2005; Zelenková 2003).⁸⁷

5 Ideal und Realität der Geschlechtergleichheit in den neuen EU-Ländern Polen, Tschechien und Ungarn – Zusammenfassung und Ausblick

Im vorliegenden Bericht wurde versucht, die Entwicklung der Situation von Frauen in den vormals sozialistisch regierten Ländern Polen, Tschechien und Ungarn seit der politischen und wirtschaftlichen Transformation von 1989 bis mehr als ein Jahr nach dem erfolgten EU-Beitritt im Mai 2004 nachzuzeichnen. Die Problematik und zugleich die Herausforderung der Arbeit war in mehreren unterschiedlichen Faktoren begründet, die im

⁸⁵ Interview Lissy Gröner 2004; Interview Susanne Hildebrandt 2004; Interview Alena Králíková 2004; Interview Petr Pavlik 2004; Interview Ursula Rust 2004; Interview Jirina Siklová 2004.

Familienfreundliche Maßnahmen in Unternehmen rechnen sich betriebswirtschaftlich durchaus, dies zeigte die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2003 herausgegebene Broschüre zu einer von Prognos durchgeführten Studie (BMFSFJ 2003).

⁸⁶ Interview Susanne Hildebrandt 2004; Interview Petr Pavlik 2004.

⁸⁷ Interview Alena Králíková 2004; Interview Ursula Rust 2004; Interview Jirina Siklová 2004.

Folgenden kurz dargelegt werden sollen. Zunächst ist die wirtschaftliche Transformation in den untersuchten Ländern bis heute nicht abgeschlossen, während zum andern durch den erfolgten Beitritt zur Europäischen Union im Mai 2004 bereits neue Anforderungen an die Länder gestellt werden, die teilweise nur durch neu einzurichtende institutionelle Strukturen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene bearbeitet bzw. erfüllt werden können. Daher sind die hier behandelten osteuropäischen Beitrittsländer nach wie vor in einem Umbruch, der zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend bewertet werden kann. Bei Bearbeitung der bis dato vorhandenen einschlägigen genderspezifischen Literatur sowie der in diese Arbeit integrierten Dokumenten- und Diskursanalyse mit den Ergebnissen der inhaltsanalytisch ausgewerteten ExpertInnen-Interviews, die mit VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik und Nichtregierungsorganisationen geführt wurden, bleiben zwangsläufig Fragestellungen offen, die weiterführender intensiver Forschungsarbeiten bedürfen. So war die vorliegende Studie von vornherein als explorative qualitative Fallstudie angelegt, die aufgrund ihrer begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen lediglich eine schlaglichtartige Aufnahme und Widergabe weiblicher Lebenssituationen in den neuen EU-Mitgliedstaaten Polen, Tschechien und Ungarn ein Jahr nach dem Beitritt zur Europäischen Union liefern sowie den wissenschaftlichen und politischen Diskurs zur sozio-ökonomischen Situation von Frauen und zur Umsetzung der Geschlechtergleichstellungsrichtlinien in der EU einfangen sollte. Dies ermöglichte bei einigen Themen lediglich einen Hinweis und so konnten manche, ebenfalls relevante Fragestellungen nicht vertiefend verfolgt werden. Dies betraf beispielsweise eine intensivere Analyse weiblicher Armutsentwicklung, insbesondere auch der Armutsentwicklung älterer Frauen, eine Analyse der Firmengründungen von Frauen und eine Analyse der informellen Arbeit, der Schwarzarbeit sowie der Arbeit als mithelfende Familienangehörige. Aus Ressourcen Gründen konnte all diesen Aspekten bei der Entwicklung der Länder nicht weiter nachgegangen werden und bleibt weiterer Forschung vorbehalten. Ebenso konnten weder die sektoralen Verschiebungen auf den Arbeitsmärkten und die Wanderungsbewegungen innerhalb der Sektoren noch die regional bedingten Ungleichheitsfaktoren in den verschiedenen Ländern in adäquater Weise aufgegriffen werden. Einer der Erkenntnisgewinne der vorliegenden Arbeit liegt darin, dass die einzelnen Länder in ihrer Differenziertheit zu betrachten sind, um ihre Entwicklungspfade analysie-

ren zu können – obwohl sich auch viele Gemeinsamkeiten der sozialen Ungleichheit in den weiblichen Lebenslagen der untersuchten drei Länder zeigten. So ist z. B. ein Ergebnis der vorliegenden Studie, dass unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Konzepte ermittelt werden konnten, die auf verschiedene mögliche Zukunftsszenarien in der Weiterentwicklung der einzelnen Wohlfahrtsregimes hindeuten. Da diese Entwicklung für die künftigen weiblichen Lebenschancen von zentraler Bedeutung ist, würde sich gerade dieser Punkt lohnen, in einer fortführenden Analyse genauer behandelt zu werden.

Fragt man abschließend, wie es sich mit dem Ideal und der Realität der Geschlechtergleichheit in den Ländern Polen, Tschechien und Ungarn verhält, kann trotz der Facettenvielfalt die sich aufgrund historischer, kultureller, politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen in den einzelnen Ländern zeigt, derzeit in allen drei Ländern noch kaum von einer positiven Annäherung der beiden Pole gesprochen werden. Vorbehaltlich dessen, dass es „die Frauen“ ebenso wenig als homogene Gruppe gibt wie „die Männer“, und sich auf beiden Seiten nach der Transformation sowohl GewinnerInnen als auch VerliererInnen herauskristallisieren, sind trotz aller politisch-rechtlichen Gegensteuerungsmaßnahmen die ‚alten‘ Ungleichheiten mit überraschender Persistenz zugleich auch die ‚neuen‘ Ungleichheiten geblieben. Einem Perpetuum mobile ähnlich scheint dies einigermaßen überraschend völlig unabhängig vom jeweils herrschenden politischen System zu sein, selbst dann, wenn sich die politische Ideologie die Emanzipation der Frau auf die Fahnen geschrieben hat. Obgleich die politischen Systeme diametral entgegengesetzt sind, wurde in den früheren sozialistischen Systemen ebenso wie in den heutigen demokratischen EU-Mitgliedstaaten die Gleichbehandlung der Geschlechter *de jure* festgelegt und *de facto* nicht eingehalten. Der Unterschied bestand offenkundig im Wesentlichen darin, dass die volle Partizipation der Frauen am Erwerbsarbeitsmarkt in den vormals sozialistischen Ländern gewährleistet war, ihnen damit jedoch auch die Doppelbelastung von Familien- und Vollzeit-Berufsarbeit aufgebürdet wurde. Bei Betrachtung der relevanten Ungleichheitsindikatoren zeigt sich auch fünfzehn Jahre nach dem Systemwechsel, dass Frauen nach wie vor weniger Arbeitsentgelt für gleiche Tätigkeit erhalten als Männer, die Arbeitsmärkte weiterhin horizontal wie vertikal segregiert sind und Frauen geringere Karrierechancen als Männer haben.

Sie sind seit der Transformation von Arbeitslosigkeit und Altersarmut nachhaltiger bedroht und in den öffentlichen Bereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft unterrepräsentiert. Damit können ihre gemeinsamen weiblichen Interessen in vielen zentralen Lebensbereichen weniger erfolgreich vertreten und durchgesetzt werden. Der Beitritt zur Europäischen Union im Mai 2004 hat trotz aller positiver Erwartungen der Frauen aus Polen, Tschechien und Ungarn daran bis heute nichts geändert. Der Europäische Rat hielt fest, dass politische Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter Instrumente sind, die sowohl den sozialen Zusammenhalt als auch das Wirtschaftswachstum fördern. Von den Veränderungen zugunsten der Frauen seien jedoch auch die Männer betroffen, da es bei der Gleichstellung um die Beziehung von Mann und Frau auf der Grundlage gleicher Rechte, gleicher Pflichten und gleicher Chancen in allen Lebensbereichen gehe (vgl. KOM (2005) 44: 6). Wie die vorliegende Studie aufzeigen konnte, sind *de facto* jedoch keine Veränderungen zugunsten der Frauen feststellbar, von denen auch Männer sich betroffen fühlen könnten.

Sowohl im gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2004/2005 des Rats der Europäischen Union, der im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie⁸⁸ erstellt wird und dem die Nationalen Aktionspläne der einzelnen Mitgliedstaaten⁸⁹ zugrunde liegen, als auch im Jahresbericht 2005 der EU-Kommission zur Gleichstellung von Mann und Frau, der sich erstmals auf die erweiterte Union mit nunmehr 25 Mitgliedstaaten bezieht (KOM (2005) 44), werden nur marginale Fortschritte bezüglich der Chancengleichheit von Mann und Frau sowie der Nivellierung vorhandener Geschlechterungleichheiten in der gesamten Europäischen Union berichtet. Dem Gleichstellungsbericht zufolge zeichnet sich insgesamt zwar ein positiver Trend ab, indem man den Abbau geschlechtsspezifischer Unterschiede in den Bereichen Bildung und Beschäftigung konstatiert, aber er gesteht ebenso wie der gemeinsame Beschäftigungsbericht ein, dass das geschlechtsspezifische Lohngefälle sowie die Arbeitsmarktsegregation nahe-

⁸⁸ Die oberste Priorität in der Europäischen Beschäftigungsstrategie haben die Ziele Vollbeschäftigung, Verbesserung der Arbeitsqualität und –produktivität sowie Stärkung der sozialen Kohäsion und Inklusion. Siehe hierzu auch die „Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung“, Europäische Kommission 2005b.

⁸⁹ National Action Plan for Employment.

zu unverändert geblieben sind und die weiblichen Karrierechancen sich allenfalls minimal verbessert haben. Der gemeinsame Beschäftigungsbericht legt weiter dar, dass geschlechtsspezifische Unterschiede bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit als Ziele für entsprechende Gegenmaßnahmen weit gehend außer Acht gelassen werden und das geschlechtsspezifische Lohngefälle zwar weithin als schwerwiegendes Problem erkannt wird, konkrete Zielsetzungen und Aktionen in den einzelnen Nationalstaaten jedoch selten sind. Weiterhin wird der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zwar überall Aufmerksamkeit zuteil, das Anliegen einer ausgewogenen Teilung von Verantwortlichkeiten zwischen Frauen und Männern wird jedoch vernachlässigt. Eine Gender-Mainstreaming-Politik ist laut dem gemeinsamen Beschäftigungsbericht im Übrigen lediglich in Schweden zu erkennen (Rat der Europäischen Union 2005).

So ist denn auch im wissenschaftlichen und politischen Diskurs der letzten Jahre weder auf gesamteuropäischer Seite noch bei den WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen der hier untersuchten Länder etwas von einer Euphorie über die Maßnahmen auf dem Gebiet der europäischen Gleichstellungspolitik zu bemerken. Eher ist das Gegenteil der Fall: man ist sich durchaus bewusst, dass der lange Kampf von Frauen um geschlechtsunabhängige gleiche Teilhabechancen und gleiche gesellschaftliche Rechte nicht zu Ende gekämpft ist und in frauenpolitischen Fragen innerhalb des europäischen Parlaments eher ein drohender Backlash denn ein bahnbrechender Fortschritt zu verzeichnen ist.⁹⁰ Selbst wenn man die Lage nicht so pessimistisch beurteilt wie eine Konferenzreferentin, die Frauen noch heute in der Tradition von Olympe de Gouges⁹¹ sieht (Mayer 2005: 173), herrscht im derzeitigen politischen und wissenschaftlichen Diskurs Einigkeit darüber, dass es sich bei der Herstellung von Geschlechtergleichheit ungeachtet der europäischen Standardvorgaben und der gesetzlichen

⁹⁰ Interview Lissy Gröner 2004, unter Bezugnahme auf die in den Debatten des Europaparlaments vorgetragenen Standpunkte der polnischen Familienpartei.

⁹¹ Die Französin Olympe Marie de Gouges legte der Pariser Nationalversammlung in Ergänzung der 1789 verabschiedeten Deklaration der Menschenrechte eine „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ vor. Die Erklärung war weitgehend analog zur Menschenrechtserklärung formuliert und forderte explizit gleiche Rechte für Mann und Frau. Dafür wurde Olympe de Gouges am 04.11.1793 hingerichtet und in der Urteilsbegründung hieß es: „Ein Staatsmann wollte sie sein, und ...das Gesetz hat die Verschwörerin dafür bestraft, dass sie die Tugenden vergaß, die ihrem Geschlecht geziemten“ (zit. nach Wichterich 1995: 64).

Implementationen in den einzelnen Mitgliedstaaten um einen äußerst langwierigen Prozess handelt, in dem Frauen sich weiterhin aktiv um die Durchsetzung ihrer Rechte bemühen müssen. Wie gezeigt werden konnte, betrifft dies nicht nur die zehn am 1. Mai 2004 neu aufgenommenen Länder, sondern in verschiedenen Abstufungen auch die meisten ‚alten‘ Mitgliedsländer. Das Problem der hier untersuchten Länder Polen, Tschechien und Ungarn ist dabei, dass viele institutionelle Strukturen, die eine Änderung hin zu mehr Geschlechtergleichheit bewirken könnten, erst neu geschaffen werden mussten. Aber selbst wenn die rechtlichen Voraussetzungen zur Geschlechtergleichheit in den einzelnen Ländern verankert sind, so eine Expertin aus der Wissenschaft, „bleibt das Problem der möglichen Missachtung des Rechts, wogegen das Opfer sich wehren muss“.⁹²

Literatur

- Baer, Susanne (2004): Geschlecht und Recht – zur rechtspolitischen Steuerung der Geschlechterverhältnisse. In: Meuser, Michael und Claudia Neusüss (Hg.): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Schriftenreihe Band 418. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 71-83.
- Beck, Ulrich (1996): Kapitalismus ohne Arbeit. In: DER SPIEGEL Nr. 20, S. 140-146.
- Beck, Ulrich (1997): Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit ergänzen. In: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hg.): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, Teil III, 11/97, S. 146-168. Bonn.
- Beck, Ulrich (2000): Wohin führt der Weg, der mit dem Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft beginnt? In: Ders. (Hg.): Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 7-66.
- Becker-Schmidt, Regina (ed.) (2002): Gender and Work in Transition. Globalization in Western, Middle and Eastern Europe. Opladen: Leske + Budrich.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1981): Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt. Zur Ideologie und Realität von Frauenberufen. Frankfurt/New York: Campus. 2. Auflage.
- Beckmann, Petra (2003): Die Beschäftigtenquote – (k)ein guter Indikator für die Erwerbstätigkeit von Frauen?
http://doku.iab.de/grauepap/2003/kb1103_langfassung.pdf (28.10.2005).

⁹² Interview Ursula Rust 2004.

- Behning, Ute (2004): Geschlechtergleichstellung ohne Zielvorstellung? In: Meuser, Michael und Claudia Neusüß (Hg.): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Schriftenreihe Band 418. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 122-134.
- Bialecki, Ireneusz/Heyns, Barbara (1993): Educational Attainment, the Status of Women, and the Private School Movement in Poland. In: Moghadam, Valentine M. (ed.): Democratic Reform and the Position of Women in Transitional Economies. Oxford: Clarendon Press, S. 110-136.
- Blossfeld, Hans-Peter/Drobnic, Sonja (eds.) (2001): Careers of Couples in Contemporary Societies. From Male Breadwinner to Dual Earner Families. Oxford: Oxford University Press.
- Boeri, Tito (1994): Labour Market Flows and the Persistence of Unemployment in Central and Eastern Europe. In: Boeri, Tito (ed.): Unemployment in Transition Countries: Transient or Persistent?, Paris: OECD, S. 13-56.
- Boeri, Tito/Brückner, Herbert (2000): The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Market in the EU Member States. Berlin and Milano: European Integration Consortium: DIW, CEPR, FIEF, IAS, IGIER.
- Bradley, Harriet (ed.) (1996): Fractured Identities. Changing Patterns of Inequality. Cambridge.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (1999): Teilzeit für Fach- und Führungskräfte. Handbuch für Personalverantwortliche und Führungskräfte. Schriftenreihe Band 176. Stuttgart: Kohlhammer.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2003): Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen. Kosten-Nutzen-Analyse. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Union Europäischer Sozialfonds.
- Burcin, Boris/Kucera, Tomas (2000): Changes in Fertility and Mortality in the Czech Republic: An Attempt of Regional Demographic Analysis. In: Kucera, Tomas et al. (eds): New Demographic Faces of Europe. Berlin: Springer Verlag.
- Central Statistical Office of Hungary (CSO) (1989): Women's Position in Socialist Hungary. Budapest: Hungarian News Service on behalf of Hungarian Women's Council.
- Central Statistical Office of Hungary (CSO) (2001): Statistical Yearbook of Hungary 2001, Budapest.

- Cermaková, Marie (1993): State and perspectives of research of economic and social status of women in the Czech Republic. Paper presented at the international seminar 'Gender Studies towards the Year 2000', Athens.
- Cermaková, Marie/Haskova, Hana/Krizková, Alena/Linková, Marcela/Mariková, Hana/Musilová, Martina (2000): Relations and changes of gender differences in the Czech Society in the 90's. Praha: Institute of Sociology of Academy of Sciences of the Czech Republic.
- Choluj, Bozena (2003): Zugänge zu Geschlechtergerechtigkeit in Ost und West. In: FAM – Frauenakademie München e.V. (Hg.): Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht. Konferenzdokumentation, S. 27-36.
- Choluj, Bozena/Neusüß, Claudia (2004): EU Enlargement in 2004. East-West-Priorities and Perspectives from Women Inside and Outside the EU. Discussion Paper.
- Ciechocinska, Maria (1993): Gender Aspects of Dismantling the Command Economy in Eastern Europe: The Case of Poland. In: Moghadam, Valentine M. (ed.): Democratic Reform and the Position of Women in Transitional Economies. Oxford: Clarendon Press, S. 302-326.
- Central Statistical Office of Poland (CSO) (2003): Labour Force Survey, IV quarter 2002, Central Statistical Office, Warszawa.
- Cyba, Eva (1993): Überlegungen zu einer Theorie geschlechtsspezifischer Ungleichheiten. In: Frerichs, Petra und Margarete Steinrücke (Hg.): Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnisse, Opladen: Leske + Budrich, S. 33-49.
- Dauderstädt, Michael (2004): Transformation und Integration der Wirtschaft der postkommunistischen Beitrittsländer. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B5-6/2004, S. 15-24.
- Dieringer, Jürgen (2003): Die Europäisierung substaatlicher Strukturen in Ungarn. In: Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (Hg.): EU-Beitritt: Verheißung oder Bedrohung? Die Perspektive der mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer. Opladen: Leske + Budrich, S. 231-254..
- Drobnic, Sonja (2005): Gendered Employment Patterns: Individuals, Societies, Couples. In: Jünemann, Annette und Carmen Klement (eds.): Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Nr. 52. Baden-Baden: Nomos, S. 132-145.
- Drobnic, Sonja/Fratczak, Ewa (2001): Employment Patterns of Married Women in Poland. In: Blossfeld, Hans-Peter und Sonja Drobnic (eds.): Careers of Couples in Contemporary Societies. From Male Breadwinner to Dual Earner Families. Oxford: Oxford University Press, S. 281-306.

- Duncan, Simon/Pfau-Effinger, Birgit (eds.) (2000): Gender, Economy and Culture in the European Union. London and New York: Routledge.
- Einhorn, Barbara (1993): Democratization and Women's Movements in Central and Eastern Europe: Concepts of Women's Rights. In: Moghadam, Valentine M. (ed.): Democratic Reform and the Position of Women in Transitional Economies. Oxford: Clarendon Press, S. 48-74.
- Esping-Andersen, Gösta (1990): Three worlds of welfare Capitalism. New jersey.
- Europäische Frauen Lobby (EFL) (2003): Jahresbericht 2003. Brüssel.
- European Bank for Reconstruction and Development (2002): Transition Report 2002, London 2002.
- European Council (2000): Presidency Conclusions. Lisbon Meeting of the European Council. Press Release, 24. March 2000, No. 100/1/00, Lisbon.
- European Women's Lobby (EWL) (2005): Response of the European Women's Lobby to Commission's Green Paper "Confronting demographic changes: a new solidarity between generations" COM(2005) 94 final. <http://www.womenlobby.org/Document.asp?DocID=897&tod=1315> (08.09.2005).
- Fauth-Herkner, Angela/Wiebrock, Stefanie (2001): Teilzeit auch für Führungskräfte? In: Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen Berlin (Hg.): Der flexible Mensch. Für einen New Deal in der Arbeitszeitpolitik. Kürzere Erwerbszeiten – mehr Bildung. Kongress-Reader zum Fachkongress 29. – 30. März 2001, S. 217-229.
- Feldmann-Wojtachnia, Eva (2005): Nach dem EU-Beitritt: Die politische Teilhabe von Frauen in Polen. In: Jüneman, Annette und Carmen Klement (Hg.): Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos, S. 157-164.
- Ferber, Marianne A./Hutton Raabe, Phyllis (2003): Women in the Czech Republic: Feminism, Czech Style. In: International Journal of Politics, Culture and Society, Vol. 16, No. 3, S. 407-430.
- Ferge, Zsuzsa (1997): Women and Social Transformation in Central-Eastern Europe. In: Czech Sociological Review, 1997, Vol. 5, No.2, S. 159-178.
- Ferragina, Anna Maria/Pastore, Francesco (2005): Mind the Gap: Unemployment in the New EU Regions. IZA Discussion Paper No. 1565. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit.
- Fiedler, Angela/Maier, Friederike (1997): Europäische Integration – Eine Chance für Frauen? In: WSI Mitteilungen 9/1997, S. 623-633.

- Firlit-Fresnak, Grazyna (2002): Polnische Frauen in der Transformation – Chancen und Barrieren 1992-2002. Vortrag am 24.11.2002.
<http://www.frauenuni-berlin-warschau.de/webseiten> (4.7.2005).
- Fratczak, Ewa (2004): Family and Fertility in Poland – Changes during the Transition Period. Paper presented at The PIE International Workshop on Demographic Changes and Labor Markets in Transition Economies, Tokyo 20./21. February 2004.
- Frauenakademie München (FAM) (Hg.) (2003): Grenzen überwinden – Overcoming Boundaries. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht. Dokumentation der Konferenz vom 21. – 23.2.2003 in der Frankenakademie Schloss Schney.
- Frauenakademie München (FAM) (Hg.) (2005): Schöner wirtschaften – Europa geschlechtergerecht gestalten. Dokumentation der Konferenz vom 29. – 30.10.2004 in München.
- Fuchs, Gesine (2002): „Europa“ in den Strategien der polnischen Frauenbewegung. In: Hofmann, Dirk und Thomas Lämmer (Hg.): Integration als Aufgabe – Polen, Tschechien und Deutschland vor der Osterweiterung der Europäischen Union. Göttingen: Nomos, S. 195-220.
- Fultz, Elaine/Steinhilber, Silke (2003): The Gender Dimensions of Social Security Reforms in the Czech Republic, Hungary and Poland. In: Fultz, Elaine; Ruck, Markus und Silke Steinhilber (Hg.): The Gender Dimensions of Social Security Reforms in Central and Eastern Europe: Case Studies of the Czech Republic, Hungary and Poland. Budapest: ILO. Subregional Office for Central and Eastern Europe.
- Fultz, Elaine/Ruck, Markus/Steinhilber, Silke (Hg.) (2003): The Gender Dimensions of Social Security Reforms in Central and Eastern Europe: Case Studies of the Czech Republic, Hungary and Poland. Budapest: ILO. Subregional Office for Central and Eastern Europe.
- Ginn, Jay/Street, Debrah/Arber, Sara (2001): Women, Work and Pensions. International Issues and Prospects. Buckingham (UK): Open University Press.
- Glass, Christy (2004): The Increasing Significance of Gender: Job Loss During Post-State Socialism. Yale University, Department of Sociology. Draft prepared for the Comparative Research Workshop. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Glück, Timea (2000): Verlierer oder Gewinner? Über die Auswirkung des Transformationsprozesses auf die Arbeitsmarktposition der Frauen in Ungarn. München: Ludwig-Maximilians-Universität. Unveröffentlichte Diplomarbeit.
- Golinowska, Stanislaw (2002): The European social model and open coordination of the social policy. In: Polityka Społeczna. Special issue of the Polish monthly journal on Social Policy, Dezember 2002.

- Golinowska, Stanislaw (2004): Labour market and social policy development in Poland. In: Buttler, Friedrich, Hönekopp, Elmar und Thomas Straubhaar (eds.): Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Special Issue: Europeanisation of the Labour Markets in an Enlarged European Union, 37. Jg., 4/2004. Stuttgart: Kohlhammer, S. 346-374.
- Götting, Ulrike (1998): Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Opladen: Leske + Budrich.
- Grabowska, M. (1994): The Church in Times of Change. In: Alestalo, M./Allardt, E./Rychard, A. and W. Wesolowski (eds.): The Transformation of Europe: Social Conditions and Consequences. Warsaw: IFiS Publishers.
- Gröner, Lissy (2004): Frauen gestalten Europa. Gender Mainstreaming in der Europäischen Union. In: Roemheld, Regine (Hg.): Wie geht es Ihnen, Madame Europe? Herbolzheim: Centaurus Verlag, S. 91-97.
- Gröner, Lissy (Hg.) (2002): Europa der Frauen und EU-Osterweiterung. Berlin/Bonn: Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE).
- Ham, John C./Svejnar, Jan/Terrel, Katherine (1999): Women's unemployment during transition. Evidence from Czech and Slovak micro-data. In: Economics of Transition, Vol. 7 (1), S. 47-78.
- Hasková, Hana (2003): Czech Women's Civic and Political Participation in the Process of the EU Enlargement. Paper presented at Gender and Power in the New Europe, the 5th European Feminist Research Conference, August 20-24, 2003, Lund University, Sweden.
- Havelková, Hana (1993): A Few Prefeminist Thoughts. In: N. Funk und M. Müller (ed.): Gender Politics and Post-Communism: Reflections from Eastern Europe and the Former Soviet Union. New York/London: Routledge, S. 62-73.
- Havrylyshyn, Oleh/Nscouli, Saleh M. (eds.) (2001): A Decade of Transition: Achievements and Challenges. Washington, D.C.: International Monetary Fund. Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (Hg.) (2003): EU-Beitritt: Verheißung oder Bedrohung? Die Perspektive der mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer. Opladen: Leske + Budrich.
- Heidenreich, Martin (2000): Beschäftigungsordnungen in Europa. Bamberger Beiträge zur Europaforschung und zur internationalen Politik Nr. 4/2000. Otto-Friedrich Universität Bamberg.
<http://www.uni-bamberg.de/sowi/europastudien/beiträge> (10.9.2005).
- Heinen, Jacqueline (1993): The Re-Integration into the Work of Unemployed Women: Issues and Politics. Technical Workshop "The Persistence of Unemployment in Central and Eastern Europe". Paris, 30. September – 2. October 1993.

- Heinen, Jacqueline/Portet, Stéphane (2001): Political and Social Citizenship: An Examination of the Case of Poland. In: Molyneux, Maxine and Shahra Razavi (eds.): Gender Justice, Development, and Rights. Oxford: University Press, S. 141-169.
- Hoecker, Beate (1998): Politische Partizipation und Repräsentation von Frauen im europäischen Vergleich. In: diess. (Hg.): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen: Leske + Budrich, S. 379-398.
- Hofäcker, Dirk/Lück, Detlev (2004): Zustimmung zu traditionellem Alleinverdienermodell auf dem Rückzug. In: ISI 32, Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 32, Juli 2004, S. 12-15.
- Hönekopp, Elmar/Golinowska, Stanislaw/Horálek, Milan (eds.) (2001): Economic and Labour Market Development and International Migration – Czech Republic, Poland, Germany - . Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, BeitrAB 244.
- Hönekopp, Elmar/Langenbucher, Kristine/Walwei, Ulrich (2004): EU-Osterweiterung. Aufholprozess mit Chancen und Risiken. IAB-Kurzbericht Nr. 12 vom 12.10.2004. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.
- Ingham, Mike/Ingham, Hilary/Domanski, Henryk (ed.) (2001): Women On The Polish Labor Market. Budapest/New York: Central European University Press.
- Ingham, Mike/Ingham, Hillary/Karwinska, Anna/Weclawowicz, Grzegorz (1998): Women in the Polish Labour Market: Is Transition a Threat? In: Bull, Martin J. and Mike Ingham (ed.): Reform of the Socialist System in Central and Eastern Europe. New York: St. Martin's Press, Inc., S. 136-163.
- Inglehart, Ronald (1998): Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt/New York: Campus.
- Jäger-Dabek, Brigitte (2003): Polen. Eine Nachbarschaftskunde. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 431. Berlin: Links Verlag.
- Jalusic, Vlasta (1998): Gender and political Transformation in Central and Eastern Europe. In: Losers of the "Wende" – winners of the EU: participation of women: changes and effects of the transformation process. Documentation of the Conference in Vienna, Austria, November 6th – 8th, 1998. Vienna: Austrian Political Science Association: Politik und Geschlecht, Forum für feministische Diskussionen 1998, S. 13-24.
http://www.mirovni-institut.si/eng_html/articles/gender_polit_transf.htm
(30.3.2005).

- James, Kevin (1996): Women in Transition: The Role of the Woman in the Czech Republic and Slovaika Post 1989. In: Human Affairs, 6, 1996, S. 45-62.
- Jankowiak, Stanislaw (2004): Die Frau im Realsozialismus – Theorie und Praxis. In: Schneider, Karl H. (Hg.): Geschlechterrollen in der Geschichte aus polnischer und deutscher Sicht. Münster: LIT Verlag, S. 225-233.
- Janowska, Zdzislawa/Martini-Fiwek, Jolanta/Góral, Zbigniew (1992): Female Unemployment in Poland, Friedrich-Ebert Foundation of Poland, Economic and Social Policy Series paper No. 18, Warsaw.
- Jünemann, Annette/Klement, Carmen (Hg.) (2005): Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Baden-Baden: Nomos.
- Jurajda, Stepan (2001): Gender Wage Gap and Segregation in Late Transition. Discussion-Paper. Prag: CERGE-EI.
- Ketelhut, Jörn (2005): Die “maternalistische” Geschlechterpolitik des EuGH: Familienpolitische Leitbilder in der Rechtsprechung zu Mutterschutz und Elternrechten. In: Jünemann, Annette und Carmen Klement (Hg.): Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos, S. 46-64.
- Klasen, Stephan/Launov, Andrey (2003): Analysis of the Determinants of Fertility Decline in the Czech Republic. IZA Discussion Paper No. 870. Bonn: Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit.
- Klement, Carmen/Rudolph, Brigitte (2004): Employment patterns and economic independence of women in intimate relationships. In: European Societies, Vol. 6, No. 3. Basingstoke, Hampshire: Routledge, S. 299-318.
- Klement, Carmen/Rudolph, Brigitte (2006): EU-Osterweiterung und Geschlechter(un)gleichheit in Polen, Tschechien und Ungarn. In: *Femina Politica* 1/2006. *Im Erscheinen*.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2005a): Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zur Gleichstellung von Frau und Mann 2005. Brüssel: KOM(2005)44 endgültig vom 14.2.2005.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2005b): Wachstum und Jobs. Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005-2008). Brüssel: Europäische Gemeinschaften, 2005.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2005c): Mitteilung der Kommission. Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen. Brüssel: KOM(2005) 94 endgültig vom 16.3.2005.

- Koncz, Katalin (2002): The Gender-specific Division of Labor in Hungary Since the Regime Change. In: Becker-Schmidt, Regina (ed.): Gender and Work in Transition. Globalization in Western, Middle and Eastern Europe. Opladen: Leske + Budrich, S. 217-251.
- Koncz, Katalin (2003): The Effect of Globalization on Women's Social Position in Hungary. In: Szabó, Szilvia (ed.) (2003c): WorkCompetition. Women in the Labour Market. Budapest: Social Innovation Foundation, S. 103-135.
- Korintus, Marta; Györgyi, Vajda and Kata Egyed (2001): Care Work. Current understandings and future directions in Europe. National Report, Hungary. National Institute for Family and Social Policy.
- Kotowska, Irena (2001): Demographic and Labor Market Developments in the 1990s. In: Ingham, Mike; Ingham, Hilary and Henryk Domanski: Women On The Polish Labor Market. Budapest/New York: Central European University Press, S. 77-110.
- Krizková, Alena (1999): The Division of Labour in Czech Households in the 1990s. In: Czech Sociological Review, Vol. 7, (2), S. 205-214.
- Kucharová, Vera (1999): Women and Employment. In: Czech Sociological Review, Vol. 7 (2), S. 179-194.
- Laskowski, Silke Ruth (2005): Gender Equality under the New European Constitution. In: Jünemann, Annette und Carmen Klement (Hg.): Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos, S. 104-122.
- Läufer, Thomas (Hg.) (2004): Vertrag von Nizza. Die EU der 25. Schriftenreihe Band 444, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Lewis, Jane (1992): Gender and the Development of Welfare Regimes. In: Journal of European Social Policy, 3, S. 159-173.
- Lewis, Jane/Ostner, Ilona (1994): Gender and the Evolution of European Social Policies. ZeS-Arbeitspapier Nr. 4, Universität Bremen.
- Liebert, Ulrike (2003): Geschlechterpolitik im europäischen Einigungsprojekt. In: Heinz, Kathrin und Barbara Thiessen (Hg.): Feministische Forschung – nachhaltige Einsprüche. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 89-109.
- Lohmann, Kinga/Seibert, Anita (eds.) (2003): Gender Assessment of the Impact of European Union Accession on the Status of Women in the Labour Market in Central and Eastern Europe. National Study: Poland. Warsaw: KARAT Coalition.
- Machonin, Pavel (1994): Social and Political Transformation in the Czech Republic. In: Czech Sociological Review, Vol. 2, No. 1, S. 71-87.

- Maier, Friederike (1997): Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in der Europäischen Union. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B52/97, S. 15-27.
- Maier, Friederike (2002a): Gleichstellungspolitische Fortschritte durch Europäische Beschäftigungsstrategie und Gender Mainstreaming? In: Maier, Friederike und Angela Fiedler (Hg.): *Gender Matters. Feministische Analysen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*. Berlin: Edition Sigma, S. 61-87.
- Maier, Friederike (2002b): Women's Work and Economic Development. In: Becker-Schmidt, Regina (ed.): *Gender and Work in Transition. Globalization in Western, Middle and Eastern Europe*. Opladen: Leske + Budrich, S. 83-91.
- Maier, Friederike und Angela Fiedler (Hg.) (2002): *Gender Matters. Feministische Analysen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*. Berlin: Edition Sigma.
- Malinowska, Ewa (1995): Socio-political Changes in Poland and the Problem of Sex Discrimination. In: *Women's Studies International Forum*, Vol. 18, No. 1, pp. 35-43.
- Marksová-Tominová, Michaela (ed.) (2003): *Gender Assessment of the Impact of EU Accession on the Status of Women and the Labour Market in CEE. National Study: Czech Republic*. Prag: Gender Studies.
- Mayer, Susanne (2005): Was mit dem Traum von der Gleichheit geschah, während wir gerade mal wieder heftig diskutierten. In: Jünemann, Annette und Carmen Klement (Hg.) (2005): *Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union*. Baden-Baden: Nomos, S. 173-176.
- McPhail, Mary (2005): Women shaping the future of Europe – did women in civil society make a difference on the road from Laeken to Rome? In: Jünemann, Annette und Carmen Klement (Hg.): *Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union*. Baden-Baden: Nomos, S. 123-131.
- Meuser, Michael/Neusüß, Claudia (Hg.) (2004): *Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente*. Schriftenreihe Band 481. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Moghadam, Valentine M. (ed.) (1993): *Democratic Reform and the Position of Women in Transitional Economies*. Oxford: Clarendon Press.
- National Action Plan for Employment (2004): Czech Republic.
- National Action Plan for Employment (2004): Hungary.
- National Action Plan for Employment (2004): Polen.
- Niedzielska, Krystyna (1999): Frauen haben es schwerer: Zur Transformation in Polen. In: *UTOPIE kreativ*, H. 106 (August 1999), S. 54-61.

O'Connor, Julia/Orloff, Ann Shola/Shaver, Sheila (1999): States, Markets, Families. Gender, Liberalism and Social Policy in Australia, Canada, Great Britain and the United States.

OECD-CCET, Labour Market Database, 1990-1996, Paris: OECD.

Orloff, Ann Shola (1993): Gender and the Social Rights of Citizenship. In: American Sociological Review 58, S. 303-328.

Ostner, Ilona (1993): Slow Motion: Women, Work and Family in Germany. In: Lewis, Jane (ed.): Women and Social Policies in Europe. Aldershot: Elgar.

Pailhé, Ariane (2000): Gender discrimination in Central Europe during the systemic transition. In: Economics of Transition, Vol. 8 (2), S. 505-535.

Panova, Rosica/Gavrilova, Raina/Merdzanska, Cornelia (1993): Thinking Gender: Bulgarian Women's Impossibilities. In: Funk, Nanette and Magda Müller (ed.): Gender Politics and Post-Communism: Reflections from Eastern Europe and the Former Soviet Union. New York/London: Routledge, S. 15-21.

Parkin, Frank (1983): Strategien sozialer Schließung und Klassenbildung. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten, Sonderband 2 der Sozialen Welt. Göttingen: Nomos, S. 121-135.

Paukert, Liba (1993): The Changing Economic Status of Women in the Period of Transition to a Market Economy System: The Case of the Czech and Slovak Republics after 1989. In: Moghadam, Valentine M. (ed.): Democratic Reform and the Position of Women in Transitional Economies. Oxford: Clarendon Press, S. 248-279.

Pavlik, Petr (2005): Equality Without Gender: Implementation of the EU Initiative EQUAL in the Czech Republic. In: Jünemann, Annette und Carmen Klement (Hg.): Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e. V., Baden-Baden: Nomos, S. 146-156.

Pfau-Effinger, Birgit (2000): Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs. Opladen: Leske + Budrich.

Pfau-Effinger, Birgit/Geissler, Birgit (2005): Care and Social Integration in European Societies. Bristol: Policy Press.

Plakwicz, Jolanta (1995): Zwischen Kirche und Staat: Lebenserfahrungen der polnischen Frauen. In: Burmeister, Heidi (Hrsg.): Auftakt: Neue Fraueninitiativen in Mittel-Osteuropa und der Türkei stellen sich vor. Hamburg: Frauen-Anstiftung, S. 6-9.

- Pongrácz, Tiborné (2001): A család és a munka szerepe a nők életében. In: Nagy, Ildikó, Pongrácz Tiborné and György István Tóth (eds.): Szerepváltozások, TARKI>, Ministry of Social and Family Affairs Office for Women, 2002, S. 30-46.
- Puhani, Patrick A. (1997): All Quiet on the Wage Front? Gender, Public-Private Sector Issues, and Rigidities in the Polish Wage Structure. Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Discussion Paper No. 97-03 E.
- Rat der Europäischen Union (2001): Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Text der Erläuterungen zum vollständigen Wortlaut der Charta. Dezember 2000. Luxemburg.
- Rat der Europäischen Union (2005): Gemeinsamer Beschäftigungsbericht 2004/2005. März 2005. Brüssel.
- Róbert, Péter/Bukodi, Erzsébet/Luijkx, Ruud (2001): Employment Patterns in Hungarian Couples. In: Blossfeld, Hans-Peter and Sonja Drobnic (eds.): Careers of Couples in Contemporary Societies. From Male Breadwinner to Dual Earner Families. Oxford: University Press, S. 307-331.
- Roemheld, Regine (Hg.) (2004): Wie geht es Ihnen, Madame Europe? Gendering in Politik und Verfassung in der Europäischen Union. Herbolzheim: Centaurus Verlag.
- Romans, Fabrice/Haradson, Omar S. (2004): Labour Market Latest Trends – 4th quarter 2004 data. In: Statistics in focus. Population and Social Conditions. 6/2005.
- Rostgaard, Tine (2003): Family Support Policy in Central and Eastern Europe – A Decade and a Half of Transition. Early Childhood and Family Policy Series No. 8 – 2004. Copenhagen: The Danish National Institute of Social Research.
- Rudolph, Brigitte (2000): Eine Gesellschaft der pluralen Tätigkeiten - Chance oder Falle für Frauen? In: Beck, Ulrich (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 287-326.
- Rudolph, Brigitte (2001): Mögliche Chancen und befürchtete Fallen der "Neuen Tätigkeitsgesellschaft" für Frauen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 21/2001, S. 24-30.
- Rudolph, Brigitte (2003): Bürgerschaftliches Engagement im Wandel – Perspektiven für ein neues Geschlechtermodell? In: Feministische Studien, 21. Jg., Nr. 1/03, S. 123-136.

- Rudolph, Brigitte (2005a): Die Politik der Europäischen Union im Fokus der Geschlechter-(Un-)Gleichheit. Tagungsbericht. In: Integration 1/2005, Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, 28. Jg., S. 95-101.
- Rudolph, Brigitte (2005b): The European Union's Policy of Gender Equality – Implications of deeper Integration and further Enlargement. Tagungsbericht. In: Femina Politica 1/2005.
- Ruminska-Zimny, Ewa (2002): Gender Aspects of Changes in the Labour Markets in Transition Economies. United Nations Economic Commission for Europe: Issue Paper. Genf: UN/ECE.
- Rust, Ursula (2003): Gender Mainstreaming – auch ein rechtliches Konzept? In: Heinz, Kathrin und Barbara Thiessen (Hg.): Feministische Forschung – nachhaltige Einsprüche. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 111-121.
- Rust, Ursula (2005): Gender Equality – Acquis Communautaire. In: Jünemann, Annette und Carmen Klement (Hg.): Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos, S. 17-26.
- Sainsbury, Diane (ed.) (1999): Gender and Welfare State Regimes. Oxford: Oxford University Press.
- Schüttpelz, Anne (2003): Die Arbeitsmärkte in den EU-Beitrittsländern. In: WSI Mitteilungen 1/2003, S. 33-39.
- Siemieniska, Renata (1994): Continuity or Change? The Woman's Role in Polish Public Life since the Fall of the Communist Regime. In: Social Research 1, S. 326-334.
- Siemieniska, Renata (2002): Economic Restructuring, Social Policies, and Women's Work in Poland. In: Becker-Schmidt, Regina (ed.): Gender and Work in Transition. Globalization in Western, Middle and Eastern Europe. Opladen: Leske + Budrich, S. 175-216.
- Siklová, Jirina (1993): Backlash. In: Social Research, Vol. 60, No. 4, S. 937-951.
- Siklová, Jirina (2001): Feminismus im Postkommunismus: Ein deutsch-tschechischer Vergleich. In: Kochmal, Walter/Nekula, Marek und Joachim Rogall (Hg.): Deutsche und Tschechen – Geschichte-Kultur-Politik. München: C.H.Beck, S. 341-351.
- Siklová, Jirina (2005): Welcher Feminismus existiert im Postkommunismus? Ein deutsch-tschechischer Vergleich. In: Jünemann, Annette und Carmen Klement (Hg.): Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos, S. 165-172.

- Smejkalová, Jirina (2004): Feminist Sociology in the Czech Republic after 1989. In: *European Societies*, Vol. 6 (2), S. 169-180.
- Sobotka, Tomás (2001): Ten Years of Rapid Fertility Changes in European Post-Communist Countries: Evidence and Interpretation. University of Groningen, Discussion Paper.
- Sobotka, Tomás (2003): Understanding lower and later fertility in Central and Eastern Europe. In: Kotoska, Irena and J. Józwiak (eds.): *Population of Central and Eastern Europe. Challenges and Opportunities*. Statistical Publishing Establishment, Warsaw, pp. 691-724.
- Soltész, Anikó (2003): Women in the Labour Market – Entrepreneurship as an Alternative. In: Szabó, Szilvia (ed.) (2003c): *WorkCompetition. Women in the Labour Market*. Budapest: Social Innovation Foundation, S. 137-163.
- Spitznagel, Eugen und Wanger, Susanne (2004): Mit längeren Arbeitszeiten aus der Beschäftigungskrise? In: IAB Kurzbericht Nr. 10 vom 28.7.2004. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.
- Stastna, Jaroslava (1995): New Opportunities in the Czech Republic. In: *Transition*, Vol. 1, No. 16, S. 24-61.
- Steinhilber, Silke (2004): Gender Dimensions of Social Security Reforms in Transition Economies. Expert, gender and welfare reforms in central Europe. Background paper VI, Regional Symposium on Mainstreaming Gender into Economic Politics. Genf.
<http://www.unece.org/oes/gender/documents/gender.2004.gds.pdf>
(14.4.2004).
- Szabó, Szilvia (2003b): Arbeitsmarkt und Sozialpolitik – Zur Situation in Ungarn. In: Frauenakademie München (Hg.): *Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht*. Dokumentation der Konferenz vom 21. – 23.2.2003 in der Franken-Akademie Schloss Schney, S. 59-60.
- Szabó, Szilvia (ed.) (2003a): *Gender Assessment of the Impact of EU Accession on the Status of Women in the Labour Market in CEE*. National Study: Hungary. Budapest: Social Innovation Foundation.
- Szabó, Szilvia (ed.) (2003c): *WorkCompetition. Women in the Labour Market*. Budapest: Social Innovation Foundation.
- Tarasiewicz, Malgorzata (2005): Women's enterprise centres and woman entrepreneur days as a measure to help unemployed women in Poland. In: *Better Business – Creating a Gender-Equal Europe*. Proceedings of the Conference held October 29 – 30, 2004 in Munich, S. 128-133.

- Theobald, Hildegard (2004): Wandel wohlfahrtsstaatlicher Regulierung und die Frage der Gleichheit: Das Beispiel der Altenbetreuung in Deutschland und Schweden. In: Oppen, M. und D. Simon (Hg.): Verharrender Wandel. Institutionen und Geschlechterverhältnisse. Berlin: Edition Sigma, S. 169-194.
- Titkow, Anna (2001): On the appreciated Role of Women. In: Ingham, Mike/Ingham, Hilary and Henryk Domanski (ed.): Women On The Polish Labor Market. Budapest/New York: Central European University Press, S. 21-40.
- UNECE United Nations Economic Commission for Europe (2002): Labour markets in transition countries: gender aspects need more attention. Press Release ECE/OPA/02/08, Geneva, 7 May 2002.
- UNICEF (1999): Women in transition. Regional Monitoring Report no. 6. Florenz: UNICEF.
- UNICEF (2002): Poverty and Welfare Trends in Hungary over the 1990s. Background paper prepared for the Social Monitor 2002, Co-ordinator: Judit Lakatos, Hungarian Central Statistical Office, Budapest.
- Vecernik, Jiri (1996): Earnings Disparities in the Czech Republic: The History of Equalisation. In: Czech Sociological Review, Vol. 4, No. 2, S. 211-222.
- Veil, Mechthild (2003): Kinderbetreuungskulturen in Europa: Schweden, Frankreich, Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B44/2003, S. 12-22.
- Walwei, Ulrich (2004): EU-Osterweiterung. Sozialer Fortschritt geht über Wachstum und Wettbewerb. IAB-Kurzbericht Nr. 13 vom 13.10.2004. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.
- Weidenfeld, Werner (Hg.) (2004): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Schriftenreihe Band 442. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Weil, Gordon (1993): Economic Reform and Women: A General Framework with Specific Reference to Hungary. In: Moghadam, Valentine M. (ed.): Democratic Reform and the Position of Women in Transitional Economies. Oxford: Clarendon Press, S. 280-301.
- Wichterich, Christa (1995): Frauen der Welt. Vom Fortschritt der Ungleichheit. Göttingen: Lamuv Verlag.
- Willms, Angelika (1982): Modernisierung durch Frauenarbeit? In: Pierenkemper, Toni und Richard Tilly (Hg.): Historische Arbeitsmarktforschung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 37-71.

- Willms, Angelika (1983): Segregation auf Dauer? Zur Entwicklung des Verhältnisses von Frauenarbeit und Männerarbeit in Deutschland, 1882-1980. In: Müller, Walter; Willms Angelika und Johann Handl (Hg.): Strukturwandel der Frauenarbeit 1880-1980, Frankfurt/New York: Campus, S. 107-182.
- Wolchik, Sharon L. (1993): Women and the Politics of Transition in Central and Eastern Europe. In: Moghadam, Valentine M. (ed.): Democratic Reform and the Position of Women in Transitional Economies. Oxford: Clarendon Press, S. 29-47.
- Young, Brigitte (2002): Globalization and Gender: a European Perspective. In: Becker-Schmidt, Regina (ed.): Gender and Work in Transition. Globalization in Western, Middle and Eastern Europe. Opladen: Leske + Budrich, S. 49-82.
- Young, Brigitte (2005): Widersprüche zwischen der europäischen Makroökonomie und Gender Mainstreaming. Unüberwindbare Widersprüche? In: Jünemann, Annette und Carmen Klement (Hg.): Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Baden-Baden: Nomos, S. 27-45.
- Zelenková, Dagmar (2003): Equal Opportunities for Women and Men in the Czech Republic. In: Frauenakademie München (FAM) (Hg.): Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht. München, S. 25-26.
- Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (Hg.) (2003): EU-Beitritt: Verheißung oder Bedrohung? Die Perspektive der mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer. Opladen: Leske + Budrich.

Anhang I - Kurzbiografien

Im Oktober und November 2004 wurden ExpertInnen-Interviews, die auf Tonträger aufgezeichnet wurden, mit folgenden Personen geführt:

1. Alena Králiková

Direktorin des Bereiches Bildung im Zentrum für Gender Studies in Prag. Während ihres Studiums der Sprachen und Literatur des 20. Jahrhunderts befasste sie sich im Rahmen von Gender Studies bereits mit Frauen- und Geschlechterthemen in der Tschechischen Republik und der Europäischen Union. Ihre aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind Medien und Gender, die politische Teilhabe von Frauen und ihr Zugang zu Entscheidungspositionen.

2. Dr. Susanne Hildebrandt

Marie-Curie-Fellow am EGI (Europäisches Gewerkschaftsinstitut, Brüssel). Studium der Politikwissenschaft und Volkswirtschaft an der Universität Heidelberg (1990); Promotion an der Freien Universität Berlin (2000); Altstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung (1996-2000); Forschungsschwerpunkte: Auswirkungen der Globalisierung auf Wirtschaft, politische Systeme und Gender; ökonomische Umstrukturierungen und ihre sozialen, politischen und ökologischen Folgen in Entwicklungsländern, insbesondere Lateinamerika.

3. Prof. Sonja Drobnic, PhD.

Lehrt Soziologie an der Universität Hamburg. Forschungsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit, Gender, Erwerbsdynamiken von Paaren und Arbeitsteilung im Haushalt, Dynamiken sozialer Netzwerke, vergleichende soziologische Forschung und Methoden der Längsschnittuntersuchung. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Gender-Themen, Mitherausgeberin (mit Hans-Peter Blossfeld) von „Careers of Couples in Contemporary Societies: From Male Breadwinner to Dual Earner Families, Oxford University Press 2001.

4. Petr Pavlik, PhD.

Studium an der Bowling Green State University, Ohio. Seit 2000 Leiter des Gender Studies Center, Prag. Dozent an der Fakultät für Philosophie und Kunst der Karls-Universität Prag für Gender Studies, Gender und Medien sowie Gender und Wissenschaft. Seine Hauptforschungsinteressen sind Genderanalysen der Medien und die Implementation von Politiken der Geschlechtergleichheit in der Tschechischen Republik. Mit Trainings im außeruniversitären Bereich will er das Gender-Bewusstsein von Angestellten in Verwaltung und Medien stärken.

5. Prof. Dr. Ursula Rust

Seit 1992 Professorin am juristischen Fachbereich der Universität Bremen für den Bereich „Recht der Geschlechterbeziehungen“ mit der seit Oktober 2001 veränderten Denomination „Gender Law, Arbeitsrecht, Sozialrecht“. Nach Einrichtung der wissenschaftlichen Einheit „Arbeitsrecht/Sozialrecht/Recht der Geschlechterbeziehungen“ im Juli 1995 deren Sprecherin bzw. seit Mai 2002 Sprecherin des bigas (Bremer Institut für deutsches, europäisches und internationales Gender-, Arbeits- und Sozialrecht).

Das Institut organisiert akademische Konferenzen zur Implementation der Gleichbehandlungsdirektiven zu Artikel 13 und Artikel 141 EG and juristischer Beratung. Ihre Forschungsinteressen sind nationales und europäisches Gender- und Arbeitsrecht und Sozialgesetzgebung. Ihr besonderer Fokus liegt auf der supranationalen Sozialgesetzgebung mit dem Schwerpunkt auf Geschlechtergleichheit und Erwerbstätigkeit.

6. Prof. Dr. Jirina Siklová

Professorin und Gründerin des Zentrums für Gender Studies der Karls-Universität in Prag. Von 1960 bis 1970 war sie Assistant Professor im Department für Philosophie und Soziologie der Karls-Universität. Während der 1970er und 1980er Jahre war sie als Dissidentin gezwungen, ihren Lebensunterhalt mit der Arbeit in Geriatrie-Einrichtungen zu verdienen. Jirina Siklová unterschrieb ebenso wie Vavlac Havel die Charta 77. Während der Jahre 1980 und 1981 war sie aus politischen Gründen inhaftiert. 1990 konnte sie aufgrund der ‚samtenen Revolution‘ an die Karls-Universität zurückkehren. Mitte der 1990er Jahre initiierte sie das Projekt ‚Frauenge-

dächtnis', ein offenes feministisches Frauenprojekt, in welchem Frauen, die den größten Teil ihres Lebens in sozialistischen Systemen gelebt haben, ihre Lebensgeschichten erzählen.

7. Lissy Gröner, MdEP

Mitglied des Europaparlaments für die SPD seit 1989, Frauenpolitische Sprecherin der PSE Fraktion, Vizepräsidentin der Sozialistischen Fraueninternationale (SIW). Arbeitsschwerpunkte: Frauenpolitik, Armut, Jugendpolitik, Kinderrechte, Familienpolitik, Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frauen.

8. Sabine Gilleßen

Economist und Politikberaterin in Brüssel.

Anhang II

Informelle Fachgespräche mit ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik und NGOs, über die schriftliche Gesprächsprotokolle und teils eigene Aufzeichnungen der AutorInnen vorliegen, wurden mit folgenden Personen geführt:

- Helena Bednarová, Magistrat der Stadt Brno, Referat Zusammenarbeit und Entwicklung.
- Nicole Boruvka, Friedrich-Ebert-Stiftung, Prag.
- Prof. Dr. Bozena Choluj, Universität Warschau und Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder.
- Anja Edelhäuser, Politikberatung, München.
- Birgit Erbe, Diplom-Politologin, Geschäftsführerin der FAM Frauenakademie München.
- Eva Feldmann-Wojtachnia, M.A., Kulturwissenschaftlerin und Ethnologin, Centrum für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München.
- Prof. Dr. Linda Fisher, Department for Gender Studies an der Central European University, Budapest/Ungarn.
- Sabine Gilleßen, Politikberatung, Brüssel.
- Hana Hasková, Institut für Soziologie, Karls-Universität, Prag.
- Marese Hoffmann, Diplom-Soziologin, Kreisrätin in Dachau, München.
- Prof. Dr. Annette Jünemann, Universität der Bundeswehr, Hamburg.
- Dagmar Lorenz-Mayer, Ph.D., Zentrum für Gender Studies der Karls-Universität Prag.
- Hana Mariková, Institut für Soziologie, Karls-Universität, Prag.
- Mary McPhail, Generalsekretärin der European Women's Lobby (EWL), Brüssel.
- Dr. Monika Natter, Internationale Beschäftigungspolitik, Wien.
- Dr. Silvia Pintarits, EU-Regionalförderung am ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München.
- Malgorzata Tarasiewicz, Geschäftsführerin von NEWW-Polska (Network of East-West Women), Danzig.
- Dr. Dagmar Zelenková, Ministerium für Arbeit und soziale Fragen der Tschechischen Republik, Prag.

In dieser Reihe sind zuletzt erschienen

Nr.	Autor(en)	Titel	Datum
1/2004	Sabine Hagemann, Werner Sörgel, Eberhard Wiedemann	Vermittlungsgutscheine nach § 421g SGB III - Zwischenergebnisse aus der Begleitforschung zur Vermittlung	9/2004
2/2004	Lutz Bellmann, Vera Dahms, Jürgen Wahse	IAB-Betriebspanel Ost - Ergebnisse der achten Welle 2003 – Teil I: Entwicklung und Struktur der Betriebe und Beschäftigten, Auszubildende	9/2004
3/2004	Lutz Bellmann, Vera Dahms, Jürgen Wahse	IAB-Betriebspanel Ost - Ergebnisse der achten Welle 2003 – Teil II: Personalpolitik, Betriebliche Flexibilität, Weiterbildung	9/2004
4/2004	Lutz Bellmann, Vera Dahms, Jürgen Wahse	IAB-Betriebspanel Ost - Ergebnisse der achten Welle 2003 – Teil III: Wirtschaftliche Lage der Betriebe, Öffentliche Förderung	9/2004
5/2004	Eugen Spitznagel, Susanne Wanger	Mehr Beschäftigung durch längere Arbeits- zeiten? Ein Beitrag zu der Diskussion um eine generelle Erhöhung der Arbeitszeit	10/2004
6/2004	IAB-Autoren- gemeinschaft	Forschung zum SGB II des IAB: Die neuen Forschungsaufgaben im Über- blick	12/2004
1/2005	Anja Heinze, Friedhelm Pfeiffer, Alexander Spermann, Henrik Winterhager, Amelie Wuppermann	Vermittlungsgutscheine - Zwischenergeb- nisse der Begleitforschung 2004 Teil I: Datenstruktur und deskriptive Analysen	3/2005
2/2005	Sabine Dann, Günther Klee, Martin Rosemann	Vermittlungsgutscheine - Zwischenergeb- nisse der Begleitforschung 2004 Teil II: Typisierung der Arbeitsagenturen	2/2005
3/2005	Anja Heinze, Friedhelm Pfeiffer, Alexander Spermann, Henrik Winterhager	Vermittlungsgutscheine - Zwischenergeb- nisse der Begleitforschung 2004 Teil III: Mikroökonometrische Wirkungs- analyse	3/2005

4/2005	Reinhard Hujer, Christopher Zeiss	Vermittlungsgutscheine - Zwischenergeb- nisse der Begleitforschung 2004 Teil IV: Makroökonomische Wirkungs- analyse	2/2005
5/2005	Friedhelm Pfeiffer, Henrik Winterhager	Vermittlungsgutscheine - Zwischenergeb- nisse der Begleitforschung 2004 Teil V: Kosten-Nutzen-Analyse	2/2005
6/2005	Sabine Hagemann, Werner Sörgel	Vermittlungsgutscheine - Zwischenergeb- nisse der Begleitforschung 2004 Teil VIa: Implementations- und Struktur- analysen - Private Arbeitsver- mittler	7/2005
7/2005	Sabine Hagemann, Werner Sörgel	Vermittlungsgutscheine - Zwischenergeb- nisse der Begleitforschung 2004 Teil Vb: Implementations- und Struktur- analysen - Tabellenanhang	7/2005
8/2005	Reinhard Hujer, Günther Klee, Ale- xander Spermann, Werner Sörgel	Vermittlungsgutscheine - Zwischenergeb- nisse der Begleitforschung 2004 Teil VII: Zusammenfassung der Projekt- ergebnisse	7/2005
9/2005	Regina Konle-Seidl	Lessons learned – Internationale Evaluie- rungsergebnisse zu Wirkungen aktiver und aktivierender Arbeitsmarktpolitik	2/2005
10/2005	Ch. Brinkmann, J. Passenberger, H. Rudolph, E. Spitznagel, G. Stephan, U. Thomsen, H. Roß	SGB II – Neue Herausforderungen an Statistik und Forschung	2/2005
11/2005	Corinna Kleinert, Hans Dietrich	Aus- und Weiterbildungen im Pflegebereich - Eine Analyse des Eingliederungsprozes- ses in Erwerbstätigkeit	3/2005
12/2005	Axel Deeke	Kurzarbeit als Instrument betrieblicher Flexibilität - Ergebnisse aus dem IAB-Be- triebspanel 2003	3/2005
13/2005	Oliver Falck	Das Scheitern junger Betriebe Ein Überlebensdauermodell auf Basis des IAB-Betriebspanels	3/2005
14/2005	Helmut Rudolph, Kerstin Blos	Schätzung der Auswirkungen des Hartz-IV- Gesetzes auf Arbeitslosenhilfe-Bezieher	4/2005

15/2005	Johann Fuchs, Brigitte Weber	Neuschätzung der Stillen Reserve und des Erwerbspersonenpotenzials für Westdeutschland (inkl. Berlin-West)	5/2005
16/2005	Johann Fuchs, Doris Söhnlein	Vorausschätzung der Erwerbsbevölkerung bis 2050	5/2005
17/2005	Michael Feil, Gerd Zika	Politikberatung mit dem Simulationsmodell PACE-L – Möglichkeiten und Grenzen am Beispiel einer Senkung der Sozialabgaben	5/2005
18/2005	Johann Fuchs, Brigitte Weber	Neuschätzung der Stillen Reserve und des Erwerbspersonenpotenzials für Ostdeutschland (einschl. Berlin-Ost)	6/2005
19/2005	Stefan Schiel, Ralph Cramer, Reiner Gilberg, Doris Hess, Helmut Schröder	Das arbeitsmarktpolitische Programm FAIR - Zwischenergebnisse der Begleitforschung 2004 -	7/2005
20/2005	Lutz Bellmann, Vera Dahms, Jürgen Wahse	IAB-Betriebspanel Ost – Ergebnisse der neunten Welle 2004 – Teil I: Entwicklung und Struktur der Betriebe und Beschäftigten, Auszubildende	7/2005
21/2005	Lutz Bellmann, Vera Dahms, Jürgen Wahse	IAB-Betriebspanel Ost – Ergebnisse der neunten Welle 2004 – Teil II: Personalpolitik, Betriebliche Flexibilität, betriebliche Arbeitszeiten, ältere Arbeitnehmer	7/2005
22/2005	Lutz Bellmann, Vera Dahms, Jürgen Wahse	IAB-Betriebspanel Ost – Ergebnisse der neunten Welle 2004 – Teil III: Innovationen im Betrieb, wirtschaftliche Lage der Betriebe	7/2005
23/2005	Aderonke Osikominu	Eine Analyse der Teilnehmerselektion in die berufliche Weiterbildung auf Basis der integrierten Erwerbsbiografien (IEB)	9/2005
24/2005	Uwe Blien, Franziska Hirschenauer	Vergleichstypen 2005: Neufassung der Regionaltypisierung für Vergleiche zwischen Agenturbezirke	9/2005
25/2005	Johann Fuchs, Katrin Dörfler	Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2050 – Annahmen und Grundlagen	9/2005
26/2005	Axel Deeke	Das ESF-BA-Programm im Kontext der arbeitsmarktpolitischen Neuausrichtung der Bundesagentur für Arbeit – Zur Umsetzung des Programms von 2000 bis Anfang 2005	10/2005

1/2006	Lena Koller, Ulrike Kress, Kerstin Windhövel	Blinde Kuh war gestern – heute ist FIS Das Forschungs-Informations-System – ein neuer Weg wissenschaftlicher Politikbera- tung	1/2006
2/2006	Susanne Wanger	Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeits- volumen nach Geschlecht und Altersgruppe – Ergebnisse der IAB-Arbeitszeitrechnung nach Geschlecht und Alter für die Jahre 1991-2004	1/2006
3/2006	Sarah Heinemann, Hermann Gartner, Eva Jozwiak	Arbeitsförderung für Langzeitarbeitslose - Erste Befunde zu Eingliederungsleistun- gen des SGB III im Rechtskreis SGB II	2/2006
4/2006	Jan Binder, Barba- ra Schwengler	Neuer Gebietszuschnitt der Arbeitsmarkt- regionen im Raum Berlin und Brandenburg – Kritische Überprüfung der bisher gültigen Arbeitsmarkregionen und Vorschläge für einen Neuzuschnitt	2/2006
5/2006	Ch. Brinkmann, M. Caliendo, R. Hujer, St. L. Thomsen	Zielgruppenspezifische Evaluation von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – Gewinner und Verlierer	2/2006
6/2006	Ch. Gaggermeier	Indikatoren-Modelle zur Kurzfristprognose der Beschäftigung in Deutschland	4/2006
7/2006	St. Schiel, R. Gilberg, H. Schröder	Evaluation des arbeitsmarktpolitischen Pro- gramms FAIR - 3. Zwischenbericht	4/2006
8/2006	K. Blos	Die Bedeutung der Ausgaben und Einnah- men der Sozialversicherungssysteme für die Regionen in Deutschland	3/2006
9/2006	A. Haas, Th. Rothe	Regionale Arbeitsmarktströme - Analyse- möglichkeiten auf Basis eines Mehrkon- tenmodells	4/2006
10/2006	J. Wolff, K. Hohmeyer	Förderung von arbeitslosen Personen im Rechtskreis des SGB II durch Arbeitsgele- genheiten: Bislang wenig zielgruppenorien- tiert	6/2006
11/2006	L. Bellmann, H. Bielski, F. Bilger, V. Dahms, G. Fischer, M. Frei, J. Wahse	Personalbewegungen und Fachkräfterekru- tierung – Ergebnisse des IAB-Betriebs- panels 2005	6/2006

12/2006	Th. Rhein, M. Stamm	Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland: Deskriptive Befunde zur Entwicklung und Verteilung auf Berufe und Wirtschaftszweige 1980-2004	7/2006
---------	------------------------	--	--------

Impressum

IABForschungsbericht
Nr. 13 / 2006

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
der Bundesagentur für Arbeit
Weddigenstr. 20-22
D-90478 Nürnberg

Redaktion

Regina Stoll, Jutta Palm-Nowak

Technische Herstellung

Jutta Sebold

Rechte

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit
Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit

Volltext-Download dieses Forschungsberichtes
unter:

<http://doku.iab.de/forschungsbericht/2006/fb1206.pdf>

IAB im Internet

<http://www.iab.de>

Rückfragen zum Inhalt an

Dipl.-Soz. Brigitte Rudolph, Tel. 089/2180-3428,
oder E-Mail: brigitte.rudolph@soziologie.uni-muenchen.de